
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
2'77
Preis 5.— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen

Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR, 701 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR, 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR", 108 Berlin,
VEB Verlag für Bauwesen
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/5/77 bis P 3/8/77

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültiger Preiskatalog 286/1

Archit. DDR, Berlin **26** (1977), Febr., 2, S. 65–128

Im nächsten Heft:

Zur weiteren Entwicklung des Eigenheimbaus in der DDR
Beispielplanungen für die Entwicklung des verdichteten Flachbaus im individuellen Wohnungsbau
Projektserien – neue Angebotsprojekte für den Eigenheimbau
Projekte und realisierte Beispiele des Eigenheimbaus in der DDR
Eigenheimbau in der ČSSR

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 7. Dezember 1976
Illusdruckteil: 15. Dezember 1976

Titelbild:

Volksschwimmhalle in Berlin
Foto: Gisela Stappenbeck, Berlin

Fotonachweis:

Gisela Stappenbeck, Berlin (6); M. Börner, Weimar (11); Otto Albrecht, Magdeburg (7); Günter Dietel, Erfurt (1); Helmut Güttner, Berlin (3); Foto-Studio Metzner, Weimar (6); Foto-Brüggemann, Leipzig (6); Ursula Höhnerbach, Zwickau (2); Manfred Paul, Zwickau (10); Rudolf Hildebrandt, Meiningen (7); Jiri Binko, Prag (6); Bauinformation/Diehl (1); Rudolf Scheibe, Dresden (1)



XXVI. JAHRGANG · BERLIN · FEBRUAR 1977

66	**Notizen**	red.
68	**Zu aktuellen Aufgaben des Städtebaus nach dem IX. Parteitag**	Karlheinz Schlesier,
70	**Wettbewerb für Schulbauten**	Karlheinz Schlesier, Eberhard Wandrow
78	**Volksschwimmhalle Variante C in Berlin**	Karl-Ernst Swora, Gunter Derdau
82	**Feierabend- und Pflegeheim im Wohngebiet Riethstraße in Erfurt**	Helmut Weingart
88	**Gaststätte „Kosmos" im Wohnkomplex „Reform" in Magdeburg**	Gerhard Heising, Georg Timme
92	**Rekonstruktion des Deutschen Nationaltheaters in Weimar**	Udo Schultz, Friedrich Prinzhausen, Peter Tennhardt
99	**Rekonstruktion des Stadttheaters (Gewandhaus) in Zwickau**	Hermann Corneli, Jens Ebert
104	**Planungsgrundlagen und Möbelentwicklungen für Einrichtung und Ausbau von Erholungsheimen des FDGB**	Günter Heubach
110	**Museum und Denkmal der revolutionären Arbeiterbewegung Südböhmens in Česke Budejovice**	Janá Guthova
113	**Das Bausteinprinzip im Gesellschaftsbau, eine Grundlage für dessen Qualifizierung unter den Bedingungen der Intensivierung des komplexen Wohnungsbaus**	Helmut Trauzettel
118	**Zur städtebaulichen Variabilität gesellschaftlicher Bauten**	Klaus Zechendorf
121	**Internationales Seminar über Entwürfe und den Bau von Krankenhäusern**	Joachim Härter
124	**Rationalisierung der Projektierungsprozesse**	Horst Wieland
126	**Informationen**	

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: **Prof. Dr. Gerhard Krenz**, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



NOTIZEN

Aufgaben der Bauwissenschaft zur Erhöhung der Materialökonomie im Bauwesen

Auf ihrer 34. Plenartagung haben Mitglieder und Mitarbeiter der Bauakademie sowie Kooperationspartner aus Baukombinaten und Bauhochschulen über die Aufgaben zur weiteren Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen beraten.
Ausgehend von den Beschlüssen des IX. Parteitages und der 2. Tagung des ZK der SED wurde herausgearbeitet, wie durch ein hohes Niveau und eine praxisverbundene Forschungsarbeit die Bauwissenschaft zur weiteren Erhöhung der Materialökonomie und Qualität im Bauwesen beizutragen hat.
Prof. Werner Heynisch, Präsident der Bauakademie, hob hervor, daß ebenso wie die Produktionskollektive auf den Baustellen auch die Mitglieder und Mitarbeiter der Bauakademie im sozialistischen Wettbewerb um höchste volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Ergebnisse zur weiteren Realisierung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik kämpfen.
Das Bauwesen gehört mit einem Anteil von rund 11 Prozent am Materialverbrauch der Volkswirtschaft bekanntlich zu den materialintensivsten Zweigen. Im gegenwärtigen Fünfjahrplan ist die Aufgabe gestellt, 75 bis 80 Prozent der notwendigen Materialeinsparungen durch Erhöhung des Wirkungsgrades von Wissenschaft und Technik zu realisieren. Die konkreten Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere die breitenwirksame Durchsetzung bereits vorliegender sowie mit dem Plan Wissenschaft und Technik bis 1980 zu realisierender Forschungs- und Entwicklungsergebnisse.
Im Referat von Prof. Dr. Hans-Joachim Krehl, Direktor des Instituts für Ökonomie der Bauakademie, und in den Diskussionsbeiträgen wurden dazu konstruktive Vorschläge und Ideen entwickelt. Insbesondere wurden neue Erkenntnisse zur besseren Beherrschung und Weiterentwicklung durchgängiger bautechnologischer Prozesse sowie zur Anwendung neuer Berechnungsverfahren für die weitere Industrialisierung des Bauens mit leichten, materialsparenden Konstruktionen herausgearbeitet. Entscheidend hierfür ist die Rationalisierung und Entwicklung neuer Technologien für die Herstellung und Verarbeitung des Betons für monolithische Bauprozesse sowie für die Produktion von Fertigteilen für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau, für den kommunalen Tiefbau und für den Industrie- und Landwirtschaftsbau.
Mit der Vervollkommnung der konstruktiv-technologischen, funktionellen und gestalterischen Lösungen der Wohnungsbauserie 70, einschließlich der Ausbauprozesse, eröffnen sich neue Möglichkeiten für eine hohe Materialökonomie. Darin einbezogen ist die Rationalisierung und Weiterentwicklung der komplexen Erschließung neu zu bauender und zu rekonstruierender Wohngebiete.
In diesem Zusammenhang wurden die Wechselbeziehungen zwischen den steigenden Aufgaben der Rekonstruktion der Altbausubstanz und der Materialökonomie erfaßt. Dazu werden praktikable Planungsgrundlagen für städtebauliche Rekonstruktionsmaßnahmen sowie komplexe Technologien für die Modernisierung und Erhaltung der Gebäude entwickelt. Die Bauakademie konzentriert sich auf die zu rekonstruierenden Altbaugebiete der Hauptstadt Berlin und der Leipziger Ostvorstadt.
Zur Lösung der zunehmend höheren Bauaufgaben für die Intensivierung der Industrie arbeiten die Forschungskollektive der Bauakademie gemeinsam mit den Industriebaukombinaten verstärkt an der Entwicklung materialökonomisch günstiger Konstruktionen, Technologien und Mechanisierungsmittel, die auch weitgehend für die Durchführung komplexer Rekonstruktionsaufgaben geeignet sind.
Weiterhin wurden die Aufgaben der ökonomischen Forschung im Bauwesen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Kombinate beraten, die eine prinzipielle Bedeutung für den sparsamen Einsatz von Baumaterialien haben.
Die auf der Plenartagung unterbreiteten Vorschläge zur allseitigen Erfüllung und gezielten Überbietung der materialökonomischen Ziele im Fünfjahrplan 1976/80, insbesondere bei Stahl und Zement, werden von den Forschungskollektiven der Bauakademie mit den Jahresplänen Wissenschaft und Technik abrechenbar gestaltet.

Bis 1978 sollen im Arbeiterwohngebiet Dresden-Friedrichstadt 600 Wohnungen modernisiert werden. 1976 wurden in der Berliner Straße (unser Bild) die ersten Häuser fertiggestellt: Sämtliche Wohnungen erhielten Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Bäder oder Duschen, Innen-WC und Spannteppichbelag. Die Bauzeit je Haus liegt gegenwärtig bei fünf bis sechs Monaten.

3. Bundesvorstandssitzung des BdA/DDR

Am 3. 12. 1976 fand in Karl-Marx-Stadt die 3. Sitzung des Bundesvorstandes des BdA/DDR unter Leitung des Vizepräsidenten, Prof. Dr. Gerhard Krenz statt. Wichtigster Beratungsgegenstand waren aktuelle Aufgaben des Städtebaus nach dem IX. Parteitag der SED.
Dr. Karlheinz Schlesier, Ministerium für Bauwesen, hob in seinem Referat zu diesem Thema die Rolle des Wohnungsbauprogramms der DDR als wichtigsten Faktor städtebaulicher Entwicklung hervor. Er legte dar, daß die Generalbebauungsplanung nicht nur auf weitere Städte ausgeweitet werde, sondern auch eine höhere Qualität erreichen müsse. Die Modernisierung, Rekonstruktion und Umgestaltung städtischer Gebiete sowie eine entsprechende Erzeugnisentwicklung werden künftig immer stärkeres Gewicht erhalten. Bei der Lösung der künftigen Aufgaben im Städtebau werde eine aktive Mitwirkung des BdA/DDR erwartet. (Wichtige Auszüge aus dem Referat auf den Seiten 68–70).
Probleme der Weiterentwicklung der Generalbebauungsplanung, der städtebaulichen Gestaltung und Modernisierung von Wohn- und Mischgebieten sowie der Dorfplanung standen im Mittelpunkt der Diskussion.
Der 1. Sekretär des BdA/DDR, Architekt Werner Wachtel, begründete den danach beschlossenen Arbeits- und Finanzplan 1977, bei dem Aktivitäten des Bundes zur Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im Vordergrund stehen.
Die künftigen Aufgaben der Zentralen Frauenkommission des BdA/DDR legte Dr. Isolde Andrä dar. Der Bundesvorstand faßte dazu einen Beschluß und kooptierte die Kolleginnen Dr.-Ing. Hannelore Uhlmann, Dr.-Ing. Karin Kirsch und Dr.-Ing. Iris Grund.
Der Bundesvorstand dankte dem bisherigen Vorsitzenden der Zentralen Fachgruppe Landschaftsarchitektur, Dr. Helmut Lichey, für sein verdienstvolles Wirken und berief Dipl.-Ing. Gottfried Funeck als neuen Vorsitzenden.

Auszeichnungen mit der Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille 1976

Auf einer Festveranstaltung des Bundesvorstandes des BdA/DDR am 3. 12. 1976 in Karl-Marx-Stadt nahm der Vizepräsident des Bundes, Prof. Hans Gericke, die Auszeichnung verdienter Kollegen mit der Karl-Friedrich-Schinkelmedaille vor.

Mit der Schinkelmedaille in **Gold** wurden ausgezeichnet
Prof. Dr. Gerhard Krenz
Dipl.-Ing. Martin Wimmer
Bauingenieur Alfred Römmler.

Mit der Schinkelmedaille in **Silber** wurden ausgezeichnet
Architekt BdA/DDR Jacob Jordan
Prof. Dr.-Ing. Heinz Präßler
Prof. em. Akad. Arch. Horst Grabner
Gartenbautechniker Hermann Hielscher
Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dipl.-Ing. Gerhard Zeuchner
Dipl.-Ing. Johannes Bonitz
Diplomgärtner Gottfried Funeck
Dr.-Ing. Siegfried Kress
Dipl.-Ing. Michael Bräuer
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Steffen
Dr.-Ing. Iris Grund
Dipl.-hort. Horst Adler
Dipl.-Ing. Wolfgang Fraustadt
Dipl.-Ing. Herbert Gebhardt
Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Dipl.-Ing. Siegfried Hopf
Dipl.-Ing. Ambros G. Gross
Dr.-Ing. Heinz Michalk.

Mit der Schinkelmedaille in **Bronze** wurden ausgezeichnet
Dr.-Ing. Andreas Nestler
Dipl.-Ing. Heinz Dübel
Bauingenieur Klaus Pöschk
Bauingenieur Edgar Korkus
Diplomgärtner Horst Baeseler
Dipl.-Ing. Heinz Büttner
Dr. Joachim Fischer
Gartenbauingenieur Werner Gebhardt
Dipl.-Ing. Joachim Härter
Bauingenieur Erwin Kussat
Dr.-Ing. Dorothea Tscheschner
Bauingenieur Rudolf Ahrens
Gartenbauingenieur Heinrich Krebber
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Kölling
Landschaftsarchitekt Peter Herling
Dipl.-Ing. Wolfgang Joswig
Dr.-Ing. Karin Kirsch
Dipl.-Ing. Christel Ungewitter
Dipl.-Ing. Rainer Schöne
Bauingenieur Wilhelm Schulze
Bauingenieur Günter Luthardt
Dr.-Ing. Hannelore Uhlmann
Dipl.-Ing. Bernd Ettel
Dipl.-Ing. Rudolf Jünger
Diplomgärtner Ingenieur Eberhard Bansemer
Bauingenieur Kurt Fiedler
Dipl.-Ing. Klaus Trommler
Dipl.-Ing. Reinhard Vollschwitz
Gartenbauingenieur Dieter Dippmann
Dipl.-Ing. Hans-Klaus Kummer
Dipl.-Ing. Rolf Zeibig
Dipl.-Ing. Jörg Bösche
Bauingenieur Gottfried Beuthner
Bauingenieur Klaus Sandner
Bauingenieur Johannes Haueisen

Warenhaus in Nitra (ČSSR)
Architekten: P. Lichard und I. Matusik



Arbeitskreis Bauhaus-Forschung

Ein „Ständiger Arbeitskreis Bauhaus-Forschung" hat an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar seine Tätigkeit aufgenommen. Seine Gründung geht auf einen Regierungsbeschluß zurück und steht im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Bauhauses in Dessau am 4. Dezember 1976.

Dem Arbeitskreis gehören neben ehemaligen Bauhausmitgliedern – in der DDR zumeist prominente Architekten und Wissenschaftler – Hochschullehrer, Vertreter der Bauakademie, Formgestalter, Denkmalpfleger und andere Experten an. Zum Vorsitzenden wurde der Leiter des Wissenschaftsbereiches Theorie und Geschichte der Architektur an der Weimarer Hochschule, Prof. Dr. Christian Schädlich, berufen.

In einem ADN-Gespräch nannte Prof. Schädlich als Hauptaufgaben des Arbeitskreises die umfassende Darstellung der Bauhaus-Geschichte aus historisch-materialistischer Sicht, die langfristige Planung und Koordinierung dieser Arbeit, die Zusammenführung der Wissenschaftler zum schöpferischen Meinungsaustausch und – gemeinsam mit Museen und Galerien – die Pflege des gegenständlichen Bauhaus-Erbes.

Die erste Arbeitssitzung des neuen Gremiums wird im Februar 1977 stattfinden. Im Januar sollen die Materialien des Weimarer Bauhaus-Kolloquiums vom 27. bis 29. Oktober 1976 gedruckt vorliegen.



Der Schiefe Turm von Pisa verlangsamte seine Neigung

Langsamer als bisher hat sich der Schiefe Turm von Pisa in den letzten drei Jahren geneigt. Er verändert seine Lage jährlich jetzt nur noch um einen halben Millimeter. In den vorangegangenen Jahrzehnten hatte er sich doppelt so schnell seinem endgültigen Sturz entgegengeneigt. Bei einer Höhe von 54,5 Metern hat er einen Überhang von mehr als 4,3 Metern.

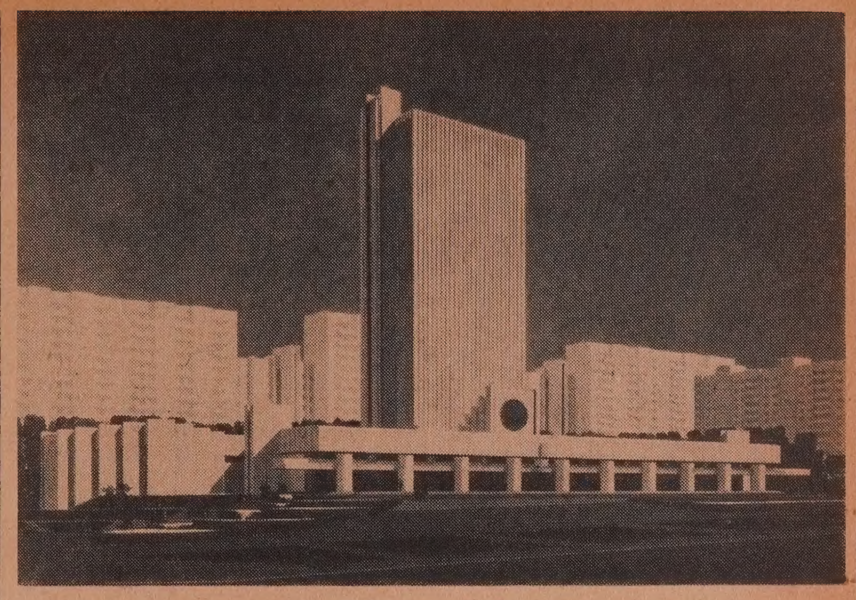
Prof. Giovanni Travaglani, der Leiter der Kommission, die mit der Sicherheit des 800 Jahre alten Wahrzeichens der Stadt beauftragt wurde, erklärte, daß Bemühungen im Gange sind, den schwankenden Untergrund des Turmes, der schon während der Bauzeit im 12. Jahrhundert in „Schräglage" geriet, zu festigen. Als erstes soll das Wasser unter dem Bauwerk abgeleitet werden. Einzelheiten der Pläne sollen aber erst in den nächsten Monaten bekanntgegeben werden.



Oben: Projekt für ein Theater in Ordshonikidse Architekten: M. Bubnow, W. Lasarew, W. Orlowski und andere

Unten: Selbstdarstellung der Macht: Forschungs- und Verwaltungszentrum der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt in Wien. Architekt: Dr. K. Hlawenicka





Projekt für die zentrale wissenschaftliche Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Kiew

Seminar über Architektur und bildende Kunst

Am 18. und 19. November 1976 veranstaltete die Zentrale Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst" des BdA/DDR und des VBK-DDR ihr 8. Seminar in Rostock zum Thema „Stadtbild und Stadtgestaltung".

Ziel dieses Seminars war es, die mit den Aufgaben des Wohnungsbauprogramms und der sozialistischen Umgestaltung der Städte bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR verbundenen Probleme des Stadtbildes und der Stadtgestaltung ins Bewußtsein zu bringen und im Gespräch zwischen Architekten, bildenden Künstlern, Formgestaltern, Grün- und Landschaftsgestaltern sowie Denkmalpflegern zu diskutieren.

Das Seminar wurde mit einem ganztägigen Kolloquium am 18. 11. 1976 eröffnet. Zur Begrüßung sprach der Präsident des Bundes der Architekten der DDR, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski.

Das Referat zum Thema des Seminars hielt Dr. Bruno Flierl, Vorsitzender der Zentralen Arbeitsgruppe des BdA/DDR. Er sprach zu gesellschaftspolitischen, theoretischen und aktuellen Problemen einer auf den Menschen bezogenen Stadtgestaltung in der DDR, setzte sich mit Begriffen und theoretischen Modellen der Stadtgestaltung auseinander und erörterte das Problem Stadtbildanalyse.

Speziell zum Thema Stadtbild als Vorstellungsbild sprach Dr. Gerd Zimmermann.

Danach folgten Beiträge aus der Praxis der Stadtgestaltung. Zum Thema „Stadtbild und Leitbild der Stadt" sprachen,

Dr. Rudolf Lasch, Stadtarchitekt, über Rostock

Dr. Gerhard Kröber, Stadtarchitekt, über Halle

Dr. Iris Grund, Stadtarchitekt, über Neubrandenburg und

Dipl.-Arch. Manfred Zache (Büro für Städtebau) über Berlin.

In diesen Beiträgen ging es übereinstimmend um die Gestaltung der durch das Wohnungsbauprogramm hervorragenden dynamischen Entwicklung der Stadt und ihrer Ganzheit, um die Meisterung der damit in Verbindung stehenden Probleme städtebaulich-architektonischer Kompositionen, insbesondere der Probleme des Stadtbildes und der Stadtgestalt.

In weiteren Beiträgen wurden einzelne Probleme erörtert wie Methoden der Stadtbildanalyse, das Problem Stadtbild und Stadtbildumgestaltung wie das Problem der Farbgestaltung der Stadt.

Alle Beiträge hatten ein hohes Niveau und trugen zum guten Gelingen des Kolloquiums bei.

Am zweiten Tag des Seminars fand eine Exkursion statt. Besichtigt wurde das Stadtzentrum von Rostock, das neue Wandbild im Zentrum von Evershagen und die Altstadt von Wismar.

Vorschläge zur Steinkonservierung

Wertvolle Vorschläge zur Konservierung von Denkmalen der Geschichte und Kultur, die in ihrer Substanz aus Naturstein oder ihm artverwandtem Material bestehen, sind vom ICOMOS-Nationalkomitee der DDR (Internationaler Rat für historische Denkmale und Plätze) ausgearbeitet und dem Sekretariat der UNESCO zugeleitet worden.

Das DDR-Nationalkomitee regte an, ein System von chemischen Normen und standardisierten Prüfungsmethoden auf internationaler Basis zu schaffen und es allen Institutionen und Unternehmen zugängig zu machen, die sich mit der Konservierung von Denkmalen und Kunstwerken aus Stein und steinartigem Material beschäftigen. Es wurde vorgeschlagen, die wissenschaftliche Arbeit über die zerstörungsfreie Prüfung von Kunstwerken auf Schäden und deren geeignete chemische Behandlung intensiv fortzusetzen. Langjährige Erfahrungen besagen, daß verschiedene zur Steinkonservierung eingesetzte Chemikalien zunächst Vorteile, in der Folgezeit jedoch Nachteile für die behandelten Objekte haben. So hat die Konservierung von Steindenkmalen mit Fluaten und Wasserglas ohne vorher durchgeführte Untersuchungen des Gesteins zu starken Spätschäden geführt. Auch die unkontrollierte Anwendung von organischen Verbindungen, Hochpolymeren, Wachsen und anderen Produkten verursachte Schäden, die durch den altersbedingten Abbau der Produkte selbst hervorgerufen wurden. Die Fachleute der DDR schlagen daher vor, nur Chemikalien für die Steinkonservierung einzusetzen, die in hohem Maße alterungsbeständig sind. Sie müssen ferner optimale Eigenschaften in Hinsicht auf ihre Verträglichkeit mit dem zu konservierenden Werkstoff besitzen. Die Materialien sollen möglichst aus dem behandelten Werkstoff wieder entfernbar sein. Grundsätzliche Empfehlungen wurden für den Ersatz verwitterter Architekturteile durch Steine ausgearbeitet.



Blick aus dem neuen Fußgängerbereich Klement-Gottwald-Straße auf den denkmalpflegerisch rekonstruierten Roten Turm im Zentrum von Halle (Das Foto von H. Diehl erhielt im Wettbewerb „Baufoto 76" einen 2. Preis.)

Zu aktuellen Aufgaben des Städtebaus nach dem IX. Parteitag

Aus dem Referat von
Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier,
Ministerium für Bauwesen
auf der
3. Bundesvorstandssitzung des BdA DDR

Wir schätzen ein, daß wir im letzten Jahr bei der Lösung städtebaulicher Aufgaben und Probleme ein weiteres Stück vorangekommen sind. Sicherlich stimmen Sie auch mit mir überein, wenn ich feststelle, daß diese für unsere Bürger sichtbare städtebauliche Entwicklung immer ein Stück Verwirklichung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellt und im Zusammenhang mit der städtebaulichen Planungspraxis sowie der Städtebauforschung zu sehen ist.
Die vom IX. Parteitag und der 2. Tagung des ZK der SED gefaßten Beschlüsse und gegebenen Orientierungen zielen auch für den Bereich des Städtebaus auf eine rasche Erhöhung der Qualität und Effektivität hin.
Die für die städtebauliche Entwicklung ausschlaggebende Aufgabenstellung ist mit dem Wohnungsbauprogramm, dem Kernstück unserer Sozialpolitik, gegeben. Die erfolgreiche Realisierung des Wohnungsbauprogramms der DDR ist daher auf lange Sicht der bestimmende Faktor für die städtebauliche Entwicklung, vor allem in den größeren und mittleren Städten.
Wie bekannt ist, werden im Zeitraum 1976 bis 1980 bedeutende Mittel für die Realisierung der Aufgaben im komplexen Wohnungsbau eingesetzt, rund 55 Milliarden Mark, das sind etwa 50 Prozent mehr als im vorangegangenen Planjahrfünft. Während der Wohnungsbau insgesamt (Neubauwohnungen und Modernisierung) im Zeitraum bis 1980 gegenüber den Ergebnissen 1971 bis 1975 auf 123 Prozent zu steigern ist, soll der Neubau von Wohnungen auf 138,5 Prozent gesteigert werden.
Uns sind gewaltige volkswirtschaftliche Mittel und die Verantwortung dafür in die Hand gegeben. Es kommt darauf an, diese Mittel mit höchstem Effekt einzusetzen, das heißt, mit den zur Verfügung stehenden Fonds die Wohnbedingungen für immer mehr Bürger zu verbessern. Zur Verbesserung der Wohnbedingungen gehören auch – und das wurde auf dem IX. Parteitag besonders hervorgehoben – die Gemeinschaftseinrichtungen, die gleichzeitig mit den Neubauwohnungen zu errichten sind.
Wenn wir von den Aufgaben des Städtebaus zur Lösung der Wohnungsbaufrage sprechen, so müssen zwei Charakteristika besonders herausgestellt werden. Das ist einmal die langfristige, vorausschauende städtebauliche Planung, die sich als unabdingbar notwendig heute aus dem langfristigen Wohnungsbauprogramm selbst ableitet, und weiter ist das die notwendige Komplexität und Konkretheit der städtebaulichen Vorbereitung, bei der die schöpferischen gestalterischen Ideen verbunden werden mit den Zielen und Wegen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und den effektivsten Realisierungsbedingungen.
Die Mittel für den komplexen Wohnungsbau wurden auch in diesem Fünfjahrplanzeitraum bedeutend erhöht, das bauliche Volumen, das durch den Wohnungsbau, durch die Wohnungsbaukombinate produziert wird, erhält einen größeren Umfang. Demgemäß erhöht sich die Verantwortung auch der Stadtarchitekten, der Bezirksarchitekten, der Architekten in den Kombinaten, all derer, die auf dem Gebiet der Projektierung, für die technische Lösung und Umsetzung dieser Aufgabe verantwortlich sind. Es ist erforderlich, die Anforderungen an die Qualität der Arbeit auf diesem Gebiet weiter zu erhöhen.
Unser Hauptproblem bei der Lösung der Wohnungsfrage in der DDR besteht neben der vorgesehenen Erweiterung des Wohnungsbestandes aber vor allem darin, die Wohnsubstanz in ihrer baulichen Qualität und in ihrem Wohn- und Nutzungswert zu verbessern. Dazu müssen der Neubau, die Modernisierung, die Erhaltung und der Ersatzneubau immer mehr als komplexe Einheit verwirklicht werden. Damit wird der Einfluß des Wohnungsbauprogramms auf die Neu- und Umgestaltung unserer Städte und Gemeinden immer gravierender.
Immer zwingender wird die Notwendigkeit, zwischen der städtebaulichen Planung und Vorbereitung sowie der Intensivierung, der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der Entwicklung der materiell-technischen Bedingungen in den Territorien die Übereinstimmung langfristig und wirkungsvoll herzustellen. Dadurch können weitere volkswirtschaftliche Reserven erschlossen werden. Es geht vor allem um die effektivere Koordinierung der Generalbebauungsplanungen und der Architekturkonzeptionen mit den Intensivierungskonzeptionen und der Erzeugnisentwicklung. Die Bezirksgruppen des BdA der DDR sollten an dieser Aufgabe mitwirken.
Man kann feststellen, daß die Generalbebauungspläne in den vergangenen Jahren für unsere Volksvertretungen und ihre Räte ein gutes Leitungsinstrument wurden und, wo das noch nicht der Fall ist, werden müssen.
Heute gilt es, die Generalbebauungsplanung in einer notwendigen, von den Räten festgelegten Rang- und Reihenfolge auf mittlere und Kleinstädte auszudehnen. Auf der Grundlage der vorhandenen Erfahrungen ist diese Planung vor allem für Kleinstädte unter Nutzung vereinfachter Verfahren zu beschleunigen und ist die Reihenfolge so zu bestimmen, daß größere Investitionsvorbereitungen immer auf einer vorauslaufenden generellen städtebaulichen Planung aufbauen können.
Die nächste Phase der Generalbebauungsplanung sehen wir also nicht einfach in der Präzisierung und Erweiterung des Zeithorizontes der Planung, sondern in der Vertiefung und Konkretisierung der Maßnahmen, die sich aus der prinzipiellen Aufgabenstellung, die Wohnungsfrage bis 1990 zu lösen, zwingend ergeben. Wann sonst als in den nächsten Jahren müssen wir Klarheit schaffen, wie wir 1980 bis 1990 Wohnungsbau und Stadtentwicklung mit dem erreichbaren wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Bauwesen mit höchster Wirksamkeit durchführen werden? Wie sonst als mit dem Generalbebauungsplan bzw. mit den Entwicklungskonzeptionen müssen die vielen baulichen und gestalterischen Maßnahmen, auf längere Sicht miteinander koordiniert, zu hoher Effektivität und besserer gesellschaftlicher und gestalterischer Wirksamkeit geführt werden?
Diese Probleme zu lösen, das ist jetzt die wesentliche Aufgabe für die Generalbebauungsplanung.
Die Qualifizierung der Generalbebauungsplanung und ihre Ausdehnung auf weitere Städte wird unterstützt durch die Ausarbeitung der „Grundlinien der städtebaulich-architektonischen Entwicklung" in den Bezirken. Bereits im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe sind dazu Festlegungen getroffen. Ihre Bedeutung wurde auf dem 7. Bundeskongreß des BdA der DDR nochmals hervorgehoben. Diese Grundlinie, die vor allem von den Aufgaben im Bezirk zur Lösung der Wohnungsfrage und weiteren gesellschaftlichen Entwicklungszielen ausgeht, enthält die grundsätzlichen Aussagen zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung und Gestaltung, vor allem der neuen Wohnkomplexe und der umzugestaltenden Altbauwohngebiete, zur Denkmalpflege, zur Verbesserung der Umweltbedingungen bis zu entsprechenden Schritten der territorialen Rationalisierung.
Der Wert und die Aussagekraft dieser Grundlinien erhöhen sich in dem Maße, wie sie eng gekoppelt werden mit den langfristigen Intensivierungskonzeptionen der Bezirksbauämter und der Kombinate. Mit anderen Worten, die Entwicklung und Rationalisierung eines Erzeugnisses, zum Beispiel eines Wohnungstyps, einer Wohnungsserie, die auch die gestalterische Verbesserung beinhalten muß, ist in den Intensivierungskonzeptionen als wissenschaftlich-technische Aufgabe exakt festgelegt, wird aber ausgelöst, beeinflußt und kontrolliert eben durch die beschlossene Grundlinie der städtebaulich-architektonischen Entwicklung.
Die von verschiedenen BdA-Bezirksgruppen bisher erarbeiteten Architekturanalysen haben für die „Grundlinie der städtebaulich architektonischen Entwicklung" großen Wert. Man kann daran messen, darauf aufbauen, das Erreichte weiter entwickeln.
Es ist zugleich erforderlich, wachsende Maßstäbe an solche Architekturanalysen anzulegen und sie einem qualifizierten Leistungsvergleich zu erschließen. Ohne Zweifel erwachsen dem BdA der DDR neue Verpflichtungen auf diesem Gebiet. Wir sollten uns dieser Problematik in geeigneter Form gemeinsam annehmen.
Auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Entwicklung steht die Frage der Leistungsvergleiche bekanntlich mit harter Konsequenz, und wir vertreten die Meinung, daß auch auf dem Gebiet des Städtebaues und der Architektur geeignete Möglichkeiten dafür gefunden werden müssen.
Die Intensivierung der Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Städtebaus zum Thema Wohngebiete in enger Verbindung mit der praktischen Arbeit der Büros für Städtebau bei den örtlichen Räten machte es möglich, die „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten" zu erarbeiten und abgestimmt mit allen beteiligten zentralen Staatsorganen als Grundlage für die städtebauliche Planung von Neubauwohngebieten zur Verfügung zu stellen.
Die Auswertung von Bebauungskonzeptionen des Jahre 1976 zeigt, daß diesen Planungen die Grundsätze und Richtwerte der Komplexrichtlinie zunehmend besser zugrunde gelegt werden. Wir schätzen ein, daß diese Richtlinie in der Praxis mehr und mehr zu einem nützlichen Arbeitsmittel wird und werden muß.
Die Einhaltung der in der Komplexrichtlinie genannten Richtwerte allein garantiert jedoch nicht von vornherein eine gute Qualität der ganzen städtebaulich-räumlichen, architektonisch-künstlerischen Lösung und enthebt keinen von der Pflicht, die effektivste Lösung bei Einhaltung der Normative gewissenhaft zu erarbeiten.
Zwischen der städtebaulichen Qualität einer Bebauungskonzeption und den dabei zugrunde gelegten Erzeugnissen des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus besteht verständlicherweise eine enge und ursächliche Verbindung. Wir sind, was den Einsatz und die Weiterentwicklung der WBS 70 betreffen, auch auf dieser Strecke vorangekommen. Davon zeugen eine ganze Reihe Bebauungskonzeptionen, die erarbeitet wurden, wie zum Beispiel für Bautzen-Gesundbrunnen.
Bisher sind Projektlösungen der WBS 70 in der Hauptstadt Berlin sowie in den Bezirken Neubrandenburg, Gera, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt in Anwendung. Im Jahre 1980 werden etwa 48 000 WE, davon 33 000 bis 35 000 WE, auf der Grundlage neuer, im Rahmen des Plattenwerksprogramms errichteter Vorfertigungsstätten in der WBS 70 ausgeführt. Das sind 48 Prozent der von den Wohnungsbaukombinaten zu errichtenden Wohnungsneubauten bzw. 51 Prozent des Anteils am Plattenbau überhaupt.
Die Erarbeitung von standortlosen Angebotsprojekten der WBS 70 erfolgt im Kooperationsverband der Wohnungsbaukombinate unter Leitung der Bauakademie der DDR. Das Grundsortiment der WBS 70 besteht aus 28 Gebäudeteilprojekten, dazu kommen 11 Gebäudeteile, die Baustoffvarianten der Sanitärzelle berücksichtigen. Wir werden Ende des Jahre 1977 das vollständige Gebäudeteilsortiment einschließlich der Sanitärzelle zur Verfügung haben.
Das Elementesortiment der WBS 70 umfaßt für alle genannten Gebäudeteilprojekte zusammen genommen etwa 700 verschiedene Elemente. Das ist im internationalen Vergleich ein gutes Ergebnis. Mit diesem für die Ausführung von 39 Gebäudeteilprojekten einheitlichen Elementesortiment zur WBS 70 werden die Vorteile dieser Wohnungsbauserie eindeutig charakterisiert.
Wir möchten also hier deutlich machen, daß es darauf ankommt, die konsequente Anwendung dieser Wohnungsbauserie durchzusetzen im Rahmen der dafür vorgesehenen Gebäudeteilprojekte, die Vielfalt der städtebaulichen Möglichkeiten dabei zu erschließen und zu nutzen.
Es ist erforderlich, einige Bemerkungen zur Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen zu machen.
Die bereits genannte Komplexrichtlinie enthält Aussagen über gesellschaftliche Einrichtungen, welche bei der städtebaulichen Planung zu berücksichtigen sind. Ergänzend dazu wurde durch das Ministerium für Bauwesen und die Staatliche Plankommission den Räten der Bezirke ein Arbeitsmaterial zur Planung und Vorbereitung von Gemeinschaftseinrichtungen im Rahmen der Investitionen des komplexen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt. Dieses Arbeitsmaterial enthält neben methodischen Grundsätzen eine Nomenklatur und Richtwerte für die Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus. Beide Materialien orientieren auf eine gute Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen, aber auch auf eine ökonomische Lösung.
Grundsätzlich kann eingeschätzt werden, daß der

Schritt zu komplexen Zentren in der städtebaulichen Planung getan ist. Einer Realisierung in hoher Qualität stehen aber auch Probleme entgegen. Zur Weiterentwicklung im Gesellschaftsbau wurde deshalb ein Material „zur Durchsetzung der einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik im Gesellschaftsbau für den Zeitraum 1976 bis 1980" erarbeitet und kürzlich vom Minister für Bauwesen bestätigt. Es geht darum, auch bei diesen wichtigen Baumaßnahmen eine Vereinheitlichung der wissenschaftlich-technischen Politik herbeizuführen und durchzusetzen.

Das erfordert, alle bewährten und weiterhin anzuwendenden Projekte für gesellschaftliche Bauten zielstrebig durch konsequente Nutzung von Bestwerten und progressiven Lösungen zu rationalisieren sowie die Entwicklung neuer Projektlösungen und Technologien unter voller Nutzung der in den Bezirken vorhandenen und im Rahmen des Planes bis 1980 zu schaffenden materiell-technischen Voraussetzungen zu gewährleisten. Die Schwerpunkte bilden die Stahlbetonskelett-Montagebauweise SKBM 72, die mit der WBS 70 und der SKBS 75 modular und konstruktiv übereinstimmt sowie die Anwendung der WBS 70 für Gesellschaftsbauten in den Geschoßhöhen 2,80 m und 3,30 m.

Die ersten Schritte dazu sind eingeleitet, drei Bezirke unserer Republik arbeiten an der Realisierung von Vorfertigungskapazitäten auf diesem Gebiet, andere Bezirke bereiten das vor. Hier ist also die Möglichkeit gegeben, über einen längeren Zeitraum eine Plattform auf der Strecke der Vorfertigung und der damit verbundenen Technologie zu schaffen, die eine entscheidende Grundlage zur Erhöhung der Effektivität beim Gesellschaftsbau darstellt.

Bedeutungsvoll für die Entwicklung im Gesellschaftsbau ist außerdem die gemeinsame verbindliche Festlegung einheitlicher Funktionsprogramme und Kapazitätsgrößen durch die zentralen Fachplanträger gesellschaftlicher Bauten und das Ministerium für Bauwesen, wie das z. B. bei Bauten der Volksbildung erfolgt.

Die den Städtebauern und Architekten unserer Republik im laufenden Fünfjahrplan gestellten Aufgaben erfordern bedeutende Anstrengungen. Auch auf dem Gebiet des Städtebaues und der Architektur sind auf dem Weg der Intensivierung weitere Fortschritte zu erreichen. Die besondere Aufmerksamkeit des Architektenverbandes sollte der Tatsache gelten, daß die Vertiefung der Intensivierung zugleich ein wichtiger Schlüssel zu höherer Qualität in Städtebau und Architektur darstellt.

Auf unterschiedlichen Gebieten wird heute bereits am Vorlauf für den Zeitraum nach 1980 gearbeitet, in der Städtebauforschung, in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung von Erzeugnissen und Verfahren und bei der Vorbereitung von Wohnungsbaustandorten. Die Qualität dieser Arbeiten beeinflußt wesentlich die künftige Realisierung unseres Wohnungsbauprogramms bis 1990. Einen zentralen Platz bei der Schaffung eines hohen Niveaus dieses Vorlaufes nimmt die Verwirklichung des bekannten Regierungsabkommens zwischen der DDR und der UdSSR vom Dezember 1975 auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus ein. Gemeinsam werden Grundlagen für die Weiterentwicklung des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus, die Vorfertigung und die Errichtung je eines Experimentalkomplexes in beiden Ländern geschaffen. Darauf sind und werden wesentliche Forschungskapazitäten konzentriert. Es ist sicher notwendig, für diese bedeutungsvolle Vorlaufaufgabe die Mitwirkung des Bundes der Architekten der DDR zu erschließen und zur Geltung zu bringen.

Wie auf dem IX. Parteitag festgestellt wurde, wird unser Wohnungsbauprogramm in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Baureparaturen weitergeführt. Dabei ist mit der Rekonstruktion und Modernisierung von Altbaugebieten dort zu beginnen, wo die Wohnverhältnisse noch am unzulänglichsten sind. Das gilt besonders für die Hauptstadt Berlin. Das trifft aber auch auf solche Großstädte wie Leipzig, Karl-Marx-Stadt und alle jenen Städte zu, die in der Direktive des IX. Parteitages ausdrücklich genannt sind.

Wir gehen hier Schritt für Schritt vor, und Minister Junker betonte auf einer Kreisbaudirektorentagung, daß das für die praktische Arbeit der örtlichen Ebene heißt, alle Bedingungen zu schaffen, damit die planmäßig zu lösenden Rekonstruktions- und Modernisierungsaufgaben in höchster ökonomischer Effektivität realisiert werden. Genosse Junker unterstrich auf dieser Tagung, daß klar sein muß, daß die Aufgaben der Modernisierung und Rekonstruktion mit den Baukapazitäten und unter Anwendung der Bauweisen und Technologien sowie der Vorfertigungsbasis und Mechanisierung durchgeführt werden müssen, über die wir heute in den jeweiligen Territorien verfügen, bzw. die wir in den nächsten Jahren in dem mit den staatlichen Aufgaben für 1976 bis 1980 gesetzten Rahmen rationalisieren und erweitern können. Ein anderer Weg ist nicht möglich. Es kommt deshalb darauf an, die geplanten Umgestaltungsmaßnahmen gründlich vorzubereiten. Ein wichtiges Ziel der bereits bis 1980 durchzuführenden Umgestaltungen von Altbauwohngebieten in der Hauptstadt und einigen weiteren Städten besteht darin, praxiserprobte Erfahrungen zu gewinnen, die eine solide Basis für das effektive Herangehen an die umfangreichen Rekonstruktionsmaßnahmen nach 1980 bilden.

Bis 1980 wird die Zahl der vorhandenen Wohnungen etwa der Anzahl der Haushalte entsprechen, d. h. wir werden nach 1980 in der Lage sein, einen größer werdenden Anteil alter, nicht mehr brauchbarer Wohnungen zu ersetzen. Dieser Ersatz von Altbauwohnungen wird dort erfolgen, wo die Substanz der Gebäude am schlechtesten ist, also in der Regel in innerstädtischen Wohngebieten, die überwiegend den Charakter von Mischgebieten tragen. In diesen Gebieten befindet sich bekanntlich auch eine große Anzahl von produktiven Einrichtungen. Das stellt uns vor eine Reihe komplizierter Fragen und Probleme.

Durch die Bauakademie der DDR in Zusammenarbeit mit örtlichen Organen durchgeführte Untersuchungen zeigen, daß das Problem der in den Umgestaltungsgebieten liegenden Betriebe und Produktionsstätten gewissermaßen zu einer Schlüsselposition für die Planung der Umgestaltung wird. Zur Klärung der grundliegenden Ausgangspolitionen für die Umgestaltung im Zeitraum nach 1980 wurde deshalb durch das Ministerium für Bauwesen und die Staatliche Plankommission eine breit angelegte Analyse der Umgestaltungsbedingungen innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete eingeleitet, welche sich auf die Städte erstreckt, in denen nach 1980 der größte Teil des Ersatzwohnungsbaus realisiert werden soll.

1976 wurden diese Untersuchungen für 23 Städte durchgeführt. 1977 werden die Arbeiten fortgeführt. Dabei geht es darum, Grundlagen zu schaffen für die

- Bestimmung von Orientierungskosten für den komplexen Wohnungsbau
- Bestimmung der Proportion Neubau zu Modernisierung
- Entwicklung und Profilierung der Baukapazitäten
- Einschätzung der Bedingungen für die Realisierung dieser Aufgabe.

Die Bauakademie der DDR leitet die komplex angelegten Forschungsarbeiten zur Umgestaltung und erbringt dazu einen wesentlichen Teil der Leistungen. Einbezogen sind weitere Institute der Akademie, zum Beispiel Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Tiefbau, Industriebau und Ökonomie. Es wirken städtebauliche Planungsbüros der Bezirks- und Stadträte mit und auch bereits einzelne Baukombinate.

Die Arbeit an praktischen Beispielen wird konzentriert auf

- das Umgestaltungsgebiet Berlin-Prenzlauer Berg
- das Umgestaltungsgebiet Leipzig-Ostvorstadt
- die Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald
- die Umgestaltung der Altstadt von Bernau.

Neubau, Modernisierung und Baureparaturen in Neubauwohngebieten und Umgestaltungsgebieten verwirklichen wir auf lange Sicht gesehen durch unser Wohnungsbauprogramm. Hier zu höherer Effektivität vorzustoßen, ist die jetzt zu lösende Aufgabe.

Wie in den Städten, so streben wir auch in den Dörfern Wohnverhältnisse an, die die sozialistische Lebensweise der Bürger fördern. Alle Baumaßnahmen, die auf dem Lande durchgeführt werden, müssen dazu beitragen, den sozialen Prozeß der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land weiterzuführen.

Wie ernst es der Partei- und Staatsführung mit dieser Frage ist, geht unter anderem auch aus dem vom Präsidium des Ministerrates gefaßten Beschluß zur Förderung von Initiativen für den genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbau auf dem Lande vom 17. 6. 1976 hervor. Dieser Beschluß orientiert bekanntlich darauf, daß die Räte der Städte und Gemeinden und die Ausschüsse der Nationalen Front sowie die Leitungen der Betriebe, Kombinate und Vorstände der Genossenschaften jede Initiative der Bürger und Betriebskollektive fördern, um zum Bau von genossenschaftlichen und privaten Wohnungen Reserven freizusetzen, diese weitsichtig zu planen und rationelle Lösungen zu finden. Die Bedingungen dafür sind vor allem besonders in den ländlichen Siedlungen und Siedlungszentren sowie in den Kleinstädten besonders günstig. Die landwirtschaftlichen Bauorganisationen bauen oder modernisieren Zehntausende von Wohnungen für Genossenschaftsbauern und Landarbeiter.

Die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die Verschönerung der Wohnumwelt geschieht nicht zuletzt durch die wachsenden Initiativen der Bevölkerung im Mach-mit-Wettbewerb. Auch diese vielseitigen Aktivitäten bedürfen einer klugen Leitung. Ein wichtiges Instrument dafür sind längerfristige Konzeptionen für die räumliche und zeitliche Einordnung der Baumaßnahmen.

Wir sind jedoch mit der Kapazität unserer Büros für Stadtplanung nicht in der Lage, für alle die vielen Siedlungen Bebauungskonzeptionen auszuarbeiten. Es muß aber ein Weg gefunden werden, daß zumindest für die größeren Zentren auf dem Lande, insbesondere dort, wo bedeutende industriemäßige Anlagen der landwirtschaftlichen Produktion im Entstehen sind, einfache und für Bürger verständlich dargestellte, aber eindeutige und komplex abgestimmte Entwicklungskonzeptionen erarbeitet werden. Sie selbst wissen, wie differenziert die Lage auf diesem Gebiet ist, aber man kann bei der Gestaltung der Wohnumwelt in unserer Republik nicht an dieser bedeutenden Bauaufgabe vorbeigehen.

Die systematische Bearbeitung von langfristigen städtebaulichen Entwicklungskonzeptionen für ländliche Siedlungszentren mit dörflichen und kleinstädtischen Strukturen muß in allen Kreisen schrittweise zur ständigen Planaufgabe werden. Wir sind der Auffassung, daß in einem solchen Prozeß folgende Gesichtspunkte – natürlich im Rahmen der Möglichkeiten – schrittweise durchgesetzt werden sollten:

1. Die Rekonstruktion der Zentren dieser Orte bei optimaler Nutzung der Bausubstanz unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklung.
2. Die weitere Ausuferung der bebauten Ortsterritorien auf landwirtschaftliche Nutzflächen ist durch Festlegung von Bebauungsgrenzen und den Ausweis innerstädtischer Standorte, besonders für den Wohnungsbau, zu verhindern bzw. auf ein nicht vermeidbares Maß zu begrenzen.
3. Nutzung der stadtnahen Dörfer auch für Eigenheimbauten der Stadtbevölkerung
4. stärkere Nutzung der Dörfer für Zwecke der Erholung durch Ausbau nicht für Wohnzwecke benötigter Altbausubstanz sowie durch Nutzung und Aufwertung geeigneter Freiflächen.

Es ist unschwer festzustellen, daß die Architekten und Projektanten, die Mitglieder des Bundes der Architekten auch auf diesem Gebiet ein breites Betätigungsfeld haben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch insbesondere die im Territorium ansässigen Architekten zu einer weiteren Lösung dieser Frage beitragen würden.

Auf dem IX. Parteitag wurden die für einen längeren Zeitraum gültigen wegweisenden Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung festgelegt. Um die damit beschlossenen sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben, insbesondere zur Lösung der Wohnungsfrage, bei zunehmender Qualität und hoher Effektivität planmäßig verwirklichen zu können, muß sich das Schaffen der Städtebauer und Architekten im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung vor allem auf folgende Aufgaben konzentrieren.

■ Erstens ist die Arbeit an den Generalbebauungsplänen unter Nutzung der vorliegenden Erfahrungen kontinuierlich weiterzuführen und zu qualifizieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Konkretisierung der Aussagen für den Zeitraum bis 1980, die Koordinierung der notwendigen komplexen städtebaulichen Maßnahmen, ihre weitere ökonomische und wissenschaftlich-technische Durchdringung. Das Hauptziel ist, Klarheit zu schaffen über den realen Weg zur Lösung der Wohnungsbauaufgaben in der jeweiligen Stadt einschließlich ihrer Realisierungsetappen in Verbindung mit der wirksamen, auf hohem Niveau stehenden weiteren Umgestaltung der Städte.

Für die kleineren Städte und Siedlungszentren

sind verstärkt gleichartige Planungen oder Entwicklungskonzeptionen in geeigneter Form auszuarbeiten, um auch hier die zunehmenden Aufgaben des Wohnungsbaus und der Umgestaltung aus langfristiger Sicht effektiv verwirklichen zu können.

■ Zweitens gilt es, im gleichen Sinne die Grundlinien der städtebaulich-architektonischen Entwicklung der Bezirke in enger Verflechtung mit den langfristigen Konzeptionen des Wohnungsbaus und den Intensivierungskonzeptionen des Bauwesens wissenschaftlich zu durchdringen und zu präzisieren. In der Lösung dieser komplexen Aufgabe – das ist die Erkenntnis, die in diesem Jahr in verschiedenen Bezirken gesammelt wurde – sehen wir eine Schlüsselposition zur Umsetzung komplexer langfristiger Aufgaben in reale, allseitig abgestimmte Maßnahmen im Städtebau und Wohnungsbau für die Fünfjahrpläne und Volkswirtschaftspläne. Bereits hier werden die Weichen gestellt für die gestalterische Qualität beim Wohnungsbau und bei den Umgestaltungsaufgaben.

■ Drittens müssen wir uns nach wie vor auf die Verbesserung und Stabilisierung des städtebaulichen Vorlaufes konzentrieren. Unsere Anstrengungen zur Erhöhung der städtebaulich-architektonischen Qualität umfassen eine ganze Palette von Aufgaben – von der städtebaulichen Komposition, der weiteren Erzeugnisentwicklung, der Freiflächengestaltung, der bildenden Kunst bis zu architektonischen Details. Insofern ist ein hohes Niveau der Leitung und der Gemeinschaftsarbeit ein zunehmend bedeutsam werdender Faktor zur Erreichung architektonischer Qualität. Von Bedeutung ist dabei, daß das Zusammenwirken zwischen den Städteplanern und Experten der bauausführenden Betriebe noch enger gestaltet wird. Auch das Zusammenwirken mit bildenden Künstlern ist weiter zu verbessern.

■ Viertens gilt es, in den nächsten Jahren die in den achtziger Jahren in verstärktem Maße zu erwartende Umgestaltung von Altbauwohngebieten gründlich vorzubereiten. Hierzu wurde bereits – wie schon gesagt – mit ersten analytischen Untersuchungen begonnen. Vorgesehen ist, diese Arbeiten im nächsten Jahr fortzusetzen, insgesamt auf eine größere Anzahl von Städten in unserer Republik auszudehnen. Das ist ein weiterer Schritt in einer Reihe von Maßnahmen, die eingeleitet wurden und noch einzuleiten sind, um den hier zitierten komplizierten Aufgabenkomplex seiner praktischen Realisierbarkeit zielstrebig näher zu bringen. Auf diese Aufgaben werden sich sowohl die staatliche Leitung, die Wissenschaft, die Praxis sowie der Bund der Architekten konzentrieren und eigene weitere Beiträge dazu liefern.

■ Fünftens müssen wir daran zielgerichtet weiterarbeiten, das Zusammenwirken zwischen der Stadtbauforschung und der Praxis der Stadtplanung noch enger und wirkungsvoller zu gestalten.

Hier gilt es, bei beispielhaften Planungen zu den Grunderkenntnissen und wissenschaftlichen Verallgemeinerungen vorzustoßen, die für eine Rationalisierung der städtebaulichen Planungsarbeit wichtig sind.

Die Wechselwirkung Praxis–Forschung und Forschung–Praxis muß durch vielfältige Formen gewährleistet sein, um so in entscheidendem Maße zur Intensivierung der Planungsarbeit und zur Erhöhung des Effekts beizutragen.

Von besonderer Bedeutung ist die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufes für die weitere erfolgreiche Realisierung des Wohnungsbauprogramms im Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990. Dafür sind die Ergebnisse der internationalen Forschungskooperation, vor allem die Realisierung des Regierungsabkommens mit der UdSSR zwischen Wohnungs- und Gesellschaftsbau voll zu nutzen.

■ Sechstens gilt es, ständig daran zu arbeiten, die Methoden der Leitung und Planung der städtebaulichen Entwicklung weiter zu qualifizieren und auch dafür weiterentwickelte Methoden und Regelungen anzuwenden. Wir haben festgelegt, daß künftig die Hauptauftraggeber des komplexen Wohnungsbaus stärker einbezogen werden und dazu auch entsprechende Regelungen getroffen. Der in dem Maßnahmeplan Nr. 45 festgelegte Einsatz von Komplexarchitekten ist weiter durchzusetzen. Es geht darum, neue Erkenntnisse schneller zugänglich zu machen und Probleme zu beraten, wobei ein ständiges Zusammenwirken aller Beteiligten erfolgen muß.

Von besonderem Rang sind die Aufgaben der staatlichen Leitungen sowie des Bundes der Architekten der DDR und der Städtebauer und Architekten bei der städtebaulich-architektonischen Entwicklung unserer Hauptstadt Berlin. Bei der Realisierung der genannten 6 Schwerpunkte sind vor allem in der Hauptstadt und für die Hauptstadt beispielgebende Fortschritte zu erreichen. (Zu den Aufgaben in Berlin wurde bereits im Bericht des 1. Sekretärs des Bundes der Architekten der DDR, Genossen Wachtel, ausführlich Stellung genommen).

Abschließend einige Bemerkungen zur Arbeit des Bundes der Architekten. Es entspricht unseren gemeinsamen gesellschaftlichen Zielstellungen, wenn das Ministerium für Bauwesen die gegebenen Möglichkeiten weitestgehend nutzt, um die Aktivität und Potenzen der gesellschaftlichen Organisationen, wie die des Bundes der Architekten, der Kammer der Technik, in die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben einzubeziehen.

Das Zusammenwirken zwischen dem Ministerium für Bauwesen und dem Bund der Architekten wurde deshalb in der Vereinbarung vom Juli 1976 zwischen dem Minister für Bauwesen und dem Präsidenten des Bundes der Architekten der DDR entsprechend den auf dem 7. Bundeskongreß gestellten Aufgaben neu festgelegt.

Die konkreten Aufgaben dazu werden jährlich in einem gesonderten Maßnahmeplan vereinbart, was es nunmehr auch für das Jahr 1977 zu tun gilt. Dabei möchte ich einige Aufgaben darlegen, deren Lösung der Bund der Architekten mit seiner Arbeit wirksam fördern könnte. Die Aufgaben, die ich im folgenden nenne, beziehen sich auf die Phase der städtebaulichen Planung.

Die Umgestaltungsplanungen für die Wohn- und Mischgebiete Berlin-Prenzlauer Berg und Leipzig-Ostvorstadt sind die größten Komplexaufgaben dieser Art, die zur Zeit in Arbeit sind. Beide Aufgaben sind, was die städtebauliche Planung betrifft, im Staatsplan Wissenschaft und Technik verankert. Die betreffenden örtlichen Räte sowie die Bauakademie der DDR konzentrieren ihre Arbeit auf die Lösung dieser Aufgaben. Wir halten es für nützlich, wenn Wege und Mittel gefunden werden, diese beiden bedeutenden Umgestaltungsaufgaben im kommenden Jahr wirkungsvoller zu unterstützen und damit zugleich Grundlagen für die Auswertung und Breitenanwendung in den eigenen Bezirken zu schaffen.

Es ist weiter notwendig, das Zusammenwirken zwischen Generalbebauungsplanung und Generalverkehrsplanung zu intensivieren. Unseres Erachtens wären gemeinsame Fachberatungen der Experten zur gegenseitigen Verständigung, zur Klärung von inhaltlichen und methodischen Problemen zweckmäßig. Wir schlagen vor, eine Fachberatung zu diesen Problemen in nächster Zeit durchzuführen.

Die Anzahl der durchgeführten Städtebau- und Architekturwettbewerbe hat sich im letzten Jahr erhöht. Das ist positiv, und wir fördern solche Aktivitäten auch weiterhin. Wir würden es begrüßen, wenn der Bund seine Aktivitäten auch künftig verstärkt darauf richten würde, viele seiner Mitglieder für eine Teilnahme an ausgeschriebenen Wettbewerben zu gewinnen. Ich möchte die Bitte äußern, im besonderen auch junge Architekten und Architektenkollektive für die Teilnahme an solchen Wettbewerben zu gewinnen oder zu beauftragen. Besonders wertvoll erscheint uns dabei auch die im Entwurf der Arbeitsplanes für 1977 des BdA vorgesehene Durchführung eines Entwurfsseminars mit Teilnehmern aus den befreundeten sozialistischen Ländern für die künftige Umgestaltung der Köpenicker Altstadt als ein Beitrag zur Lösung der großen städtebaulichen Aufgaben in unserer Hauptstadt Berlin.

Im Rahmen einer zentralen Arbeitsgruppe wurde ein Entwurf eines Standards für Kinderspielanlagen erarbeitet. Der Bund ist in die Arbeit an diesem Aufgabenkomplex einbezogen. In den nächsten Wochen wird dieser Entwurf zur Stellungnahme veröffentlicht. Das Ministerium für Bauwesen ist natürlich sehr an einer Stellungnahme des Bundes zu diesem Problem interessiert.

Wir kennen und schätzen den Leistungswillen, das Können und die schöpferischen Kräfte der Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR und sind überzeugt, daß der Bundesvorstand diese bedeutenden Reserven wirkungsvoll für die Erfüllung der Ziele des Fünfjahrplans 1976–80 erschließen kann. Es gibt an jedem Ort in unserer Republik eine Vielzahl schöner, interessanter und herausfordernder Aufgaben, und es bedarf zu ihrer Lösung des vollen Einsatzes der Städtebauer und Architekten, der schöpferischen Gemeinschaftsarbeit der staatlichen Leitung und der gesellschaftlichen Kräfte.

Wettbewerb für Schulbauten

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier
Oberstudienrat Eberhardt Wandrow

Das Ministerium für Bauwesen und das Ministerium für Volksbildung schrieben im Frühjahr 1976 einen Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für eine Schulbaureihe der 80er Jahre aus. Ziel dieses Wettbewerbes war es, zusätzliche Anregungen für die Aufgabenstellung zu einer solchen neuen Schulbaureihe zu gewinnen.

Die Auslober des Wettbewerbs ließen sich davon leiten, frühzeitig Erfahrungen und Erkenntnisse von Schulbauexperten für die beabsichtigte neue Schulbaureihe zu erschließen. Deshalb wurde der Wettbewerb auf der Grundlage von Prämissen durchgeführt, die ausdrücklich eine Ergänzung und Präzisierung in Auswertung des Wettbewerbes sowie parallel dazu durchgeführter wissenschaftlicher Untersuchungen und Beratungen mit Schulpraktikern vorsahen.

Zur Teilnahme aufgefordert wurden die Wohnungsbaukombinate Berlin, Cottbus, Erfurt, Rostock und das Ingenieurhochbaukombinat Pirna, die Technische Universität Dresden, die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, die Bauakademie der DDR und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Kollektive, die bereits in der Vergangenheit an der Entwicklung des Schulbaus in der DDR unmittelbar beteiligt waren und über Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen.

Nach Auffassung der Auslober haben sich die Auswahl der genannten Kollektive, der Zeitpunkt und die gewählte Form des Wettbewerbs als zweckmäßig erwiesen. Mit den Ergebnissen des Wettbewerbs, die hiermit vorgestellt werden, wurde der erwartete Beitrag eines größeren Kreises von Schulbauexperten geleistet, der nach entsprechender Analyse und Auswertung bei der endgültigen Aufgabenstellung für die neue Schulbaureihe angemessene Berücksichtigung finden wird. Insofern handelt es sich bei den vorgestellten Wettbewerbsarbeiten um Studien zur neuen Schulbaureihe und um die entwurfsmäßige Durcharbeitung von ausgewählten Aspekten und Tendenzen der vorgesehenen Aufgabenstellung.

Durch den IX. Parteitag der SED sind qualitativ neue schulpolitische Anforderungen gestellt worden. Zugleich erfordert die weitere Intensivierung im Bauwesen die konsequente Verwirklichung einer einheitlichen, wissenschaftlich-technischen Politik im Gesellschaftsbau. Es ist erforderlich, beide Entwicklungslinien effektiv aufeinander abzustimmen. Die Ausschreibung des Wettbewerbs orientierte deshalb im wesentlichen auf die folgenden Zielsetzungen.

Mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst die Bedeu-

tung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Dies muß sich in einer höheren Qualität der pädagogischen Arbeit widerspiegeln. Eine erstrangige Aufgabe ist die Verstärkung der kommunistischen Erziehung der Kinder, die auf der Vermittlung von Grundlagen für eine hohe Allgemeinbildung basiert und das Anliegen aller Erziehungsträger ist. Diese schulpolitische Aufgabe steht in unmittelbarer Beziehung zur Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsweise und ist auf die Schaffung immer besserer Voraussetzungen für die Herausbildung allseitig und harmonisch entwickelter Persönlichkeiten gerichtet. Durch den Schulbau sind dafür entsprechende räumliche Voraussetzungen zu schaffen. Insbesondere sind solche pädagogischen Forderungen zu erfüllen wie

- die Vervollkommnung der Arbeit in der Unterstufe unter besonderer Beachtung der Bedingungen für die außerunterrichtliche Bildung und Erziehung und der Spezifik für die pädagogische Arbeit in der Klasse 4 als erster Mittelstufenklasse
- die kontinuierliche Weiterentwicklung der Oberstufe auf der Basis eines qualifizierten Fachunterrichts im Klassenkollektiv und der Beachtung der dialektischen Einheit von Differenzierung und Einheitlichkeit der pädagogischen Prozesse sowie der Erhöhung des Niveaus von Erziehung und Selbsterziehung
- der rationelle Einsatz moderner Unterrichtsmittel und einer modernen technischen Grundausstattung für die Klassenstufen, verbunden mit einer optimalen Arbeitsplatzgestaltung, die die Anwendung vielfältiger Methoden und Organisationsformen der pädagogischen Arbeit ermöglicht.

Die Erfüllung dieser Forderungen verlangt, die Schule baulich-räumlich als sozialistische Arbeits- und Lebensstätte zu gestalten. Dabei ist es erforderlich, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schüler und Pädagogen durch Optimierung der Funktionsräume und schrittweise Erhöhung ihres Ausstattungsniveaus zu verbessern und damit eine effektive Mehrzwecknutzung für den ganztägigen pädagogischen Prozeß zu erreichen. Das Schulgebäude ist aus der Sicht einer für das Fachunterrichtsraumsystem der Mittel- und Oberstufe und den Unterricht der Unterstufe günstigen Verkehrsführung zu erschließen. Damit ist eine entsprechende konsequente Gliederung des Schulgebäudes in Funktionsbereiche zu verbinden.

Die Planung von Schulgebäude, Sporthalle und Freiflächen ist als Einheit zu realisieren, wobei auch durch eine Erhöhung des qualitativen Niveaus der Freiflächen wachsenden funktionellen Anforderungen entsprochen werden muß. Die Planung der Schule erfolgt als integrierter Bestandteil des Wohngebietes und seines Gesamtsystems der gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Ausprägung der architektonischen Gestaltung der Schule entsprechend ihrem gesellschaftlichen Rang ist höhere Aufmerksamkeit zu schenken. Dazu gehört eine stärkere ästhetische Durchdringung der räumlichen Gestaltung nach kulturellen und sozialen Gesichtspunkten. Die ein- und zweizügige Oberschule sowie der zweimal zweizügige Schulkomplex sind als pädagogisch funktionell gleichwertige Kapazitätstypen zu entwickeln, die unter Beachtung der städtebaulichen und netzstrukturellen Besonderheiten den Erfordernissen einer Schulbaureihe entsprechen müssen.

Bei der Ausarbeitung der Raumprogramme für die zweizügige Oberschule ist grundsätzlich von einer anzustrebenden Optimalgröße von 20 Schulklassen mit je 30 Schülern auszugehen. Der Schulkomplex stellt kapazitätsmäßig eine Doppelung der zweizügigen Oberschule dar. Bei der einzügigen Oberschule sind Möglichkeiten vorzusehen, die eine Erweiterung der Mittel- und Oberstufenbereiche bis zur Zweizügigkeit vorsehen.

Unter Zugrundelegung eines Vorzugsrasters von 7200 mm sind die Raumabmessungen für Unterrichtsräume unbedingt einzuhalten. Aus unterrichtstechnologischen Gründen (z. B. Anwendung des Schulfernsehens) ist eine einseitige natürliche Belichtung der Unterrichtsräume erwünscht. Um den klimatischen Erfordernissen zu entsprechen, wird der Einbau eines zentralen, mit der Heizung kombinierten Zwangslüftungssystem vorgesehen.

Für die Unterstufe sind die Bedingungen für die Hortarbeit zu verbessern. Eine Hortgruppe setzt sich aus 22 bis 25 Schülern zusammen und wird auf Klassenbasis gebildet. Da Schüler der 1. Klasse den Mittagsschlaf benötigen, sind dafür Voraussetzungen durch die Bildung von Raumeinheiten Klassenraum und Hortergänzungsraum zu schaffen. In der Mittel- und Oberstufe ist die Hauptorganisationsform der außerunterrichtlichen Tätigkeit die Arbeitsgemeinschaft. Hierfür ist eine Mehrfachnutzung der Fachunterrichtsräume vorzusehen. Es ist erforderlich, dem Mehrzweckraumbereich der Schule besondere funktionelle und ästhetisch gestalterische Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus der Organisation der Funktionsabläufe leitet sich folgende räumlich-strukturelle Gliederung des Schulgebäudes nach Bereichen ab:

- Funktionsbereich Unterstufe
- Funktionsbereich der Mittel- und Oberstufe
- zentraler Funktionsbereich.

Diese Bereiche sollen möglichst geschlossene räumliche Gruppierungen mit gesonderter Erschließung bilden. Dabei müssen die Unterrichtsbereiche mit dem zentralen Funktionsbereich verbunden sein. Eine gemeinsame Erschließung für Unter- und Oberstufe ist möglich, wenn dadurch keiner der Bereiche zur Durchgangszone der Schüler des anderen Bereiches wird.

Im Unterstufenbereich sind Unterrichts- und Horträume möglichst konzentriert anzuordnen. Der Pädagogenarbeitsraum der Unterstufe sollte zentral im Bereich der Unterstufe der Schule liegen. Für den Unterstufenbereich sind gesonderte Sanitäreinheiten vorzusehen.

Die Planung des Funktionsbereiches Mittel- und Oberstufe (Klasse 4 bis 10) muß den spezifischen Bedingungen des Fachunterrichtsraumsystems entsprechen. Hierbei spielt infolge des häufigen Raumwechselns die Minimierung der Verkehrswege der Schüler eine besonders wichtige Rolle. Die Unterrichtsräume der Klasse 4 stehen in Beziehung zum Schulhort und müssen deshalb an der Nahtstelle zum Unterstufenbereich angeordnet werden. Die Fachunterrichtsräume für die Klassen 5 bis 10 gliedern sich in folgende Teilbereiche:

Die je 2mal vorhandenen Fachunterrichtsräume Deutsch, Fremdsprache und Mathematik sind über zwei Geschosse zu verteilen. Die naturwissenschaftlichen Räume sind möglichst in einem Geschoß zu konzentrieren.

Der zentrale Funktionsbereich erstreckt sich zweckmäßigerweise über das Erd- und Kellergeschoß und kann darüber hinaus auch mit den Obergeschossen verzahnt sein. Für die Lage der Räume des zentralen Funktionsbereiches ist bestimmend ihre Funktion der Kommunikation, die Entlastung der Unterrichtsbereiche von Verkehr und Lärm und die zweckmäßige Nutzung des Mehrzweckraumes. Die Fachunterrichtsräume Werken können als Teil des zentralen Funktionsbereiches im Kellergeschoß angeordnet werden. Die Zentralgarderobe als wichtige organisatorische Maßnahme für das Fachunterrichtsraumsystem ist möglichst in unmittelbarer Nähe des Haupteinganges sowie in günstiger Beziehung zu den Pausenhöfen der Schule anzuordnen. Sie muß dem Prinzip des Durchgangssystems entsprechen und in Klassen- bzw. Klassenstufenboxen unterteilt sein.

Obwohl im Mittelpunkt des Wettbewerbs die Entwicklung von Lösungen für die zweizügige Oberschule steht, ist es erforderlich, die Anforderungen der Projektierungs- und Bautechnologie für die gesamte Schulbaureihe zu berücksichtigen.

Die räumliche Struktur des Schulkomplexes (2 × zweizügig) ist so zu planen, daß im Unterschied zur zweizügigen Schule Möglichkeiten einer kooperativen Nutzung bestimmter Funktionsräume gegeben sind. Kooperative Nutzungsformen entwickeln sich zuerst auf außerunterrichtlichem Gebiet. Infolge der Mehrfachnutzung der Fachunterrichtsräume durch Arbeitsgemeinschaften, besonders im naturwissenschaftlichen Bereich, sollen entsprechende räumliche Bindungen zwischen den artverwandten Räumen der Direktorenbereiche der im Schulkomplex zusammengefaßten Schulen möglich sein, ohne jedoch die räumliche Trennung auszuschließen.

Eine kooperative Nutzung ist in jedem Fall für den Mehrzweckraum, die Räume der medizinischen Betreuung, für Wartung, Erhaltung und Reparatur, die Sporthalle und bestimmte Freiflächen vorzusehen.

Für den Wettbewerb zur neuen Schulbaureihe werden folgende Kapazitätsstufen zugrunde gelegt:

- einzügige POS mit 10 bis 12 Schülerklassen und 280 bis 340 Schülern
- zweizügige POS mit 20 bis 24 Schülerklassen und 600 bis 720 Schülern
- Schulkomplex (2 × zweizügig) mit 40 bis 48 Schülerklassen und 1200 bis 1440 Schülern

Die technisch-konstruktive Zielstellung für den Schulbau besteht darin, die Grundlinie der einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik im Bauwesen mit der Anwendung der industriellen Bauweisen WBS 70 und SKBM 72 zu realisieren (Plattenbauweise WBS 70 Geschoßhöhe 3300 m, Stahlbetonskelettbauweise SKBM 72).

Für Unterrichtsgebäude wird die Plattenbauweise, für Gebäudeteile mit Spannweiten über 7200 mm die Skelettbauweise angewendet. Die maximale Geschoßzahl der Schulen ist mit 4 Geschossen und einem Kellergeschoß vorgesehen.

Die Schulbaureihe soll sich aus Gebäudeteilen zusammensetzen, die sich als in sich geschlossene Projekte bzw. Projektteile bei der Standortanpassung zum Gesamtprojekt kombinieren und ergänzen lassen. Das ist bei der baulichen Lösung der Gebäudeteile zu berücksichtigen, vor allem durch

- die Bestimmung der Kombinationsformen der Gebäudeteile und die Ausbildung der Gebäudeteile als selbständige statisch konstruktive Einheiten
- möglichst gleichartige und unkomplizierte Anschlußstellen der Gebäudeteile sowie
- gute Montagebedingungen für alle Kombinationsformen.

Für die Erarbeitung der Wettbewerbslösungen wurde eine Sortimentsliste der zu verwendenden Betonfertigteile vorgegeben. Die Realisierung der Schulen wurde auf der Grundlage spezialisierter Taktstraßen vorgesehen. Als Hebezeug ist ein gleisgebundener Turmdrehkran mit den Parametern des KB 160.2 einzusetzen.

Unter Nutzung prinzipieller Erfahrungen, die vor allem in der Sowjetunion auf dem Gebiet der systematischen und langfristigen Vorbereitung und Entwicklung neuer Schulen, Schultypen und Schulbaureihen gesammelt wurden, erfolgt in diesem Fünfjahrplan unter Leitung des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Volksbildung in der DDR eine zielstrebige Entwicklungsarbeit.

In diesen Prozeß ist der durchgeführte Wettbewerb eingeordnet. Durch beide Ministerien wurden Festlegungen zur weiteren Arbeit an der Schulbaureihe getroffen. Es wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe von Pädagogen, Hygienikern, Architekten und Ingenieuren unter Einbeziehung von Wettbewerbsteilnehmern gebildet. Es ist ihre Aufgabe, den Entwurf der Aufgabenstellung für die neue Schulbaureihe zu erarbeiten und beiden Ministerien zur Entscheidung vorzulegen. Die Entwicklung der neuen Schulbaureihe ist Bestandteil des Planes Wissenschaft und Technik.

1

2

Aus der Wettbewerbsausschreibung zur Erlangung von Vorschlägen für die Gestaltung einer neuen Schulbaureihe für den Zeitraum nach 1980

Das Ministerium für Bauwesen und das Ministerium für Volksbildung schreiben einen Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die Gestaltung einer neuen Schulbaureihe für den Zeitraum nach 1980 aus.
Entsprechend der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Sozialismus ist die gestalterische und funktionelle Qualität der gesellschaftlichen Bauten im Wohngebiet zu erhöhen. Dabei sind die Bedingungen des industriellen Bauens voll auszuschöpfen. Es sind Lösungen mit überzeugendem baukünstlerischem und funktionellem Wert zu erarbeiten.

Zielstellung und Bedingungen des Wettbewerbs

Das Ziel des Wettbewerbs ist es, Lösungen zu finden, die im Sinne einer Einheit der funktionell-architektonischen, ökonomischen und technischen Komponenten als Grundlage für die endgültige Formulierung der Aufgabenstellung für die Schulbauserie dienen.
Im Mittelpunkt der Bearbeitung soll die zweizügige allgemeinbildende polytechnische Oberschule stehen, aus der sich die einzügige und 2 × zweizügige polytechnische Oberschule ableiten läßt.
Die Ergebnisse des Wettbewerbs müssen sowohl den gegenwärtigen als auch den künftigen Bedingungen des industriellen Bauens in der DDR und den Anforderungen an die schulpolitischen Aspekte zur allseitigen Bildung und kommunistischen Erziehung der Schüler entsprechen. Besonders zu berücksichtigen sind die Entwicklungen der Bauweisen WBS 70 (Geschoßhöhe 3300 mm) und SKBM 72 sowie die dazugehörigen technologischen Bedingungen.

Teilnahmebedingungen

Der Wettbewerb wird nach der Ordnung für die Durchführung von Wettbewerben auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur vom 1. 4. 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4/1970) als Aufforderungswettbewerb durchgeführt. Die Teilnehmer erkennen diese Wettbewerbsordnung als verbindlich an.
Aufgefordert werden
- die Wohnungsbaukombinate Berlin, Cottbus, Erfurt, Rostock und das Ingenieurhochbaukombinat Pirna
- die Technische Universität Dresden und die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
- die Bauakademie der DDR und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.

Mitglieder der Vorprüfung

Oberingenieur Joachim Genge,
amt. Hauptingenieur im Ministerium für Bauwesen

Oberingenieur Wolf-Dieter Beier,
Hauptreferent im Ministerium für Volksbildung

Bauingenieur Günter Ziethmann,
Hauptreferent im Ministerium für Volksbildung

Dr. Gerhard Henk,
Stellv. Leiter der Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung

Dipl.-Ing. Willi Rane,
Fachgebietsleiter der Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen

Dipl.-Ing. Hans-Peter Siebenkäs,
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt

Mitglieder des Preisgerichtes

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier
(Vorsitzender),
Stellv. Leiter des Bereichs Städtebau, Wohnungsbau und örtliches Bauwesen und Leiter der Abteilung Wissenschaft und Technik im Ministerium für Bauwesen

Oberingenieur Wolf-Dieter Beier,
Hauptreferent im Ministerium für Volksbildung

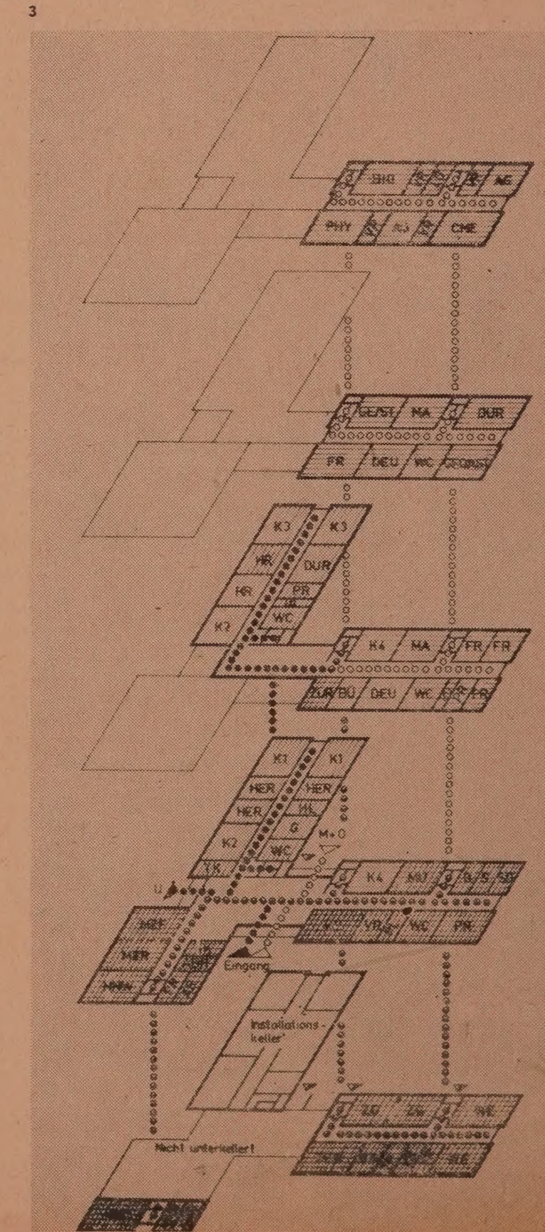
Dr. Heide Schulze,
Hauptreferent im Ministerium für Volksbildung

Dipl.-Ing. Detlev Bendixen,
Kombinatsdirektor des VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt

Dr.-Ing. Wolfgang Steger,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ministerium für Bauwesen

Oberingenieur Werner Prendel,
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR

3



1. Preis

Bauingenieur Felicitas Dressel
Dipl.-Ing. Waldfried Mudrick
Bauingenieur Armin Grimm
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt

Aus dem Erläuterungsbericht:

Hauptkriterien für die Gestaltung der baulich-räumlichen Bedingungen:

■ Die Schulen werden als integraler Bestandteil des Wohngebietszentrums konzipiert, indem einerseits schulische Teilfunktionen den entsprechenden Wohngebietseinrichtungen (wie Schulsport) übertragen und andererseits außerschulische Belange wahrgenommen werden.

■ Die Erschließung des Schulgebäudes erfolgt unter der Sicht einer für die Fachunterrichtsräume der Klasse 5 bis 10 und den Fachunterricht in den Klassen 1 bis 4 günstigen Verkehrsführung.

■ Die Gliederung des Schulgebäudes erfolgt konsequent im Sinne der Bauteilprojektierung in Funktionsbereichen:
Bauteil A: Unterstufe
Bauteil B: Mittel- und Oberstufe sowie Teilbereiche der zentralen Funktionen
Bauteil C: Zentraler Funktionsbereich
Bauteil D: Erschließungs- und Verbindungsbereich

■ Die Entwicklung mehrfach verwendbarer Bauteilprojekte führt zu einer einheitlichen Taktstraßentechnologie der zwei- und vierzügigen polytechnischen Oberschule und damit verbunden zur Fertigstellung des Schulkomplexes in Bauabschnitten.

■ Das Prinzip der Bauteilprojektierung wird ebenfalls bei der einzügigen polytechnischen Oberschule beibehalten. Das ermöglicht eine Kopplung des Unterstufenbereiches der einzügigen polytechnischen Oberschule mit einem zweizügigen Oberstufenbereich.

■ Bauweise
Analog der konsequenten Bauteilprojektierung wurden auch in statisch-konstruktiver Hinsicht selbständige Bauteile zugrunde gelegt.
Der Bauteil A (zweigeschossig zuzüglich Installationskeller) und der Bauteil B (viergeschossig zuzüglich Kellergeschoß) sind in der Plattenbauweise WBS 70, Geschoßhöhe 3300 mm, vorgesehen.

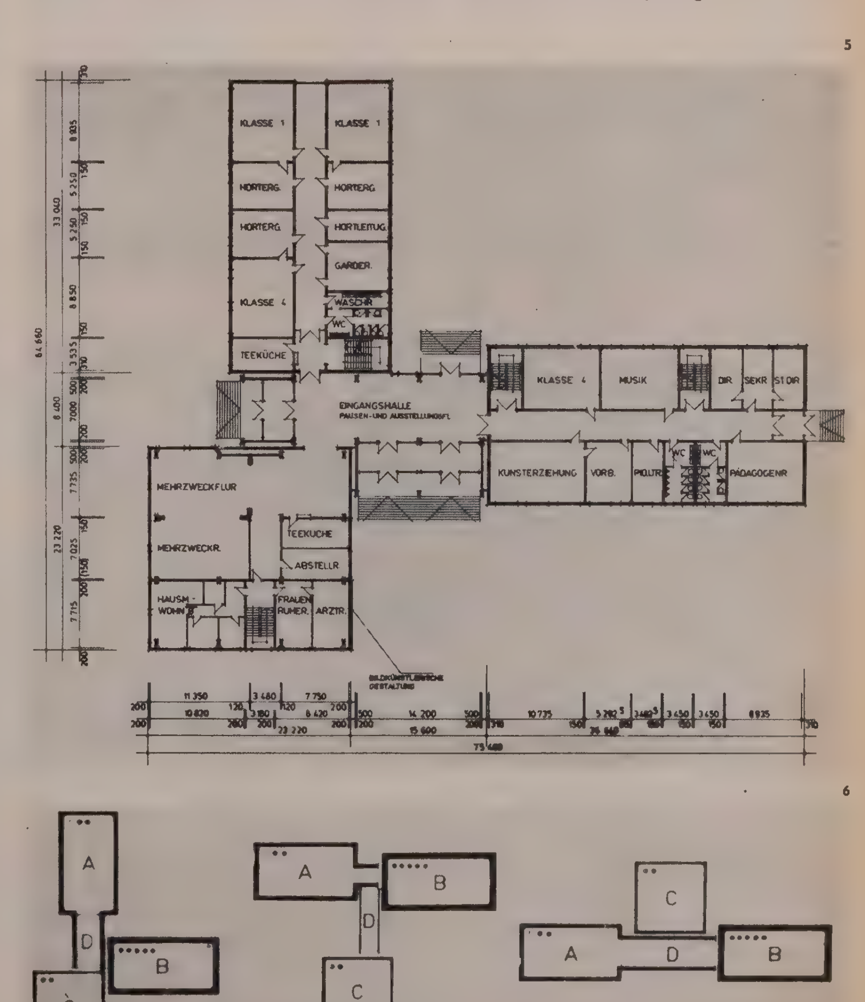
Für den eingeschossigen Bauteil C (zuzüglich Teilkellergeschoß) ist die Bauweise SKBM 72, gemischt mit WBS 70, Geschoßhöhe 3600 mm, vorgesehen.
Der zweigeschossige Bauteil D ist in der Bauweise WBS 70, Geschoßhöhe 3300 mm, vorgesehen.

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Dem Entwurfskollektiv gelang es, Gebäudeteile mit in sich geschlossenen Funktionsbereichen zu entwickeln. Dabei wurde das vorgegebene Raumprogramm konsequent umgesetzt, und die funktionellen Beziehungen wurden gut gelöst. Die Gebäudeteilentwicklung bietet vielfältige Möglichkeiten der Komplettierung und Erweiterung bei sich ändernden Funktionsprogrammen.
Der Entwurf ist gekennzeichnet durch ein kompromißloses Umsetzen der inhaltlichen Forderungen, wobei der Preis je m³ umbauter Raum höher liegt als bei den übrigen Entwürfen. In der Phase der Vorbereitung der Aufgabenstellung ist das kein Nachteil, sondern liefert einen exakten Nachweis der materiellen Konsequenzen einer Erhöhung des räumlichen Programms für die Planung. Im Bereich der Unterstufe und der Hortarbeit werden solche Bedingungen angeboten, die auch einen modifizierten und störungsfreien Funktionsablauf garantieren.
Die Fachunterrichtsräume der Mittel- und Oberstufe sind so eingebunden, daß minimale Verkehrswege entstehen und sich gute funktionelle Beziehungen zu den zentral gelegenen Funktionsräumen anbieten. Die Anzahl der Treppenhäuser, Breite der Flure und Pausenräume entsprechen der weitgesteckten funktionell pädagogischen Zielstellung.
Das Entwurfskollektiv hat für seine Wettbewerbsarbeit die langjährigen Erfahrungen, die durch eine gewissenhafte Erzeugnisgruppenarbeit gesammelt wurden, konsequent genutzt.

KG 2.OG EG 3.OG

4



5

6

1
Ansicht (Bauteile A, D, C)

2
Ansicht (Bauteile C, D, B)

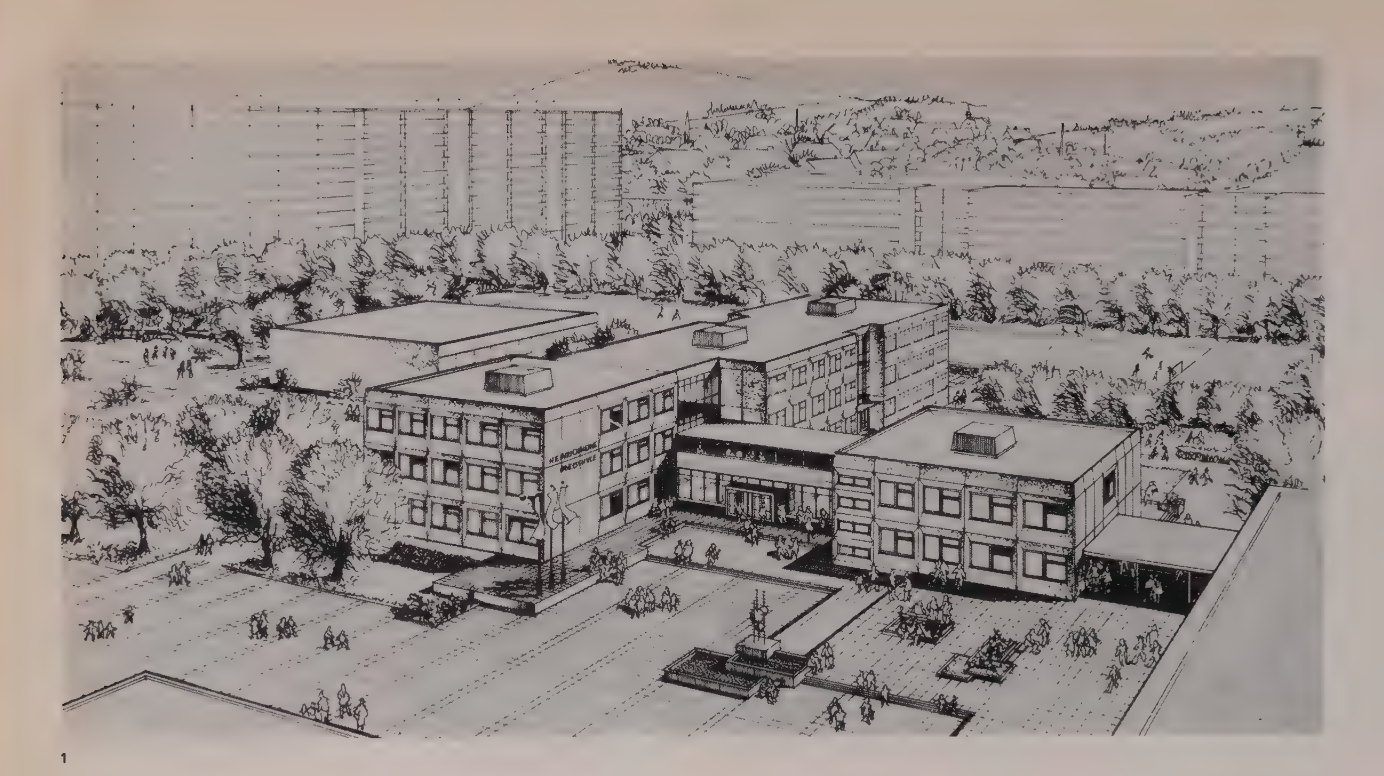
3
Funktionsisometrie mit vertikalen und horizontalen Verkehrswegen. 3. Obergeschoß bis Kellergeschoß

Funktionsbereich Mittel- und Oberstufe
Funktionsbereich Unterstufe
zentraler Funktionsbereich
Verkehrsweg Unterstufe
Verkehrsweg Mittel- und Oberstufe
Verkehrsweg zentraler Bereich

4
Zweizügige allgemeinbildende polytechnische Oberschule. Übersicht

5
Erdgeschoß

6
Städtebauliche Variabilität
A Unterstufe
B Mittel- und Oberstufe (einschließlich zentraler Funktion)
C zentraler Funktionsbereich
D Eingangs- und Verbindungsbau



1

2. Preis

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dr.-Ing. Wolfram Freudenstein
Dipl.-Ing. Wolfgang Steinbrück
Dr.-Ing. Michael Ziege
Technische Universität Dresden

Aus dem Erläuterungsbericht:

Die Schule stellt mit Schülerspeisung und Sportbereich den dominierenden Anteil des Gesellschaftsbaus im komplexen Wohnungsbau dar. Bereits bis 1980 sind diese gesellschaftlichen Zentren unverzichtbarer Bestandteil der Wohngebiete. Dabei werden die Beziehungen zwischen Schule und Wohngebietszentrum wesentlich die Entwicklung des Lebensniveaus im Bereich von Bildung und Kultur bestimmen.

Die hier vorgelegte Wettbewerbsarbeit basiert auf folgenden prinzipiellen Zielvorstellungen bei der Umsetzung des vorgegebenen Raumprogramms:

- Unifizierung der räumlich-funktionellen und gebäudestrukturellen Grundzusammenhänge
- Abstimmung dieser Grundzusammenhänge auf ein geometrisch-konstruktives Ordnungsprinzip
- Anwendung der WBS 70, Geschoßhöhe 3300 mm, mit minimaler Ergänzung durch Skelettbauelemente
- Bausteinformulierung im Zusammenhang zur Gesamtrationalisierung und Intensivierung des Gesellschaftsbaus im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus.

Die durchgearbeitete Variante der zweizügigen polytechnischen Oberschule ist als Bestandteil einer durchgängigen Schulbauserie zu verstehen, deren Bausteine durch Kombination, Integration und Erweiterung die umfassenden Anforderungen in den Bereichen Neubau, Ersatzneubau und Umgestaltung beherrschbar machen.

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der Entwurf zeichnet sich durch eine klare Bereichsbildung der Unter-, Mittel- und Oberstufe aus, die eine störungsfreie Tagesablaufgestaltung in den einzelnen Bereichen ermöglicht. Dabei weicht der Lösungsvorschlag in einigen Positionen, insbesondere bei der Gestaltung des Unterstufenbereiches, vom Raumprogramm und von den empfohlenen funktionellen Zuordnungsprinzipien ab. Eine Verkehrsminimierung ist durch die Lage der Mittel- und Oberstufe zu den Fachunterrichtsräumen gegeben. Die Flure und eingelagerten Pausenflächen entsprechen der Zielstellung der funktionellen und hygienischen Anforderungen. Die beiden Treppenhäuser erlauben noch einen reibungslosen Verkehrsablauf.

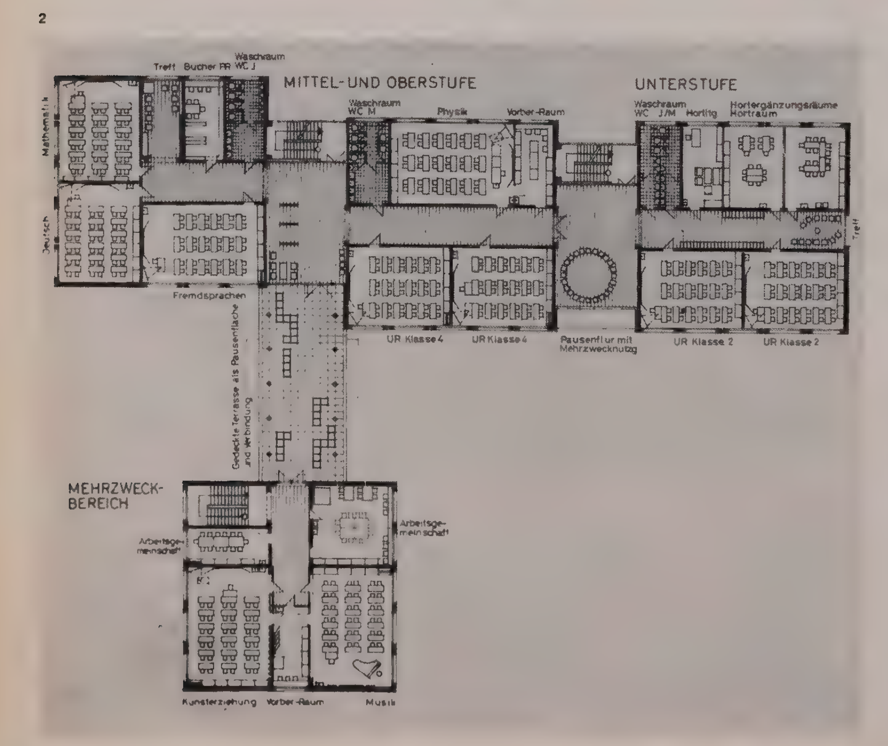
Die Arbeit zeichnet sich durch die konsequente Durchsetzung des Prinzips der Funktionsbausteinentwicklung aus.

1
Perspektive der zweizügigen polytechnischen Oberschule

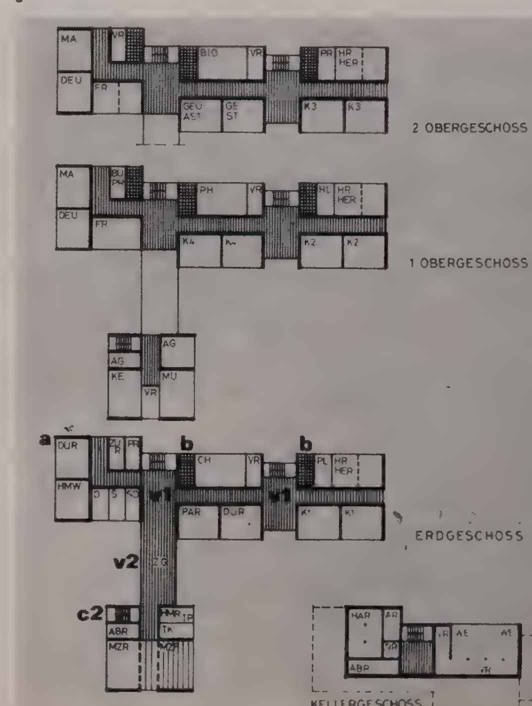
2
1. Obergeschoß mit Elementierungsprinzip

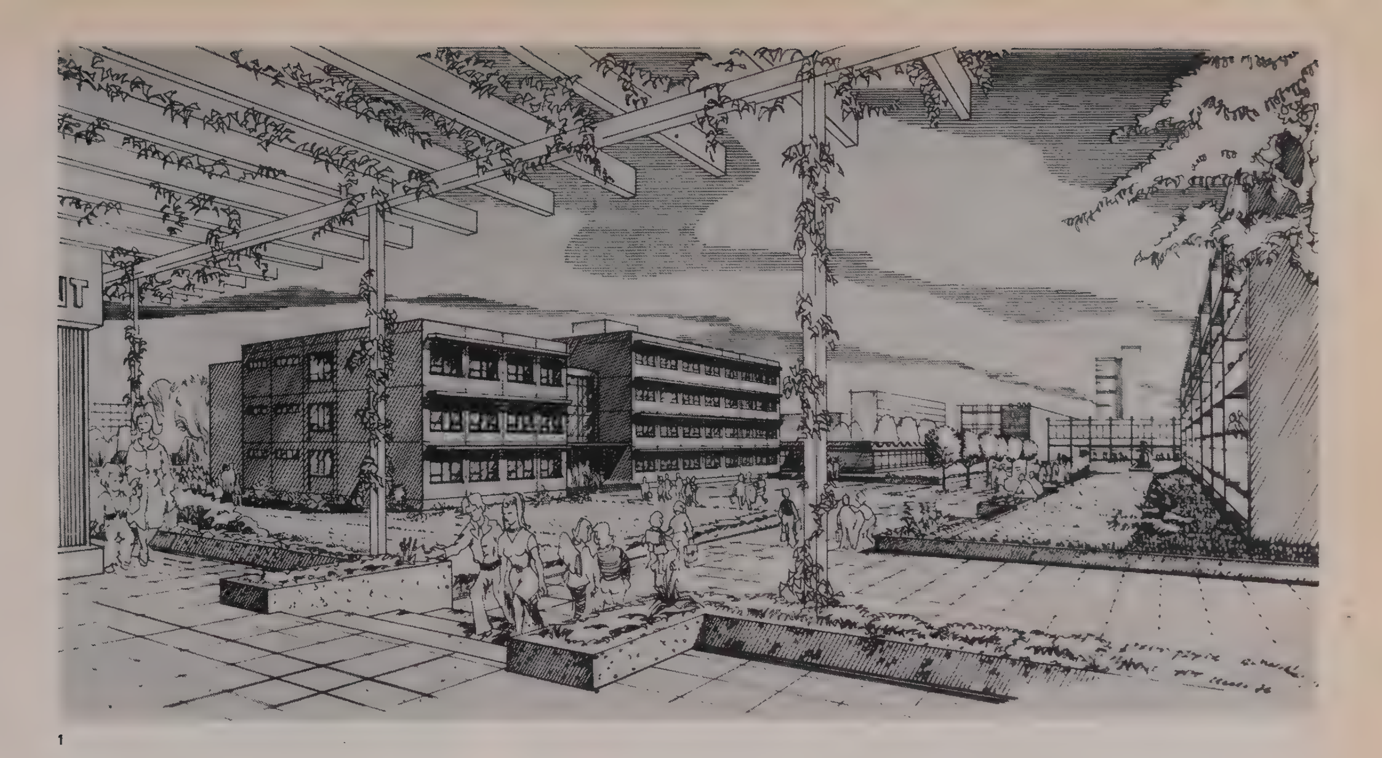
3
Übersicht zur zweizügigen polytechnischen Oberschule (Lösung 2.2)

2



3





1

3. Preis

Dipl.-Ing. Georg Mees
Dr.-Ing. Helmut Rautengarten
Bauingenieur Erika Florstädt
Bauingenieur Christine Mitschke
Bauingenieur Renate Schöppe
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau
Bauakademie der DDR

Aus dem Erläuterungsbericht:

Die Schulbaureihe wird als Bestandteil des Wohngebietszentrums konzipiert. Der Entwurf ermöglicht die Gebäudeteilprojektierung nach Bausteinen, wodurch Kombinationsformen und damit eine funktionelle und städtebauliche Variabilität sowie eine differenzierte Baukörperlösung gegeben sind.

Jeder Gebäudeteil bildet eine bauliche, konstruktive und bautechnologische Grundeinheit, wobei der hallenartige Gebäudekern als zentrale Verkehrs-, Pausen- und Freifläche ausgewiesen ist.

Das Schulgebäude wird aus einem hallenartigen mehrgeschossigen Gebäudekern in Skelettbauweise mit zwei- oder dreiseitig anfügbaren Gebäudeteilen in Plattenbauweise zusammengesetzt.

Weitere spezifische Funktionen werden in einem Flachbaukörper erfaßt, der wahlweise dem Schulgebäude oder der Sporthalle zugeordnet werden kann.

Die Baureihe besteht aus drei Gebäudeteilgruppen

- Unterrichtsgebäudeteile (UG 1 bis 5)
- Verbindungsgebäudeteile (VG 1 bis 7)
- Sport- und Mehrzweckgebäudeteile (SM 1 bis 3), die, miteinander gekoppelt, ein-, zwei- und 2 × zweizügige Schulgebäude in verschiedenen Baukörpervarianten ergeben.
- Anwendung der Plattenbauweise WBS 70, Geschoßhöhe 3300 mm, für die mehrgeschossigen Gebäudeteile und der SKBM 72 für das ausgelagerte Mehrfunktionsgebäude.
- Erarbeitung einer konstruktiven Variante für die mehrgeschossigen Gebäudeteile (Wandbau/Außenskelett).

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Das Entwurfskollektiv setzte in den wesentlichsten Positionen das vorgegebene Raumprogramm um. Festzustellen ist jedoch, daß bei der funktionellen Zuordnung der einzelnen Räume und der Abrundung sowie Geschlossenheit der Funktionsbereiche einige Abstriche gemacht werden müssen. So ist beispielsweise der Unter- und Oberstufenbereich nicht störungsfrei.

Für das Fach- und Unterrichtsprinzip werden minimale Verkehrswege möglich.

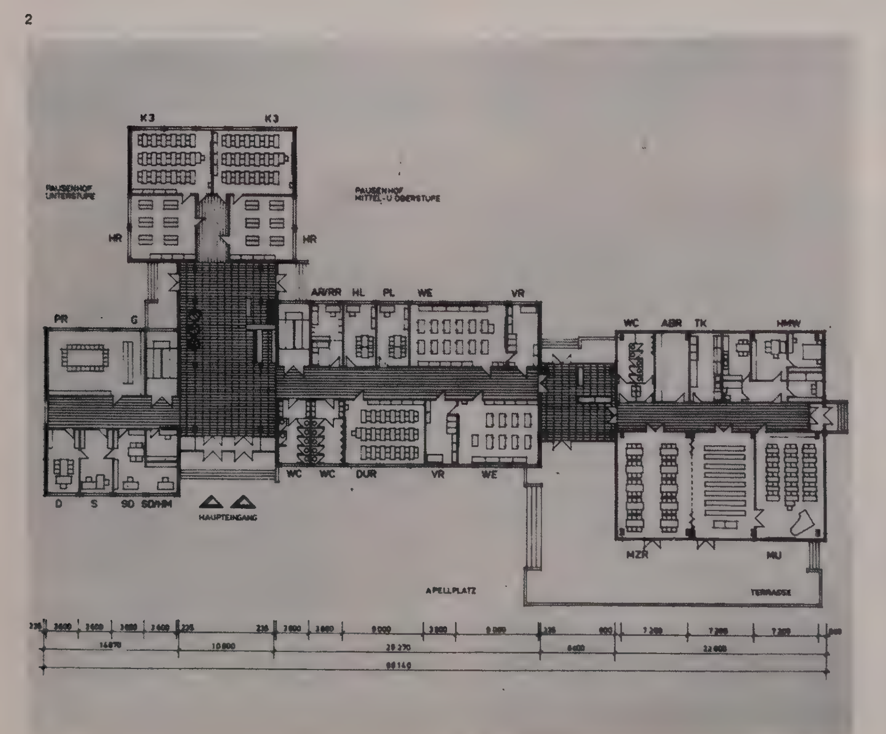
Die Arbeit bietet auch eine Vielzahl von Anregungen für die Gestaltung der Aufgabenstellung, wie unter anderem die Zuordnung der relativ großen Pausenflächen.

1
Perspektive

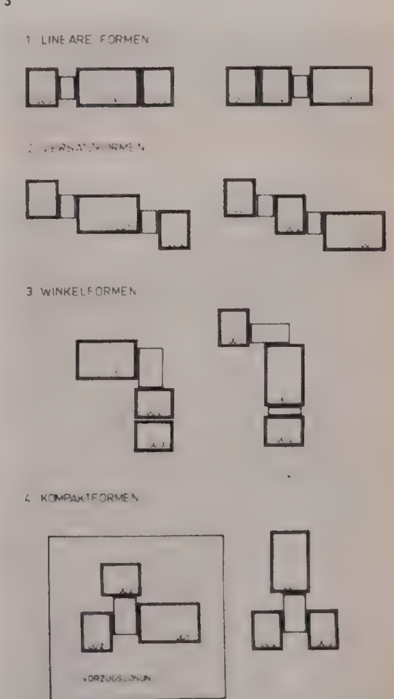
2
Erdgeschoß der zweizügigen polytechnischen Oberschule

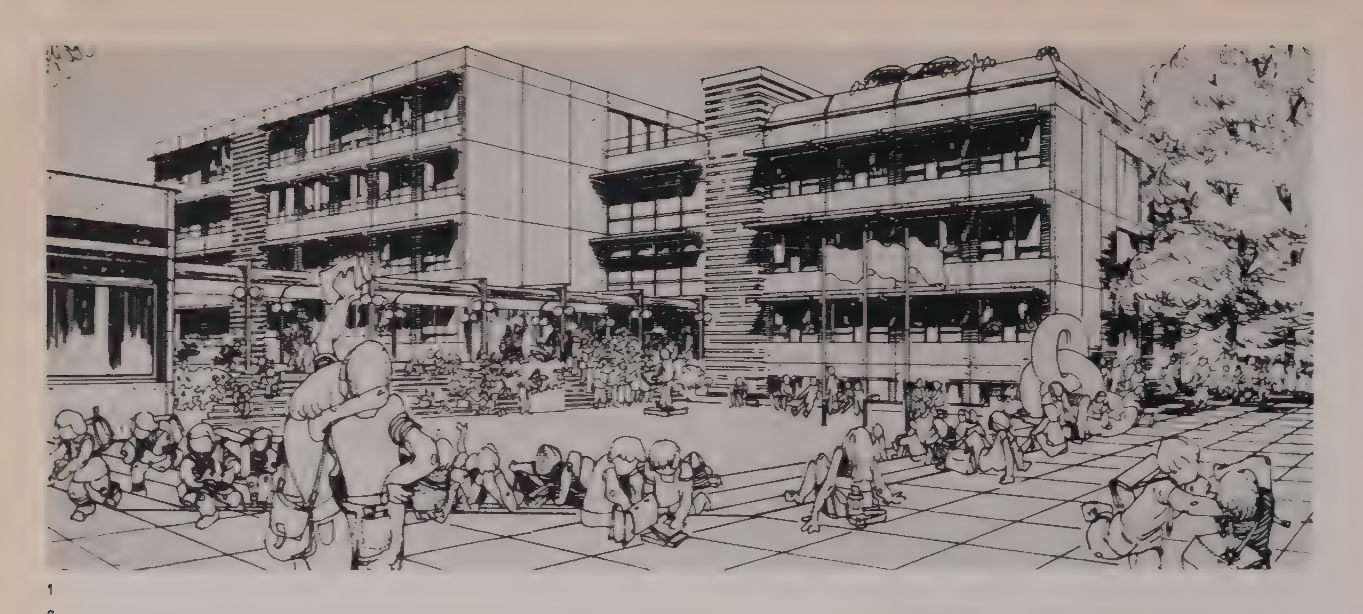
3
Kombinationsformen (UG mit VG)

2



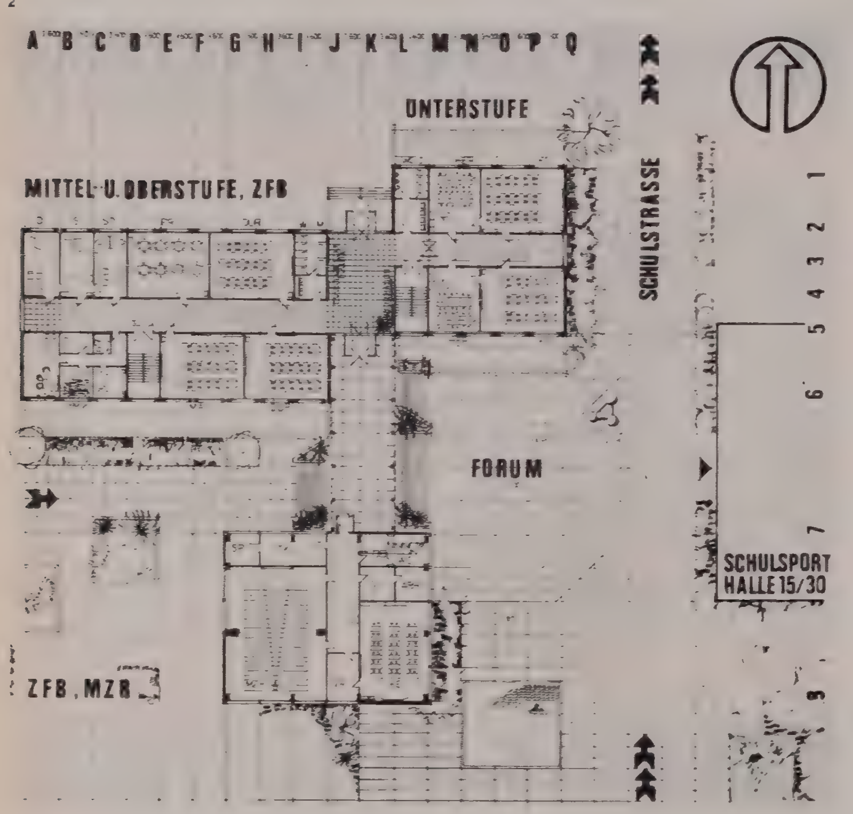
3





1

2



Anerkennung

Dozent Dr.-Ing. Jürgen Grundmann
Dr.-Ing. Claus-Dieter Ahnert
Dr.-Ing. Hans-Joachim Blödow
Dipl.-Ing. Karl-Albert Heidenblut
Dr.-Ing. Peter Junghanß
Siegfried Wittig (Pädagogischer Konsultant)
Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung

Aus dem Erläuterungsbericht:

Die im Rahmen des Wettbewerbs erarbeiteten Lösungsvorschläge für die Gestaltung der zweizügigen Oberschule und der Projektreihe als Ganzes verfolgen das Ziel, rationelle und gestalterisch anspruchsvolle Projektlösungen zu schaffen, die einen, den gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen entsprechenden funktionellen und städtebaulichen Gebrauchswert ökonomisch vorteilhaft unter den erreichten Bedingungen des industriellen Bauens realisieren.

Dieses Grundanliegen wird im Wettbewerbsentwurf unter Herausarbeitung folgender Schwerpunkte verwirklicht:

- Entwicklung der zweizügigen Oberschule aus Segment- und Gebäudeteilen, die räumlich organisatorisch weitgehend den Anforderungen einer optimalen funktionellen Gliederungsstruktur entsprechen und eine Reihenbildung ermöglichen
- Berücksichtigung der Erfordernisse einer rationellen Angebotsprojektierung, aufeinander abgestimmte Vorfertigungsbedingungen und einer einheitlichen Taktstraßenfertigung für die zweizügige und 2 × zweizügige Oberschule
- Modifizierung der Prinziplösungen für die zweizügige und 2 × zweizügige Oberschule für Anwendungsfälle mit und ohne Unterkellerung sowie Ausarbeitung einer Variante durch Unterkellerung des ausgelagerten Mehrfunktionsgebäudes

3

02.2

E3

E2

GT 1.2 E0

GT8

E1

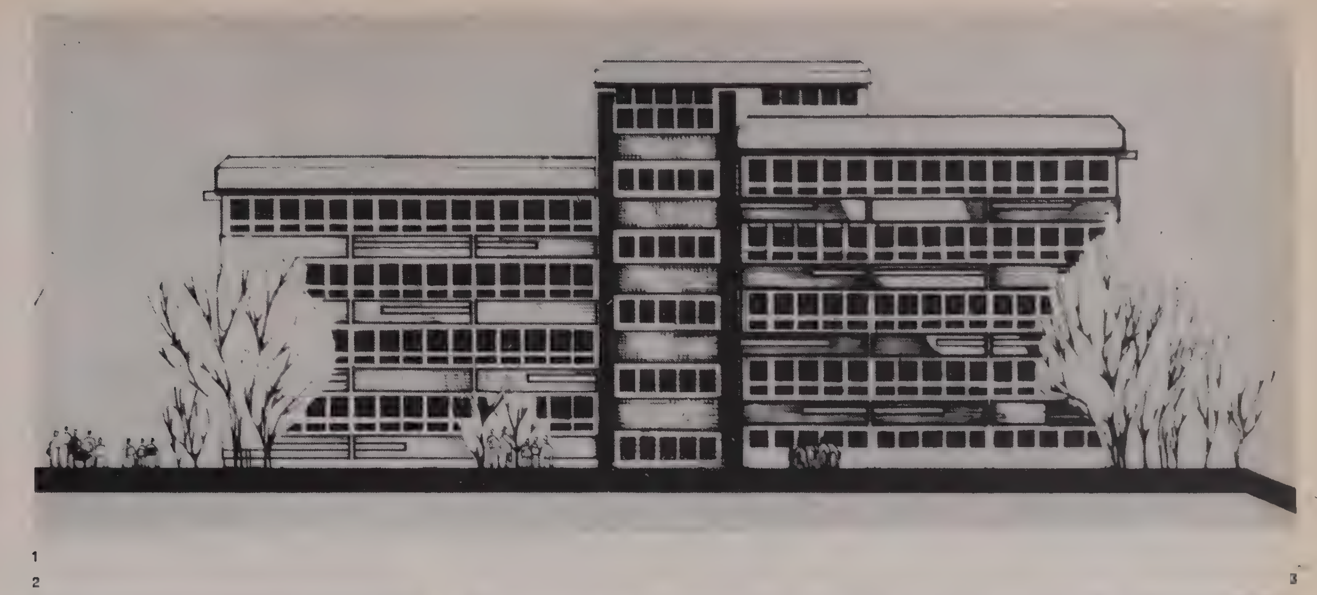
GT 2.2

1
Perspektive

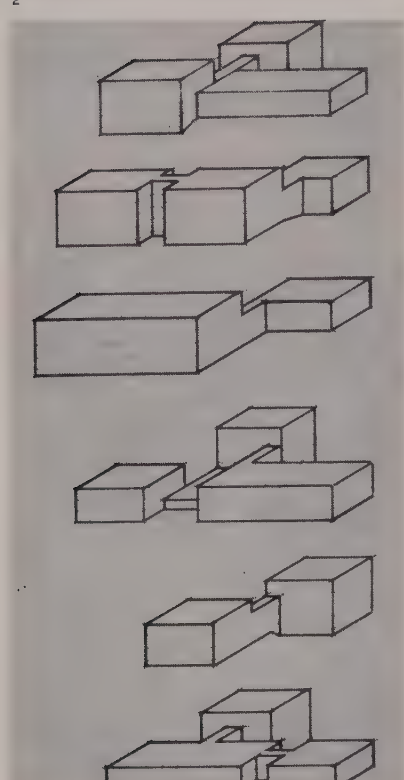
2
Erdgeschoß

3
Prinziplösung ohne Unterkellerung. Lineartyp (Gebäudetiefe 18 000 mm)

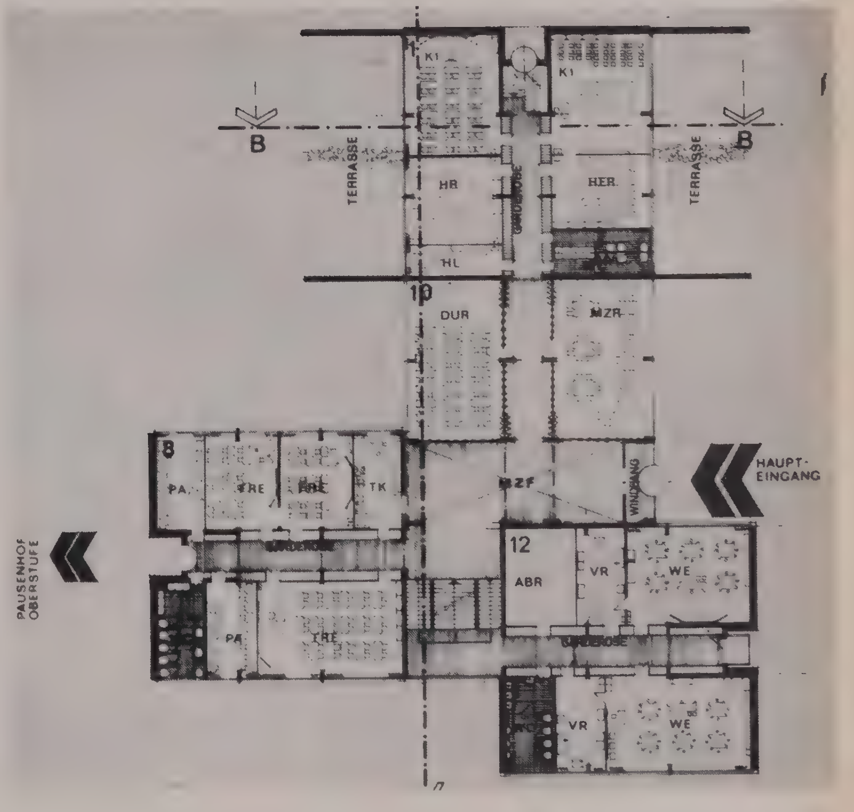
1



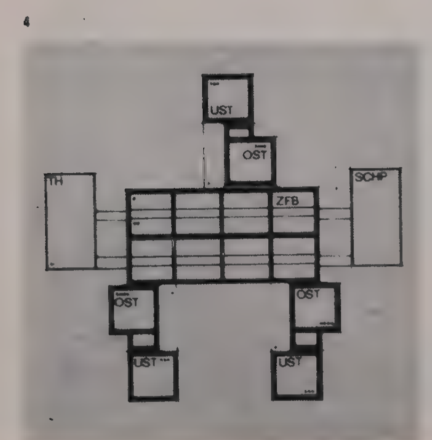
2



3



4



Anerkennung

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dozent Dr.-Ing. Alfred Hecht
Dipl.-Ing. Renate Krause
stud. ing. Hannelore Böhme
stud. ing. Rainer Pagel
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Aus dem Erläuterungsbericht:

Folgende Grundsätze werden angestrebt:

- Entwicklung eines Geschoßgrundsegments von 18 m × 18 m, das horizontal und vertikal kombinierbar sich in vorhandene Zentren und Situationen optimal einpaßt
- Durcharbeitung des Grundsegments in zwei Varianten A und B (ohne und mit integrierter Treppe)
- Herausarbeitung der günstigen Möglichkeit, dieses Grundsegment in verschiedenen Rastern und Bauweisen zu realisieren
- Die Hauptfunktionsbereiche (Zentraler Funktionsbereich, Oberstufe, Unterstufe) können in einzelnen Baukörpern liegen als auch vertikal und horizontal miteinander kombiniert werden.
- Die architektonische Gestaltung kann unter Beachtung der konstruktiven Grundbedingungen den Standorten entsprechend variiert werden, wobei besonders angestrebt wurde, kontrastreiche Lösungen zu fünfgeschossigen Wohnbauten und wenigeschossigen Versorgungszentren in der Schulbaureihe anzubieten.

Die Verfasser haben sich sehr eingehend mit den konstruktiven Bedingungen der WBS 70, Geschoßhöhe 3300 mm, sowie der SKBM 72 auseinandergesetzt. Sie kommen zu der Auffassung, daß dieses Grundsegment in sehr unterschiedlichen Bauweisen realisiert werden kann wie in der Plattenbauweise mit tragenden Längswänden, in der Plattenbauweise mit tragenden Querwänden oder Querrahmen sowie in der Skelettbauweise.

1
Nordansicht

2
Gebäudevarianten

3
Erdgeschoß

4
Kompaktschule



1

Volksschwimmhalle Variante C in Berlin

Architekt BdA/DDR Karl-Ernst Swora
Architekt BdA/DDR Gunter Derdau

Den Autoren wurde für hervorragende schöpferische Leistungen bei der Gestaltung der Volksschwimmhalle Berlin (Variante C) ein 1. Preis im Architekturwettbewerb 1976 zuerkannt. red.

Zur weiteren Verbesserung der Bedingungen für die sportliche Betätigung der Berliner Bürger beschloß der IX. Parteitag der SED in der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft bis 1980 die Errichtung von zehn Volksschwimmhallen.
In den vergangenen Jahren entstanden bereits die Volksschwimmhallen im Friedrichshain, Friedenstraße (1972), in Berlin-Pankow (1974) und in der Holzmarktstraße (1975). Im Wohngebiet Leninallee/Ho-chi-Minh-Straße wurde 1976 eine Volksschwimmhalle fertiggestellt. Weitere Standorte im Perspektivplanzeitraum sind in den Wohngebieten Greifswalder Straße, Am Tierpark und im Neubaubereich Fischerinsel ausgewiesen.
Der Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Körperkultur und Sport, stellte für die Entwicklung eines wiederverwendungsfähigen Projektes folgende Forderungen auf:

- Kapazität der Schwimmhalle 200 Personen je Stunde
- Schwimmbecken 25,00 m × 12,50 m (5 Bahnen), 1,80 m tief
- Bademöglichkeit für Nichtschwimmer
- Sauna für 20 Personen
- aktive Erholung, Freizeitgestaltung der Bevölkerung als Volkssport
- durch sportliche Betätigung vorbeugende Gesunderhaltung der werktätigen Bevölkerung, Jugendlichen und Kinder
- obligatorischer Schwimmunterricht
- organisierter Schwimmsport der Bevölkerung.

Ebenso wie die Varianten A und B ist auch die Variante C als Wiederverwendungsprojekt konzipiert.

Gestalterische Lösung

Die Volksschwimmhalle ist als freistehendes eingeschossiges Gebäude mit zwei verschiedenen Dachhöhen konzipiert. Ein direkter Anschluß an eine vorhandene Altsubstanz oder neu zu errichtende Gebäudeteile ist nicht vorgesehen.
Die Fassadengestaltung und Baukörpergliederung läßt eine Einordnung in ein schon bebautes Gelände zu. Der Akzent

2



3



Volksschwimmhalle Berlin, Variante C,
Standort Berlin-Friedrichshain, Holzmarktstraße

Projektierung und Ausführung:
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin

Autoren Entwurf:
Architekt BdA/DDR Karl-Ernst Swora
Architekt BdA DDR Gunter Derdau

Statik und Tragkonstruktion:
Ingenieur Hans-Georg Beck

Heizungsanlage:
Ingenieur Ilona Becker

Lüftungsanlage:
Ingenieur Heinz Werner

Sanitäranlage:
Dipl.-Ing. Irene Scholz

Starkstromanlage:
Ingenieur Kurt Bauroth

Informationsanlagen:
Ingenieur Jürgen Bodenhagen

Bauwirtschaft:
Techniker Horst Maass

Wasseraufbereitungsanlage:
Ingenieur Karl Walther
VEB Wasseraufbereitungsanlagen Leipzig, Markkleeberg

BMSR-Anlage:
Ingenieur Günter Bieneck
VEB Wohnungsbaukombinat Halle

Freiflächengestaltung:
Diplomgärtner Ingetraud Muth

Straßenbau und stadttechnische Erschließung:
Ingenieur Bärbel Ellmer

Bauleitung:
Ingenieur Bodo Hintze

Mitwirkung von Konsultationspartnern

Bauingenieur Dieter Höft
Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Jugendfragen, Körperkultur und Sport
Ingenieur Wolfgang Kretschel
Staatssekretariat für Körperkultur und Sport
Ingenieur für Maschinenbau Siegfried Dreke
Sportstättenverwaltung Berlin
Dr.-Ing. Christa Rummel
Bezirks-Hygiene-Inspektion Berlin

1
Hauptzugang zur Volksschwimmhalle Holzmarktstraße

2
Einordnung der Volksschwimmhalle in die umgebende Bebauung

3
Rückseite der Volksschwimmhalle

4
Blick in die Eingangshalle

5
Erdgeschoß 1 : 500

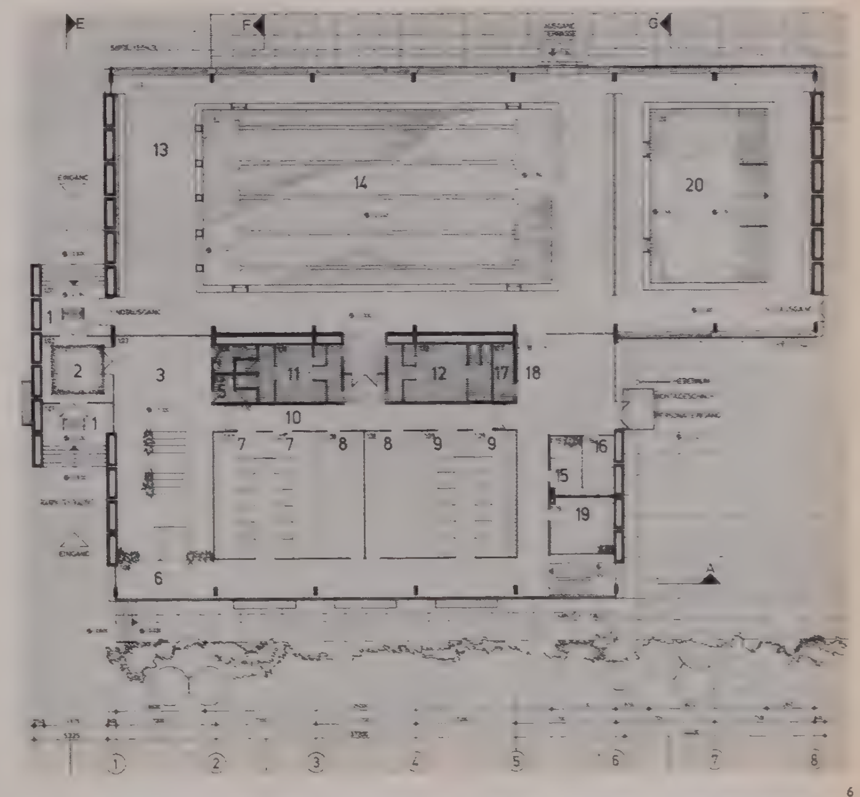
1 überdachter Eingangsbereich
2 Windfang
3 Eingangshalle
4 WC Männer
5 WC Frauen
6 Verteilergang
7/9 Wechselkabinen
8 Gruppenumkleideraum
10 Barfußgang
11 Duschen und WC Frauen
12 Duschen und WC Männer
13 Schwimmhalle
14 Schwimmbecken
15 Schwimmeister
16 Hallenmeister
17 Schwimmgeräteraum
18 Konditionierungsraum
19 Schwimmlehrerraum
20 Nichtschwimmerbecken

6
Kellergeschoß 1 : 500

1 Wechselkabine
2 WC
3 Duschen
4 Ruheraum
5 Tauchbecken
6 Saunavorraum
7 Sauna
8 Lüfterzentrale
9 Wasseraufbereitungsanlage
10 Heizung
11 Technikraum
12 Lager
13 Kellergang
14 Reinigungsgeräte
15 Saunawart
16 Personal Männer
17 Schwimmbeckenumgang
18 Schwimmbecken
19 Lager
20 Nichtschwimmerbecken
21 Personal Frauen
22 Batterieraum



4
5



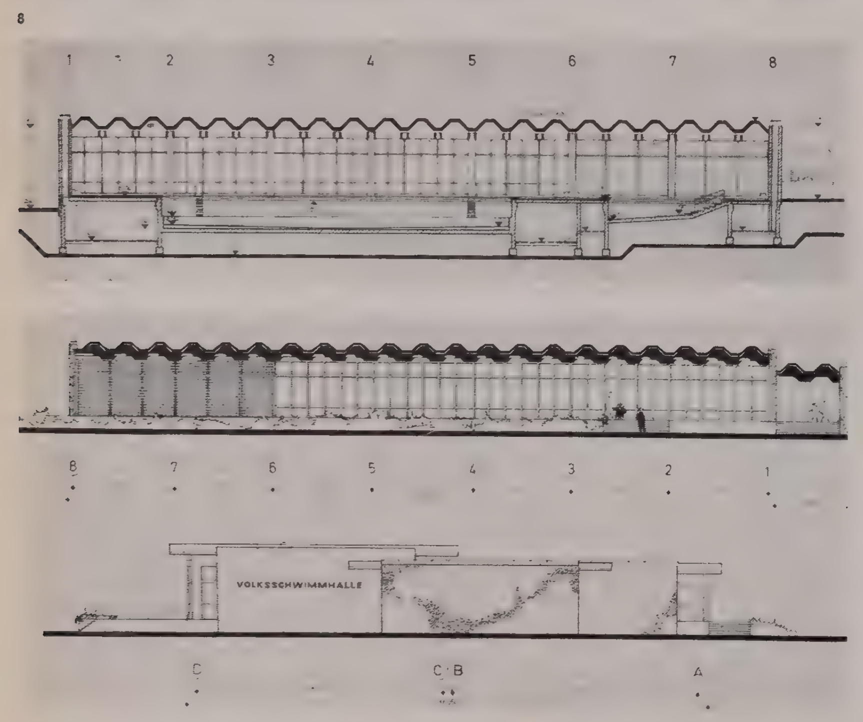
6





7

8



9

der Architektur liegt in der Klarheit der Gliederung des Baukörpers und der eindeutigen Sichtbarmachung des Tragwerkes und der VT-Falten als Sichtelemente. Die Außenelemente mit einer oberflächenfertigen Struktur, der raumhohen Verglasung im Nichtschwimmerteil lassen die Funktion und den gewollten zweckmäßigen ökonomischen Materialeinsatz erkennen.

Funktionelle Lösung

Für die Nutzung der Volksschwimmhalle ist folgender Funktionsablauf zugrunde gelegt:

Der Badegast betritt durch den vorgelagerten Windfang die Eingangshalle. In der Eingangshalle, übersichtlich angeordnet, steht der Kontrollpunkt mit der Ein- und Ausgangskontrolle und der Kassierung. Der Badegast erhält an der Kasse einen numerierten Sicherheitsschlüssel für den Garderobenschrank.

Vom Verteilergang gelangt der Badegast zu den Wechselkabinen für Damen und Herren, den Gruppenumkleideräumen sowie zum Konditionierungsraum und der Sauna.

Insgesamt stehen für 24 Wechselkabinen 140 Garderobenschränke und 58 Garderobenschränke in den Gruppenumkleideräumen zur Verfügung.

Die Trennung zwischen Stiefelgang und Barfußgang ist durch die Oberflächengestaltung der Fußbodenfliesen gekennzeichnet.

Vom Barfußgang erreicht der Badegast die Naßspange, in der WC und Duschen angeordnet sind. Bevor die Schwimmhalle betreten wird, müssen die Badegäste zur Körperreinigung die Duschen benutzen.

In der Schwimmhalle sind auf beiden Giebelseiten beheizte Wärmebänke angeordnet. Vom Schwimmbecken besteht ein Zugang zum Konditionierungsraum. Ausgerüstet ist dieser Raum mit Sportgeräten für Anfänger und Fortgeschrittene.

Der Besucher der Sauna erhält auch am Kontrollpunkt der Halle eine Eintrittskarte und einen Sicherheitsschlüssel für den Garderobenschrank (maximal 20 Garderobenschränke). Über die Kellertreppe werden die Umkleidekabinen der Sauna erreicht. Nach dem Verschließen der Garderobe im Schrank muß der Badegast die Reinigungsduschen benutzen. Anschließend betritt er die Sauna mit dem Saunaraum, dem Tauchbecken, den Kaltduschen und dem Ruheraum.

Weitere Räume des Kellers werden zu einem Teil für die konzentrierte Unterbringung der erforderlichen Technik genutzt.

Konstruktive Lösung

■ Keller

Der Keller wird in monolithischer Ausführung auf Streifenfundamenten gegründet. Für das Tragwerk werden die weiterentwickelten Bauelemente der Baukastenserie der SK-Berlin mit dem mittig aufgelagerten Riegel eingesetzt. Die Einspannung der Stützen zwingt zu einer monolithischen Ausführung der Kellerwände mit Ausbildung in den Achsen als Hülse für die Stützen. Die Decke über dem Keller wird aus technologischen Erwägungen im Bereich der Eingangshalle und dem Konditionierungsraum mit vorgespannten Deckenplatten aus der SK-Berlin ausgelegt und die Restflächen in der Naßspange und Umkleideteil werden monolithisch geschlossen.

■ Schwimmbecken

Schwimmbecken, Nichtschwimmerbecken, Spülwasserbecken im Keller, Tauchbecken in der Sauna und Durchschreitebecken auf der Terrasse werden aus wasserundurchlässigem Beton nach den Grundsätzen der Bautechnologie TGL 11 357 hergestellt. Bei der Ausführung des Schwimmbeckens ergibt sich die Notwendigkeit, planmäßig folgende Arbeitsfugen anzuordnen:

mittige Teilung der Schwimmbeckensohle durch die Dehnungsfuge mit einbetoniertem Mietzschband (320 mm breit)

die Fuge zwischen Schwimmbeckensohle und Wände mit dem einbetonierten endlos verschweißten Flachstahlband (500 mm breit)

senkrechte Teilung der Wände an der Dehnungsfuge mit einbetoniertem Mietzschband (320 mm breit) fortlaufend aus der Schwimmbeckensohle.

■ Erdgeschoß

Für die geschlossenen Außenwände im Erdgeschoß ist ein Betonhohlelement mit einer fertigen Oberfläche aus Waschbeton entwickelt worden, das gleichzeitig die Funktion als Lüftungskanal für Zu- und Abluft übernimmt.

■ Dach

Für die Deckenkonstruktion wird die vom Institut für Stahlbeton in Dresden entwickelte VT-Falte mit einer Spannweite von 18 m und dem Ausführungsbereich ‚C' verwendet. Die Dachentwässerung erfolgt in jeder Falte in der Untergurtebene. Das Dachgefälle wird mit 0,5 Prozent durch den Gefällebeton erreicht und zur Mitte Achse B–C als Innenentwässerung abgeleitet.

■ Glasfassade

Die Glasfassade zwischen den Betonaußenwandelementen werden aus vorgefertigten Stahl-Aluminium-Elementen mit Thermoverglasung und Glasbausteinen geschlossen.

■ Wände

Ein Teil der Innenwände und Türen wird aus vorgefertigten Stahl-Aluminium-Elementen hergestellt. Die raumhohen Trennwände im Erdgeschoß und im Keller wer-

den aus 115 mm Mauerwerk errichtet und im Publikumsbereich mit Spaltplatten und Fliesen verkleidet.

Die Trennwände für den Umkleidebereich bestehen aus Stahlrahmen, sind im Fußboden verankert und mit Glasbausteinen ausgemauert. Im Bereich der Sauna werden die Eingangswand und der Saunakörper mit Holz verkleidet. Die Wände und der Boden des Schwimmbeckens bzw. Nichtschwimmerbeckens werden mit weißen Spaltplatten verkleidet.

■ Fußböden

Alle Naßräume im Erdgeschoß und Keller erhalten eine hoch beanspruchte Sickerwasserdichtung aus PVC mit Gefälle. In den weiteren Räumen des Erdgeschosses ohne Bodeneinläufe wird eine PVC-Dichtung waagerecht verlegt und geklebt.

Die Fußbodenoberfläche wird im Publikumsbereich mit glatten und gekuppten Fliesen belegt. In den Technikräumen wurde abgezogener Estrich verwandt.

Die Kanten der Becken und die Kellertreppe werden aus Kunststeinelementen gefertigt. Der Chlorraum und Batterieraum erhalten gegen chemische Beanspruchung einen Spezialfußboden.

■ Decken

Die Decken im Erdgeschoß bilden die Unterseite der VT-Falte. In den Fugen der VT-Falte sind Aluminiumschienen zur Befestigung der Lampen und der Absorberelemente verankert. Der Dachaufbau über den VT-Falten ist ein Bitumendämmdach.

7
Blick auf die Schwimmfläche im Erdgeschoß

8
Schnitt 1 : 500

9
Südfassade und Ostfassade. Ansichten

10
Außenansicht der Volksschwimmhalle Pankow

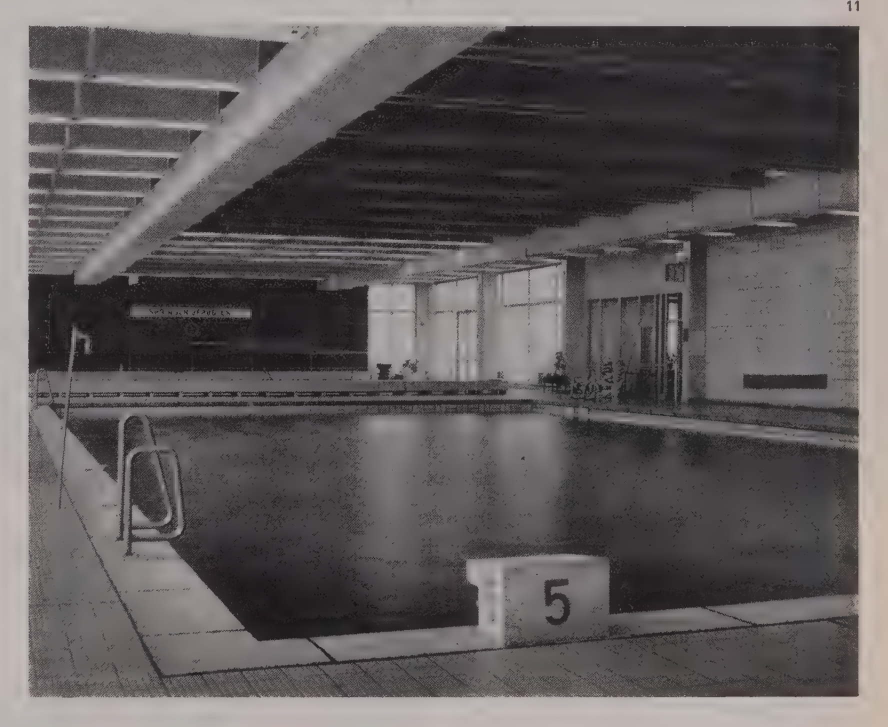
11
Blick in den Beckenraum

12
Einordnung der Volksschwimmhalle Pankow

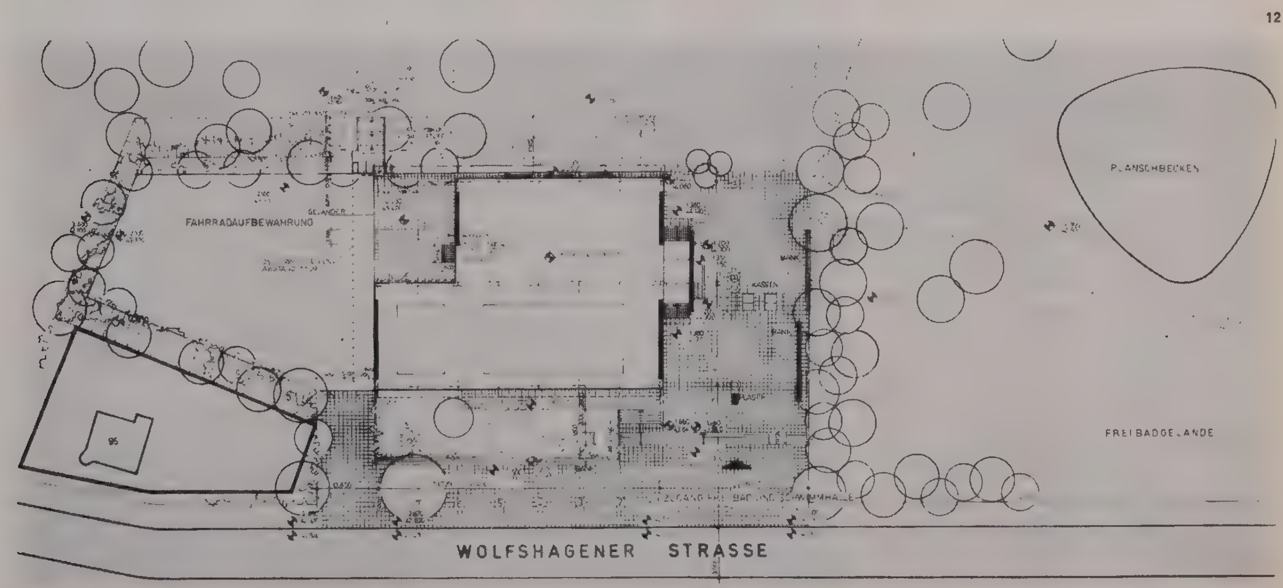


10

11



12



1

Feierabend- und Pflegeheim im Wohngebiet Riethstraße in Erfurt

Bauingenieur Helmut Weingart, Architekt BdA DDR
Komplexarchitekt
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt
Betriebsteil Projektierung

Das Feierabend- und Pflegeheim mit dem U-förmig und viergeschossig ausgebildeten Bettenhaus sowie dem nach Süden eingebundenen flachen Sozialtrakt zeigt in seiner ganzen Form trotz der ungewöhnlichen Größenordnung eine sehr maßvolle, in seinen Proportionen wohl abgestimmte Lösung.

Harmonisch wurde dieser Baukörper zwischen zweigeschossigen Kinderkombinationen sowie fünf- und elfgeschossigen Wohnbauten nahe am Ufer der Wilden Gera eingebettet.

Dem Sozialtrakt ist in südlicher Richtung eine Freiterrasse vorgelagert. Neue Rampenlösungen im Anlieferbereich lassen eine ästhetisch saubere Gestaltung und Nutzung erkennen. Der Standort zählt bereits zum Naherholungsbereich des Wohngebietes.

Die unmittelbare Nachbarschaft der Kindereinrichtungen mit dem zentralen Kinderspielplatz verspricht eine interessante Kommunikation zwischen Alten und Jungen.

Wenn tagsüber ein fröhliches Kindertreiben die Heimbewohner erfreuen soll, so breitet sich am späten Nachmittag nach dem

2





3

Die Autoren erhielten für hervorragende schöpferische Leistungen bei der Gestaltung des Feierabend- und Pflegeheimes im Wohngebiet Riethstraße in Erfurt eine Anerkennung im Architekturwettbewerb 1976. **red.**

1 Südostansicht

2 Blick in das Atrium

3 Städtebauliche Einordnung. Blick von Norden

Verantwortliche Autoren

VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt,
Betriebsteil Projektierung
Komplexarchitekt:
Bauingenieur Helmut Weingart, Architekt BdA/DDR
Stellvertretender Komplexarchitekt:
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Becker, Architekt BdA/DDR
Elektrotechnik: Ingenieur Eberhard Gräßner
HLS-Technik: Dipl.-Ing. Michael John
Rat der Stadt Erfurt,
Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen
Technologe: Bauingenieur Ilse Gündel

Verantwortliche Bearbeiter

Szegedi Tervezö Vállalat, Szeged,
Ungarische Volksrepublik
Architekt: Dipl.-Ing. István Tarnai
Innenarchitekt: József Sági
Konstrukteur: Dipl.-Ing. Raimund Libor
Elektrotechnik: Dipl.-Ing. Imre Vörös
HLS-Technik: Dipl.-Ing. Zoltan Czonka

Generalauftragnehmer:
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt
Hauptauftragnehmer Bau:
VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt
Hauptauftragnehmer Ausstattung:
VEB Innenprojekt Halle
Kapazität:
182 Feierabendheimplätze
282 Pflegeheimplätze
5 Plätze für Isolierabteilung
4 Wohnungen
1 Sanitäreinheit für zentralen Kinderspielplatz

Schließen der Kindereinrichtungen eine wohltuende Ruhe aus.

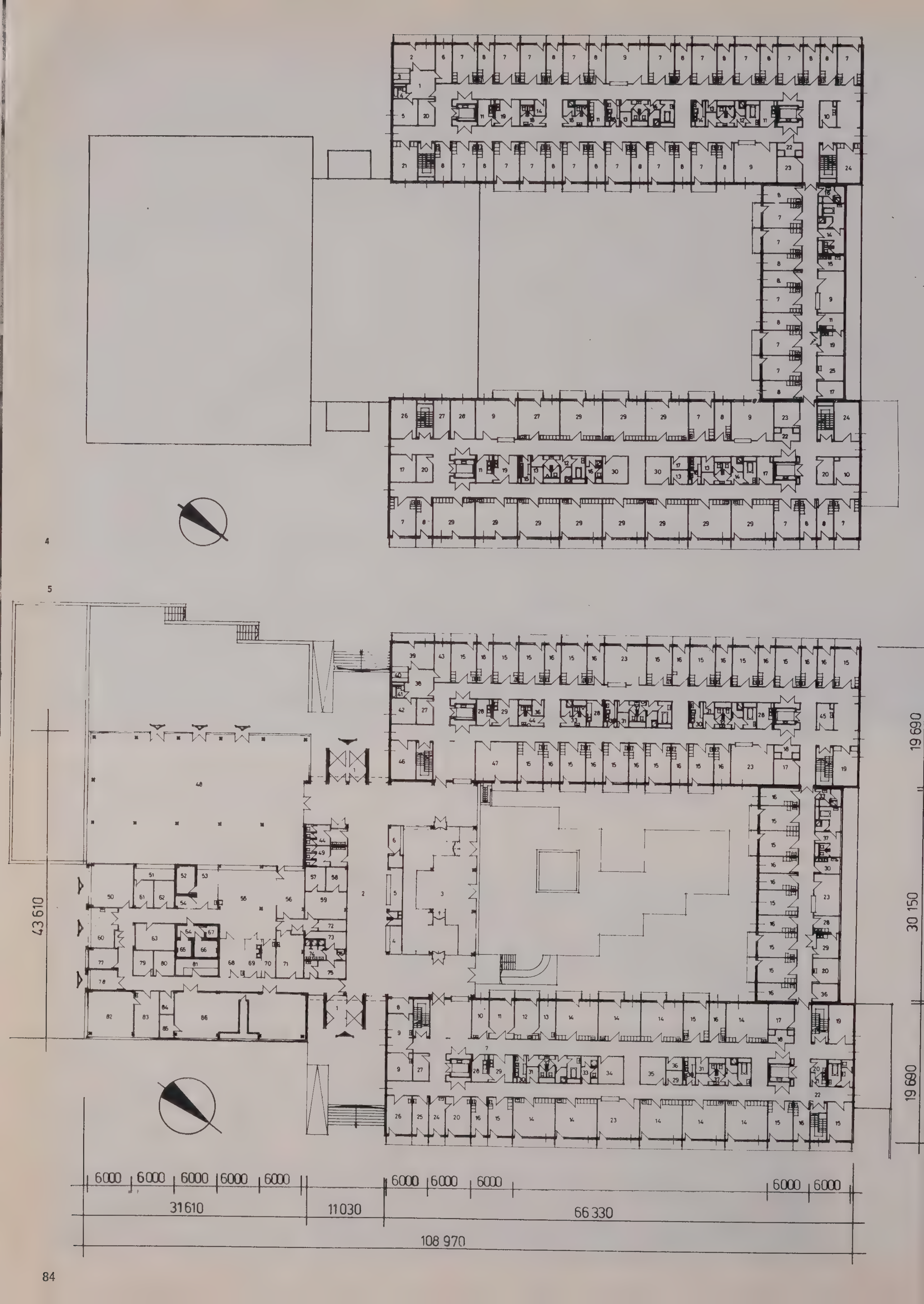
Wenn bei dem Speisesaal die vorgelagerte Freiterrasse auf die Ebene des Saales angehoben wurde, so erfolgte in Angleichung zum Atrium eine Teilabsenkung des Fußbodens im Klubraum.

Die Hauptschwellen vom Innenraum zum Freiraum sind damit interessant durchgestaltet und bringen gleichzeitig eine abwechslungsreiche Raumbildung.

Kräftige Farben, wie das Gelb der Brüstungsbänder, das Rotbraun der Klinkerwände am Flachbau sowie die stahlblaue Rahmengestaltung der Fenster- und Sonnenschutzkonstruktionen werden durch die Hauptfarbe der Fassade in Weiß gefaßt und ergeben eine gelungene freundliche Farbgestaltung. Dieser heitere und lebensfrohe, aber nicht aufdringliche Eindruck setzt sich in den Innenräumen fort.

Die funktionelle und gestalterische Absicht findet eine weitere wertvolle Ergänzung mit dem geplanten Kugelbrunnen im Atrium und dem Blumenwandbild im Speisesaal.

Im Feierabendheim sind Ein- und Zweibettzimmer angeboten worden, dagegen befinden sich Ein-, Zwei- und überwiegend Vierbettzimmer im Pflegeheimtrakt. Während im Flachbau außer dem bereits genannten Speisesaal und Klubraum die Hauptküche mit einer Kapazität für 600 Essenteilnehmer liegt, befinden sich in den Bettenhäusern weitere Anrichte- und Teeküchen, die bis zur individuellen Selbstbedienung genutzt werden können.
Besonders angenehm wird die Wohngruppenbildung (15 bis 20 Personen) mit den zugehörigen Tages- oder Fernsehräumen empfunden.
Die Gemeinschaftseinrichtungen werden sinnvoll mit Lese-, Näh-, Bügel- und Arbeitsräumen in den einzelnen Wohngruppen sowie im Kellergeschoß mit Hobbyräumen ergänzt.
Die medizinische Betreuung der Heimbewohner wird mit der im Erdgeschoß befindlichen Arzteinheit gesichert.
Neben dem Haupteingang wurden funktionell richtig die Verwaltungsräume zur Aufnahme und Anmeldung für Neuzugänge angeordnet.


4
5
43 610
19 690
30 150
19 690
6000
6000
6000
6000
6000
6000
6000
6000
6000
6000
31610
11030
66 330
108 970

6

8

4 Normalgeschoß 1 : 600
1 bis 6 Wohnung
7 Zweibettzimmer
8 Einbettzimmer
9 Tagesraum
10 bis 19 Nebenräume (Bügelraum, Teeküche, WC und Umkleideanlagen, Anrichte)
29 Vierbettzimmer

5 Erdgeschoß 1 : 600
1 Windfang
2 Vorhalle
3 Klubraum
9 Verwaltung
10 bis 13 Arztstation
14 Vierbettzimmer
15 Zweibettzimmer
16 Einbettzimmer
20 Tagesraum
28 bis 37 Nebenräume (wie Abb. 4)
38 bis 43 Wohnung
48 Speiseraum
50 bis 83 Küche mit Vorbereitungsräumen, Personalbereich und -speiseraum

6 Feierabend- und Pflegeheim, von Osten gesehen

7 Blick zum Atrium

8 Klubraum

7







9



10

9 Eingangshalle

10 Speiseausgabe

11 Speisesaal

11

Die Isolierstation erhielt vorschriftsmäßig einen gesonderten Zugang.
Abstellräume für Nachlaß, Möbel sowie Wäschelager und ein Waschraum komplettieren das Angebot im Heim.
Trafostation und Hausanschlußraum sind in einem Konnexbauwerk untergebracht und erscheinen in der Freifläche nur noch als ein bepflanztes Hochbeet.
Als Konstruktionshauptelemente wurden im Flachbau VGB-Skelett- und für die Bettenhäuser Wohnungsbauelemente der Wohnungsbaureihe Erfurt verwendet. Obwohl das Objekt individuell entwickelt wurde, das heißt kein Wiederverwendungsprojekt zugrunde lag, konnte mit dem vorhandenen Elementesortiment und einer geringen Anzahl von Ergänzungselementen die volle Montagefähigkeit in den Haupttragwerken erreicht werden.
Das viergeschossige Gebäude ist unterkellert, die Geschoßhöhe der Normalgeschosse beträgt 2,8 m.
Die dargestellten Vorzüge und Parameter führen zu der Erkenntnis, eines der modernsten und größten Heime in dieser Kategorie mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen in unserem Bezirk der Bevölkerung übergeben zu haben.



12

12 Zweibettzimmer

13 Tagesraum

13

1

Gaststätte „Kosmos“ im Wohnkomplex „Reform“ in Magdeburg

Bauingenieur Gerhard Heising, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Georg Timme, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Projekt Magdeburg/Halberstadt

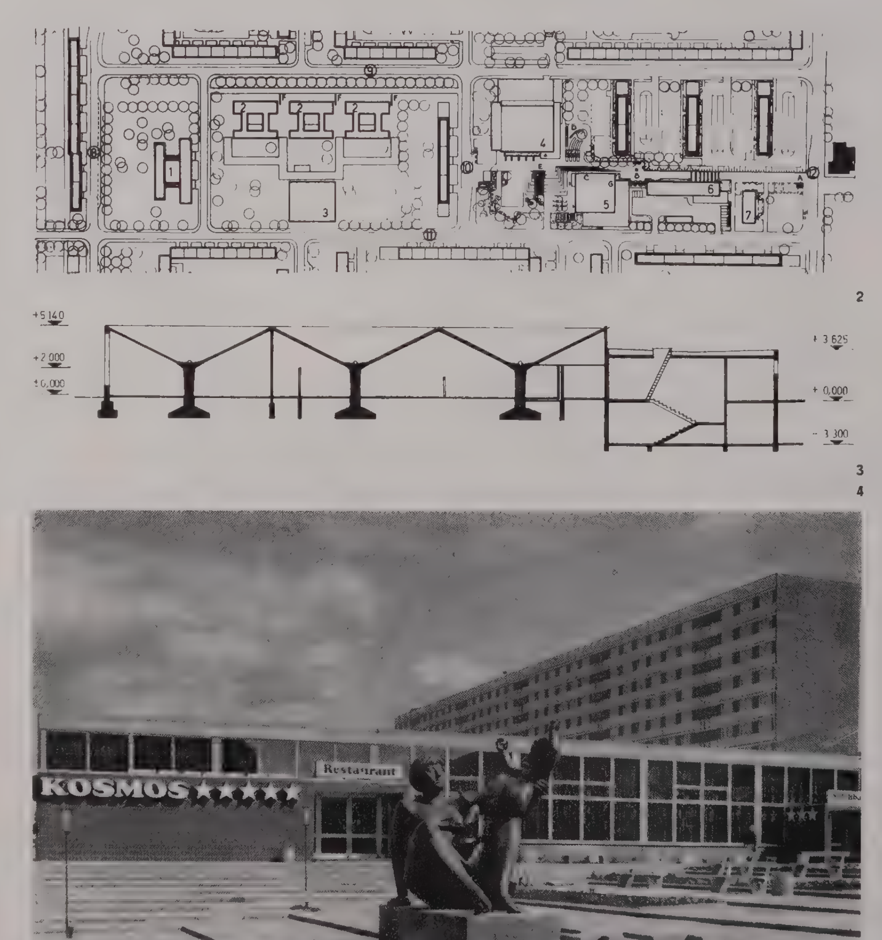
1 Einordnung der Gaststätte in den Wohnkomplex „Reform“

2 Lageplan
1 Kinderkombination
2 zweizügige POS
3 Turnhalle
4 Kaufhalle
5 Gaststätte
6 Haus der Dienste
7 Ambulatorium

Die Gaststätte „Kosmos“ wurde als individuelles Projekt für den Standort im Komplexzentrum des Wohnkomplexes „Reform“ bearbeitet. Auf Grund einer guten funktionellen und gestalterischen Lösung und einer kompakten Grundrißform, die relativ gute Möglichkeiten für eine Einordnung auch in andere städtebauliche Situationen bietet, kam es zu einer Wiederverwendung im neuen Wohnkomplex Magdeburg Nord. Eine weitere Wiederverwendung an zwei Standorten wird vorgesehen.
Die städtebauliche Einordnung der Gaststätte in das Komplexzentrum des Wohnkomplexes „Reform“ erfolgte auf der Grundlage des Bebauungsplans in enger Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Stadtarchitekten und den bautechnischen Projektanten. Sie wurde so vorgenommen, daß die Eingänge und die vorgelagerte Terrasse dem zentralen Platz zugekehrt sind, während die Wirtschafts- und Anlieferungszone auf der gegenüberliegenden Seite einem gemeinsamen Wirtschaftshof für ein Postamt und ein „Haus der Dienste“ sowie einem Garagenkomplex mit Trafostation zugeordnet wurde.

Funktionelle Lösung

Die projektierte Gaststätte dient der gastronomischen Versorgung der Bevölkerung im Wohngebiet, gleichzeitig übernimmt sie jedoch auch die Herstellung der Schulspeisung für die nahe gelegene Schule.
Funktionell waren folgende Gegebenheiten und Forderungen zu berücksichtigen:
1. Lage der Gaststätte am zentralen Platz des Wohnkomplexes; Terrassenplätze der Milchbar nach dorthin orientiert
2. Hauptgasträume waren auf Veranlassung des Büros des Stadtarchitekten und des späteren Nutzers nach Norden anzuordnen (abweichend von der Richtlinie), um im Hinblick auf die großen Glasflächen eine zu starke Erwärmung im Sommer zu vermeiden und die Gasträume zum Fußgängerbereich zu orientieren



2

3

4



3 Schnitt 1 : 500

4
Gestaltung des Freibereichs vor der Gaststätte

5 Erdgeschoß 1 : 500
1 Garderobe
2 Gaststätte
3 Klubraum
4 Milchbar
5 Kellnerzugang
6 Geschirrspüle
7 Topfspüle
8 Anrichte
9 Patisserie
10 Warme Küche
11 Kalte Küche
12 Büfett
13 Getränkekühlraum
14 Kühlraum Kalte Küche
15 Handlager
16 Brotlager
17 Fischvorbereitung
18 Geflügelvorbereitung
19 Fleischvorbereitung
20 WC-Bereich Frauen
21 WC-Bereich Männer
22 Büro
23 Bereich für Speiseeis
24 Spüle
25 Küchenleiter
26 Personalessenausgabe
27 Gemüsevorbereitung
28 Personalbereich
29 Lager Lebensmittel
30 Kühlbereich
31 Lagerbereich/Warenannahme
32 Leergut



5

Entwurf:

Bauingenieur Gerhard Heising, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Georg Timme, Architekt BdA/DDR
VEB WBK-Projekt Magdeburg/Halberstadt
Innenarchitekt Klaus Tröbner
VEB Innenprojekt Halle

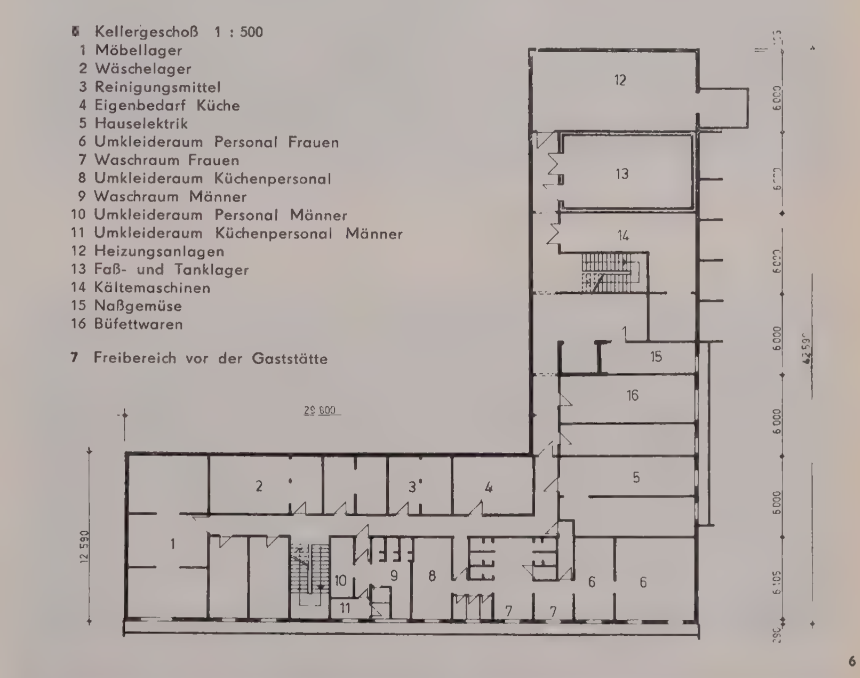
Mitarbeit:
Statik: Bauingenieur Günther Höfler
Bauwirtschaft: Bauingenieur Rudolf Beyer, KDT
Heizung, Lüftung: Dipl.-Ing. Norbert Gorgas, KDT
Sanitäranlagen: Meister Erwin Wiehle
Elektroanlagen: Ingenieur Peter Köhler, KDT
VEB WBK-Projekt Magdeburg/Halberstadt

Nachauftragnehmer
Schalungsprojekt: Dipl.-Ing. Müther
VEB Spezialbetonbau Binz
Küchenprojekt: Dipl.-Ing. Weidner
VEB Wärmegerätewerk Dresden
BMSR-Anlagen: Ingenieur Rudnick
VEB GRW Teltow/Magdeburg
Elektroakustische Anlagen: Ingenieur Bohnhardt
VEB Radio und Fernsehen Sangerhausen
Leuchtschrift: VEB Neontechnik Halle
Aufzugsanlagen: VEB Aufzugsbau Magdeburg

Bildende Kunst
Glasbetonfenster: Glasgestalter VBK-DDR Marga und Oskar Hamann, Magdeburg
Wandgestaltung: Maler und Grafikerin VBK-DDR Helga Borisch, Herr Kühn, Magdeburg
Leuchtwerbung: Diplomgrafiker VBK-DDR Karl Müller, Magdeburg

6 Kellergeschoß 1 : 500
1 Möbellager
2 Wäschelager
3 Reinigungsmittel
4 Eigenbedarf Küche
5 Hauselektrik
6 Umkleideraum Personal Frauen
7 Waschraum Frauen
8 Umkleideraum Küchenpersonal
9 Waschraum Männer
10 Umkleideraum Personal Männer
11 Umkleideraum Küchenpersonal Männer
12 Heizungsanlagen
13 Faß- und Tanklager
14 Kältemaschinen
15 Naßgemüse
16 Büfettwaren

7 Freibereich vor der Gaststätte



6

3. Möglichkeit bei Großveranstaltungen, alle Gasträume des Objektes gemeinsam nutzen zu können
4. Anlieferungs- und Auslieferungszone am gemeinsamen Hof mit dem Haus der Dienste und den zugeordneten Garagen vorzusehen, mit der Möglichkeit, rück- und seitwärts an die Rampe heranfahren zu können.

Dem Gastraum wird als niedriger Baukörper die Garderobe mit Windfang vorgelagert. Der Stauraum vor der Garderobenabgabe wird zur Gaststätte nur durch eine 2 m hohe Sichtblende mit Klinkerverkleidung abgetrennt; beiderseits besteht eine offene Verbindung zum Lokal. Von der Eingangssituation aus ist auch der Gesellschaftsraum durch eine zweiflüglige Tür zu erreichen. Um bei schwachem Gaststättenbesuch die Gastraumgröße reduzieren zu können und andererseits neben dem Klubraum einen zweiten abgeschlossenen Raum zu gewinnen, wurde auf Wunsch des Nutzers das Projekt dahingehend geändert,

7





8
Blick von der Gaststätte auf den Bereich des Klubraumes

9 Blick in die Gaststätte





10 Milchbar

daß der große Gastraum durch eine Stahl-Aluminium-Raumtrennwand mit großflächiger Verglasung geteilt wurde, vor die als zusätzliche Abschirmung ein Vorhang gezogen werden kann. Bei gleichzeitiger gemeinsamer Nutzung beider Raumteile sind diese durch das völlige Öffnen zweier Türen von je 2,10 m × 2,70 m Größe verbunden. Bei der Abtrennung des östlichen Raumteiles mußte allerdings in Kauf genommen werden, daß der Zugang zu den Aborten durch diesen erfolgt, da andererseits die Forderung des Nutzers bestand, die Toiletten an der dem Eingang gegenüberliegenden Seite vorzusehen.

Als weitere gastronomische Einrichtung wurde eine Milchbar vorgesehen, die mit einem besonderen Eingang und eigenen Abortanlagen unabhängig genutzt wird, bei Großveranstaltungen aber auch durch eine zweiflüglige Verbindungstür zum Gesellschaftsraum auch zusammenhängend mit den übrigen Gasträumen genutzt werden kann.

Auf Forderung des Nutzers wird für alle Gasträume individuelle Bedienung vorgesehen. Kelleroffice und Kellnergang liegen so, daß sich kurze Bedienungswege ergeben, wobei gesonderte Zugänge für den Hauptgastraum, den östlichen Raumteil und für den Gesellschaftsraum vorgesehen wurden. Über einen Verbindungsgang ist auch die Milchbar zu erreichen.

Im Wirtschaftsbereich wurde angestrebt, alle Produktions-, Vorbereitungs- und Lagerräume in einer Ebene unterzubringen. Wo das – wie beim Lager für Büfettwaren, Naßgemüse und für Flaschengetränke – nicht erfolgte, befinden sie sich in Aufzugsnähe, so daß auch hier ein günstiger Warenweg gewährleistet ist. Alle Lager wurden so angeordnet, daß sich von der zentral liegenden Warenannahme kurze Transporte ergeben.

Vom Lager führt ein gradliniger kreuzungsfreier Arbeitsfluß über die vier Vorbereitungsräume zu den Kochstrecken. Während aus Gründen der rationellen Bewirtschaftung alle Lager- und Vorbereitungsräume für Gaststätte und Schulküche kombiniert wurden, mußte auf den Kochstrecken eine Trennung erfolgen, wobei der größere Anteil aufgrund der Zahl der Essenteilnehmer der Bereitung des Schüleressens zukommt.

Anrichte-Patisserie und Speiseeisherstellung wurden mit eigener Kühleinrichtung der Milchbar zugeordnet, sind aber ebenfalls vom Kellnergang der Gaststätte zugänglich.

Die Geschirrspüle erhielt eine Ecklage und ist damit von allen Gaststättenbereichen gut zu erreichen. Ebenfalls eigene Kühlräume wurden für die kalte Küche und für den besonderen Haftungsbereich des Büfetts vorgesehen, während die übrigen Kühlräume zu einem Block zusammengefaßt wurden. Dabei wird der Wurstkühlraum auf Wunsch der HO bautechnisch so vorgesehen, daß er später mit einem anderen Aggregat auch als Tiefkühlung genutzt werden könnte. Bier-Tanklager und Flaschenlager wurden im Keller zusammengefaßt.

Aus ökonomischen Gründen wurde der

winkelförmige Anbau an die höhere Schalenkonstruktion der Gasträume und der Küche zweigeschossig projektiert.
Im Kellergeschoß wurden neben den Räumen für die technische Ausrüstung auch weniger stark frequentierte Lager sowie die nur kurzzeitig benutzten sanitären Einrichtungen für das Personal untergebracht. Wesentlich ist, daß für das Küchenpersonal gesonderte, nur von ihm zu benutzende WC-Anlagen vorgesehen wurden und daß bei den Umkleideräumen klare Schwarz-Weiß-Trennung erfolgte, während die Waschräume wegen der Reduzierung baulichen Aufwandes in Übereinstimmung mit der Richtlinie und der TGL 10 699 gemeinsam mit dem allgemeinen Personal benutzt werden.
Entsprechend der Richtlinie und der Forderung der HO wurden drei Büroräume in zentraler Lage (Verbindung: Küchenchef, Lagerleiter, Gäste) vorgesehen. Der Eingang liegt unmittelbar neben den Büroräumen und in geringer Entfernung von der Treppe, die zu den Sozialräumen führt. Eine zweite Treppe befindet sich neben der Warenannahme, die so einen unmittelbaren Ausgang ins Freie besitzt.

Konstruktive Lösung

Die Gaststätte wurde in kombinierter Bauweise projektiert. Gasträume und Küche befinden sich unter neun Stück 12 m × 12 m großer Hyparschalen in Schirmform mit je einer Mittelstütze, die zu einer 36 m × 36 m großen Überdachung zusammengesetzt wurden, während Nebenräume zur Küche, Räume für Lagerhaltung, Räume für technische Ausrüstung, Büros und Sozialräume in einem winkelförmigen Anbau an die höheren Hyparschalen untergebracht werden, der in 2-MP-Montagebauweise mit dem bezirklichen Elementesortiment dieser Laststufe errichtet wurde. Dieser Anbau wurde voll unterkellert.
Überall dort, wo diese Außenwände mit dem Erdreich in Berührung kommen, werden Formen des normalen Geschoß-Außenelementes verwendet, das bei Einsatz von B 225 mit Bewehrung die auftretende Erddruckbeanspruchung aufnehmen kann. An den Wandseiten, die Fensteröffnungen benötigen, wurden die normalen Geschoß-Außenwandelemente und Fenstergewände eingesetzt, wobei der Erddruck durch einen Lichtschacht aus Winkel-Stützenwandelementen abgefangen wird. Die Elemente erhielten einen Zementmörtelputz mit Sperranstrichen nach TGL 10 689; dann wurde ein Teil des Zwischenraumes mit Magerbeton verfüllt und mit Zementestrich versehen, der Gefälle zu Einläufen erhielt. An einzelnen Stellen der Wände wurden Paßstücke bzw. Streifen in Mauerwerk MZ 150 in MG II erforderlich.
Dies gilt in geringem Umfang auch für die Ringanker.
Die Decken des Anbaues bestehen aus 240 mm dicken Fertigteilen (Rundlochdecke) des Sortimentes; dort, wo größere Lasten als die zugrunde gelegten auftreten oder Aussparungen notwendig werden, die mit dem Sortiment nicht übereinstimmen, wurden Ortbetonstreifen in B 225 vorgesehen.
Die Dachneigung wurde durch Gefällebeton aus Leichtbeton gebildet, der durch Luftkanäle entfeuchtet wird. Die Eindekkung erfolgte als entspanntes Warmdach (nahtloses Bitumendämmdach).
Bei dem durch die Schalen überdachten Teil wurde von einer Unterkellerung grundsätzlich Abstand genommen.
Die Außenwände bestehen bei den massiven Scheiben und Brüstungen sowie dem Garderobenwindfangvorbau aus MZ 150 in MG II – Scheiben und Vorbauten mit Klinkerverblendung –, im übrigen aus großen verglasten Flächen, die aus Stahlleichtmetallelementen mit einer aussteifenden Stahlkonstruktion aus geschweißten Kastenprofilen gebildet werden. Die Raumtrennwand zwischen zwei Gasträumen wurde sinngemäß als Glastrennwand mit Türen ausgebildet. Ein Teil der Außenfront erhält neben der Aufgabe des Raumabschlusses und der Belichtung auch eine künstlerische Gestaltung. Er wurde als Glasstahlbetonwand mit Verstärkung durch Flachstahlrahmen ausgeführt.
Einige nichttragende, große Trennwände der Gaststätte wurden aus Mauerwerk mit Profilstahlaussteifung errichtet.
Wie beim Anbau wurde auch für die Schalen eine Warmdachausführung als Bitumendämmdach vorgesehen, wobei hier im Hinblick auf die großflächige Verglasung eine verstärkte Dämmschicht eingesetzt wurde, um die Temperatureinflüsse von außen auf die Gasträume zu mindern.
Diesem Ziel diente auch der Einbau von „Theraflex"-Verglasung an den exponierten West- und Südseiten des Objektes.



11 Ausschnitt aus der Gaststätte. Künstlerisch gestaltete Glasbetonwand

Gestalterische Lösung

Die Gestaltung der Gaststätte wurde weitgehend durch die technologisch-konstruktive Konzeption beeinflußt.
Die Gaststätte wurde als Kompaktbau errichtet, wobei sich der durch die Hyparschalen gebildete Gastraum und Küchenteil als höherer, quadratischer Baukörper abzeichnet, an den sich nach Osten und Süden der niedrigere, winkelförmige Teil der Montagekonstruktion anschließt.
Die Wirkung der Gaststättenaußenfront wird entscheidend – sowohl von außen als auch vom Innenraum gesehen – bestimmt durch die großen Glasflächen in einer Stahl-Aluminium-Konstruktion im Zusammenwirken mit dem Klinkermaterial der Eingangsvorbauten und durch die Glas-Stahlbeton-Wandfläche, die den oberen, nördlichen Teil der Eingangssituation sowie damit in Verbindung eine Außenwandfläche von rund 6 m × 4,40 m im Gastraum umfaßt und durch die dekorativ-farbige Gestaltung einen starken Eindruck erzielt.
Einen Kontrast bringen die geschlossenen Scheiben an den Giebelseiten der Gasträume, die in Klinkerverkleidung farblich abgesetzt wurden und sich oberhalb des Anbaues ebenfalls geschlossen fortsetzen.
Die Fassaden des Montagebaues werden durch Fensterreihung in Glattputzflächen mit Plastputz bestimmt; die Anlieferseite zeigt in der weitgehend geschlossenen Wandfläche eine straffe Zusammenfassung der Fenster und Türen im Bereich des Rampenvordaches.
Die Gasträume werden durch vier Faktoren geprägt:

- die stark aufgelöste Glasfläche der hochreichenden Außenwand
- die kräftig geschwungenen Hyparschalen mit je einer Mittelstütze in Sichtbetonausführung
- die geschlossenen Wandflächen, die durch den VEB Innenprojekt Halle differenziert gestaltet wurden
- die von den Schalen abgehängten Leuchtenraster als Stabnetz-Rohrkonstruktion, die eine variable Einrichtung gestatten.

Hinzu kommt im Hauptgastraum die starke Wirkung der farbigen Glasbetonwand und der halbhohen Sichtblende zur Garderobe in Klinkermauerwerk.
Die Fußböden bestehen aus Eichenholzparkett und in Windfang, Garderobe und Milchbar aus geschliffenen Agglomeratplatten.
In den Wirtschafts- und Personalräumen stehen die rein funktionellen Bedingungen im Vordergrund.
Alle Räume erhielten helle Anstriche in Pastelltönen, wobei teilweise bis 2 m Höhe gefliest wurde. Trennwände im Küchenbereich sind zum großen Teil als Trennwände (1,40 m hoch) massiv mit Wandfliesen ausgeführt worden. Die Fußböden erhielten Fliesen, Bahnenbelag oder Zementestrich.
Die Beleuchtung erfolgt vorwiegend durch Leuchtstoffröhren.

1

Zu den Aufgaben des Muster- und Experimentalbüros der Bauakademie der DDR

Zum IX. Parteitag der SED wurde mit Nachdruck auf die Umgestaltung und Nutzung historisch wertvoller Bausubstanz hingewiesen. Das Muster- und Experimentalbüro der Bauakademie hat sich seit längerer Zeit mit diesem Aufgabengebiet beschäftigt und bei der Lösung konkreter Rekonstruktionsaufgaben die Hauptpartner eng in die Arbeit einbezogen. Diese Arbeitsweise hat sich bewährt. Um ein Bild von der Arbeit des Büros zu vermitteln, wird hier die Rekonstruktion des Deutschen Nationaltheaters Weimar und des Stadttheaters in Zwickau vorgestellt, deren Bearbeiterkollektive mit dem Orden „Banner der Arbeit" bzw. mit dem Architekturpreis des Bezirkes Karl-Marx-Stadt ausgezeichnet wurden.

Aus der Vielfalt der gegenwärtigen Arbeitsaufgaben des Muster- und Experimentalbüros seien folgende Vorhaben erwähnt: die Projektierung des Hauses der Berg- und Energiearbeiter in Hoyerswerda, das Kulturzentrum in Plauen, die Bauausstellung in Berlin, Einrichtungen in der Pionierrepublik am Werbellinsee und ein Ferienobjekt in Heringsdorf.

Es wird auch künftig ein Hauptanliegen des Büros sein, historische Bausubstanzen umzugestalten und so mit dem Neubau zu verbinden, daß immer günstigere Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise geschaffen werden. So wurde die Arbeit für einen Gebäudekomplex in Großblockbauweise im Altstadtgebiet von Wismar mit dem Ziel begonnen, eine neue Qualität bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Neubaus und seiner Einordnung in zu erhaltende Altbausubstanz zu erreichen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse – auch im Hinblick auf die Verflechtung von Wohn- und Gesellschaftsbau – werden zu einer Bausteinreihe zusammengefaßt. Sie bieten sich an, bei ähnlichen Vorhaben angewendet zu werden.

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Direktor

Rekonstruktion des Deutschen Nationaltheaters in Weimar

Dr.-Ing. Udo Schultz
Muster- und Experimentalbüro
Bauakademie der DDR

Ingenieur Friedrich Prinzhausen
Technischer Direktor des
Deutschen Nationaltheaters in Weimar

Dipl.-Ing. Peter Tennhardt
Institut für Technologie und Mechanisierung
Bauakademie der DDR

Nach zweijähriger Rekonstruktion wurde das Deutsche Nationaltheater in Weimar am 5. Oktober 1975 anläßlich der Tausendjahrfeier der Stadt Weimar mit der Festaufführung von Goethes Faust, Teil I und Teil II, feierlich wiedereröffnet. Mit seinen Räumlichkeiten, dem neugestalteten Zuschauerraum und der neuen bühnentechnischen Ausrüstung ist es zu einer der modernsten Bühnen der DDR geworden.

Das Deutsche Nationaltheater kann auf eine lange traditionsreiche Geschichte zurückblicken. Unter Herzog Ernst August entstand 1779 mit dem „Komödiantenhaus" das erste offizielle Weimarer Theatergebäude. In diesem Haus wirkte Goethe von 1791 bis 1817 als Intendant.

Im Jahre 1825 brannte das Theater völlig nieder. Am gleichen Standort wurde in demselben Jahr das zweite „Komödiantenhaus" errichtet, das 1905 wegen technischer Unzulänglichkeiten abgerissen wurde, um einem Neubau zu weichen, der den neuen gestiegenen Anforderungen an ein Theatergebäude entsprach. Das 1907 neu eröffnete Haus wurde 1945 durch amerikanische Bomben in wesentlichen Teilen zerstört. Am 28. August 1948 konnte das Deutsche Nationaltheater dank der großzügigen und verständnisvollen Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden als seinerzeit erstes wiederaufgebautes Theater auf deutschem Boden wiedereröffnet werden.

Inzwischen war es nicht nur hinsichtlich seiner technischen Einrichtungen völlig überaltert, sondern auch durch die bestehenden Mängel und daraufhin erteilten Auflagen der Feuerwehr und der Staatlichen Bauaufsicht zu einem ständig wachsenden Sicherheitsrisiko geworden.

In Vorbereitung der Aufgabenstellung wurden vom Verfasser kurzfristig Studien erarbeitet. Der zur Ausführung gelangte Entwurf wurde im Februar 1973 bestätigt. Das Projekt und die Abbrucharbeiten wurden 1973 nach Beendigung der Spielzeit im Juli begonnen. 1974 erfolgte die Fertigstellung des Projektes, der Sanierungsarbeiten sowie des Rohbaues. Im Jahre 1975 erfolgte der Ausbau.

Für die Rekonstruktion wurde zunächst erwogen, die sich im Hause befindenden Werkstätten in einen neuen Funktionskomplex außerhalb des Hauses zu verlagern, um den gestiegenen räumlichen Bedürfnissen entsprechen zu können. Betriebstechnische Erwägungen und kostenerhöhende Faktoren ließen diesen Lösungsweg nicht sinnvoll erscheinen. Räumliche Erweiterungen, insbesondere für die Studiobühne, wurden im Hinblick auf die derzeitige städtebauliche Situation und die zur Verfügung stehenden Baukapazitäten eben-

2



3



1
Hauptansicht

2
Das erste Theatergebäude „Komödienhaus" (1779 bis 1825)

3
„Neues Komödienhaus" (1825 bis 1907)

4
Zuschauerraum (1907)

5
Zuschauerraum (1948)

6
Zuschauerraum (1975)

Autor und Projektverantwortlicher:
Dr.-Ing. Udo Schultz
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro

Entwurf, Konstruktion, Ausbau:
Dr.-Ing. Udo Schultz
Architekt Franz Schmidt
Dipl.-Arch. Dieter Dolata
Dipl.-Ing. Fritz Decker
Dipl.-Ing. Jens Ebert
Dipl.-Ing. Klaus Stehr

Formgestaltung:
Dipl.-Formgestalter Jürgen Beidokat

Mitarbeit:
Bau-Ing. Karin Amler
Teilkonstrukteur Hildegard Drescher
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro

Statik und Konstruktion
Arbeitsgruppenleiter: Bauingenieur Werner Maaß unter Mitarbeit von Dipl.-Ing. Manfred Kuntze
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro
und unter Mitarbeit
des Kollektivs VEB Verlade- und Transportanlagen Leipzig unter Leitung von Bauingenieur Schulz
des Instituts für Technologie und Mechanisierung
des Instituts für Wissenschaftsorganisation und Informationsverarbeitung
des Instituts für Ingenieur- und Tiefbau
des Instituts für Industriebau der Bauakademie der DDR

Bauwirtschaft
Bauingenieur Erich Haase
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro

Bühnentechnik
Kollektiv VEB Sächsischer Brücken- und Stahlhochbau Dresden unter Leitung von Bauingenieur Günter Schapke

Elektroinstallation, Bühnenbeleuchtung
Ingenieur Joachim Richter
unter Mitarbeit von VEB Elektroinstallation Weimar
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro

Lichttechnische Beratung
Prof. Dipl.-Ing. Riemann, Berlin

Lichtstellwarte
VEB Starkstromanlagenbau Leipzig

Lüftung
Dipl.-Ing. Hanke
VEB Lufttechnische Anlagen Berlin

Sanitärinstallation
Bauingenieur Wolfgang Schneider
Bauakademie der DDR, Muster- und Experimentalbüro

Heizungsinstallation
VEB Rationalisierung und Projektierung Berlin
Betriebsteil Weimar

Schwachstrominstallation
VEB Fernmeldeanlagenbau Leipzig
Betriebsteil Erfurt

Tonregiezentrale
BEAG, Elektroakustische Werke Budapest

Regeltechnik
VEB Geräte- und Reglerwerke Teltow

Bau- und Raumakustik
Dipl.-Ing. Tennhardt
Dr.-Ing. Winkler
Institut für Technologie und Mechanisierung der Bauakademie der DDR

Elektroakustik
Dipl.-Ing. Steffen
VEB Rundfunk- und Fernsehtechnisches Zentralamt der Deutschen Post

Bühnentechnik
Ing. Friedrich Prinzhausen
Technischer Direktor des Deutschen Nationaltheaters Weimar

Technologische Beratung
Institut für Kulturbauten Berlin

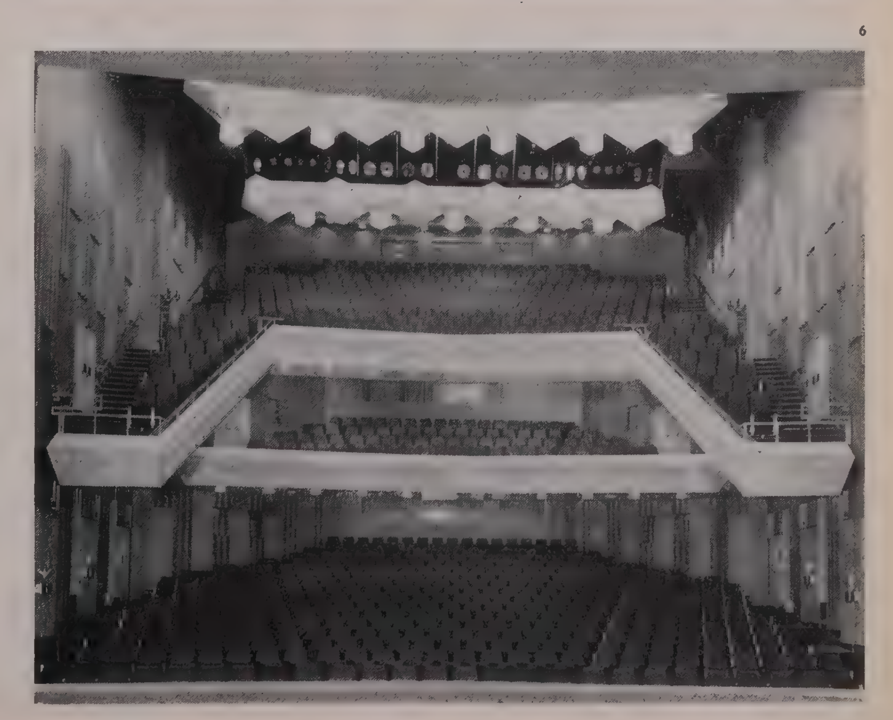
Leuchten
Innenarchitekt Ernst Schwarz, Berlin



4

5

6



falls verworfen. Infolgedessen wurde bei der Rekonstruktion des Hauses der Weg beschritten, durch neu eingezogene Zwischendecken die notwendigen Räumlichkeiten zu schaffen und so zugleich die Voraussetzung dafür zu erbringen, daß im Rahmen der vorhandenen Bausubstanz eine ökonomisch günstigere Variante für die sinnvolle Zuordnung bei außerordentlich beengten räumlichen Verhältnissen gefunden werden konnte.
Die Rekonstruktion innerhalb der vorhandenen Bausubstanz umfaßte folgende Rekonstruktionsmaßnahmen bzw. Einbauten, wobei die Fassade des Hauses unverändert blieb.
Von den Dachtragwerken bis zu den Fundamenten mußten alle Bauteile in die Rekonstruktionsmaßnahmen einbezogen werden. Die bühnentechnischen Anlagen – Ober- und Untermaschinerie – einschließlich der Tragwerke wurden erneuert, der Zuschauerraum neugestaltet und die Personal-, Umkleide-, Pausen- und Arbeitsräume sowie die Werkstätten eingebaut. Ein Chorprobesaal und eine Studiobühne wurden neu geschaffen, sowie eine zweite Probebühne für Studio-Aufführungen den Besuchern erschlossen.
Weiterhin wurde das Haus mit einer neuen Be- und Entlüftungsanlage, einer Teilklimaanlage sowie einer neuen Ölheizungsanlage ausgestattet. Die Starkstromanlagen wurden im gesamten Haus einschließlich der Trafostation mit Hoch- und Niederspannungsschaltanlage in den Erneuerungsprozeß einbezogen. Es erfolgte weiterhin der Einbau einer vollelektrischen Bühnenstellwarte, einer elektroakustischen Anlage mit Regiezentrale, einer Löschwasserversorgung mit Druckerhöhungsanlage, einer Regenvorrichtung für die Bühne und Berieselung des Schutzvorhanges der Schallvorhänge sowie einer automatischen Feuermeldeanlage und einer Fernthermometeranlage.
An Sicherheitsanlagen wurden neu installiert:

- Sicherheitsbeleuchtung
- automatische Feuermeldeanlage

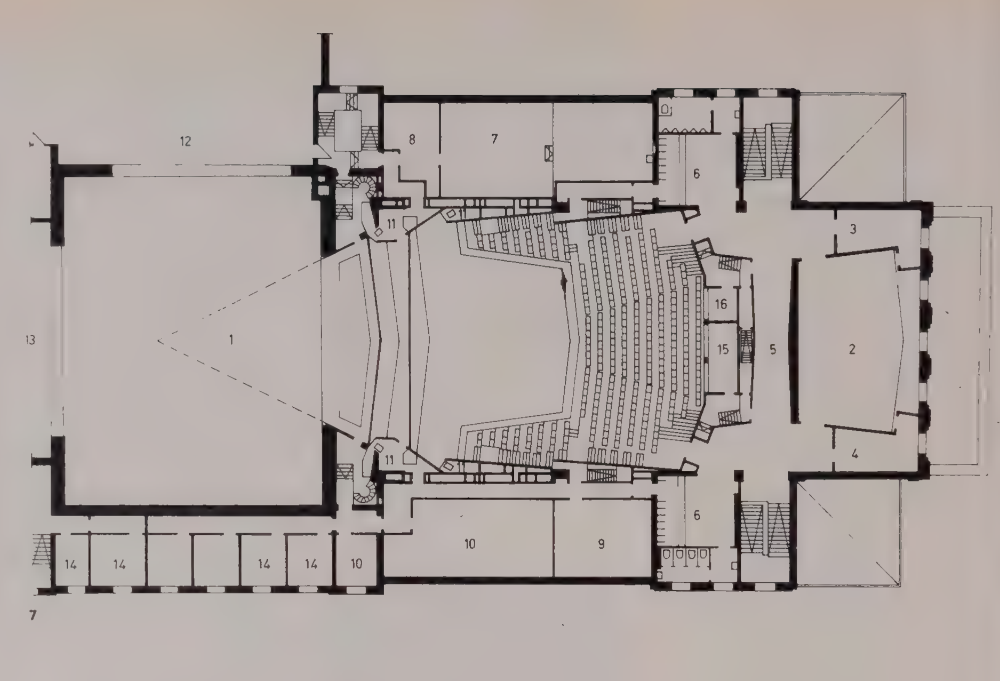
209 Ionisationsmelder, 413 Temperaturmelder, 37 Druckknopfmelder

- Rauchabzüge des Zuschauerraumes, der Bühne, der Seiten- und Hinterbühne, des Kulissenmagazins, der Proben- und weiteren Räume
- automatische Feuerlöschanlagen (Sprinkleranlage) für Dekorationsmagazine und 55 innenliegende Lagerräume
- Löschwasserzuleitung für stationäre Anlagen und mobilen Einsatz der Feuerwehr.

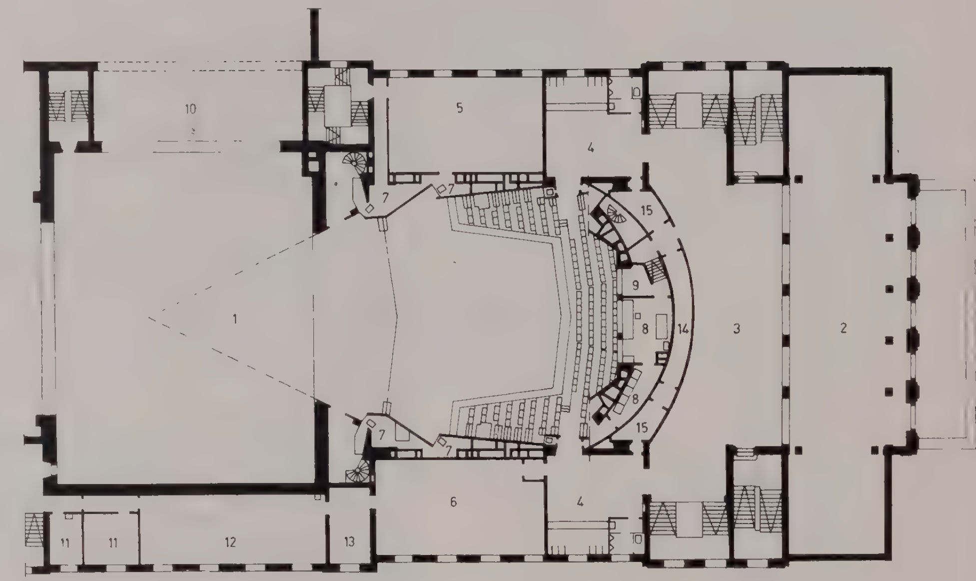
In Erfüllung der sicherheitstechnischen Erfordernisse wurden entsprechend den Bauteilen Brandabschnitte und Sicherheitsschleusen neu eingebaut, so daß das Haus allen heute gültigen sicherheitstechnischen Bestimmungen entspricht.
Ferner wurden neu installiert die Mithöranlagen, akustische Rufanlagen, Bühnenfernsprechanlagen, Lichtsignalanlagen für die Darsteller, Uhrenanlagen, Alarmanlagen, Fernmelde- und Wächterkontrollanlagen, Fernbeobachtungs- und Funksprechanlagen.

Rekonstruktion des Zuschauerraumes

Der größere Reihenabstand im Zuschauerraum verminderte die Platzkapazität von 1083 auf 857 Sitze. Die neue Raumlösung des Zuschauerraumes ermöglichte bauliche Maßnahmen, die technisch und gestalterisch die Anwendung der neuesten Erkenntnisse des Saalbaues, speziell für das Mehrspartentheater (Oper, Operette, Schauspiel) im Rahmen der vorgegebenen Abmessungen, gestatteten. Die funktionelle und technische Lösung für den Zuschauerraum erfolgte unter dem Gesichtspunkt einer vielseitigen Verwendbarkeit für die unterschiedlichen Veranstaltungsarten des Mehrspartentheaters.
Diese Erkenntnisse finden ihren Niederschlag in der Schaffung einer flexibel nutzbaren Vorbühnenzone und in der Konzipierung der theatertechnischen Vorausset-

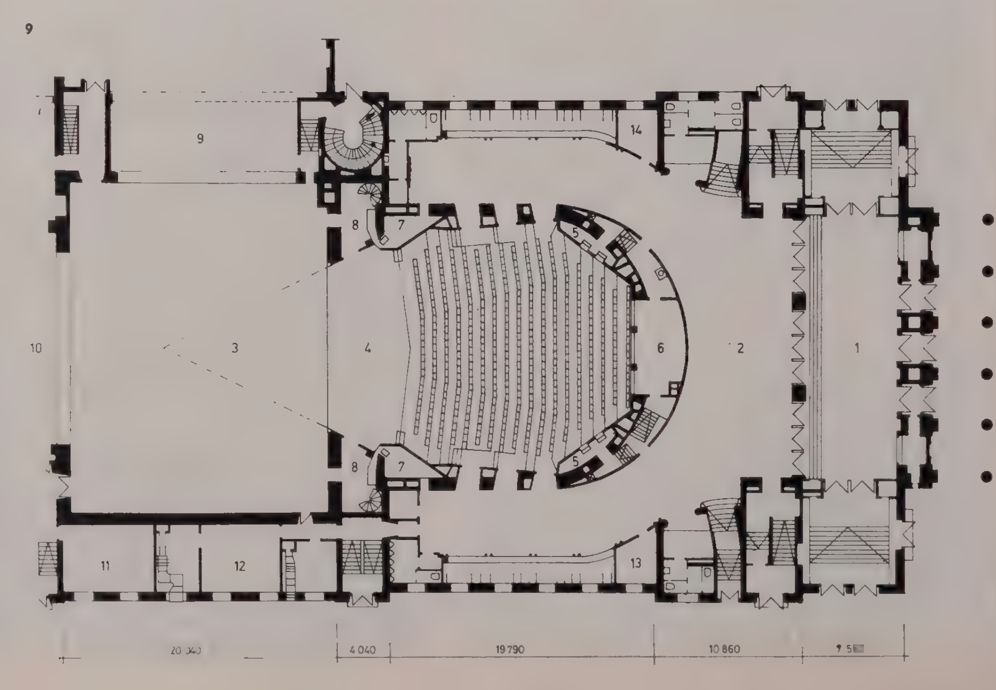


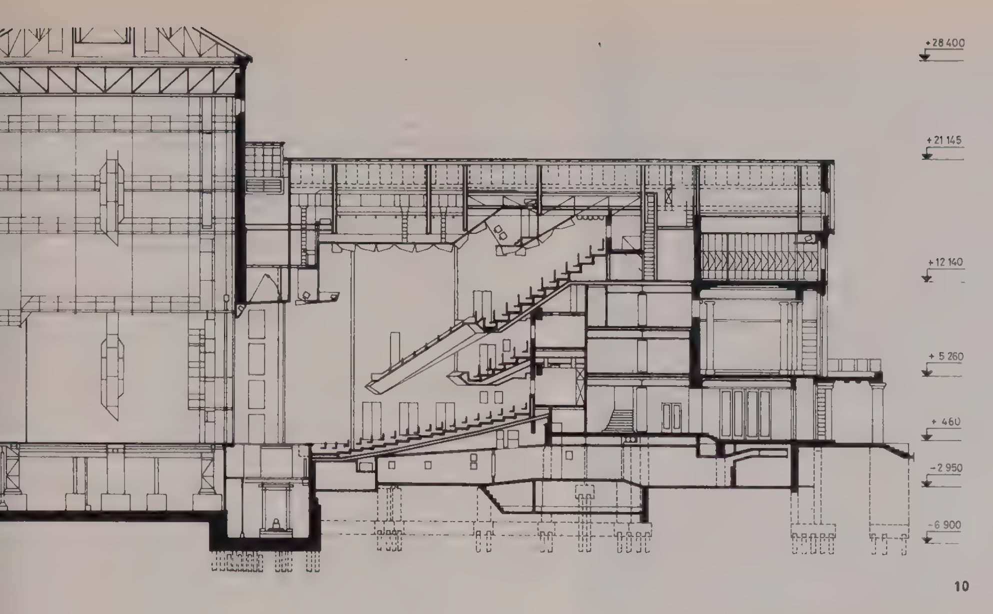
7



8

9





10

zungen für eine flexible Bühnentechnik bei Installation einer vollelektrischen Lichtstellwarte, einer elektroakustischen Anlage, den Räumen für die Regie, Lichtprojektion und Tontechnik. Alle diese technisch notwendigen Räumlichkeiten umgeben den Zuschauerraum in Form eines technischen Ringes. Der Zuschauerraum selbst wurde für die Erschließung der multivalenten Nutzungsfunktionen unter dem Aspekt größter Flexibilität gestalterisch-plastisch durchgeformt. Die Gestaltung des Zuschauerraumes erfolgte unter dem Gesichtspunkt, die räumliche Einheit ablesbar und erlebbar zu machen, so daß die gestalterische Absicht überzeugend zum Ausdruck kommt. Der Zuschauerraum öffnet sich der Darstellungszone und stellt so die erwünschte enge Kontaktform zwischen Darstellenden und Zuschauern her.

Die Zuschauerraumdecke wurde entsprechend dem Strahlenverlauf der geometrischen Raumakustik konzipiert und stellt mit den der Diffusität des Schallfeldes dienenden Strukturelementen das gestalterisch bestimmende Raumelement dar.

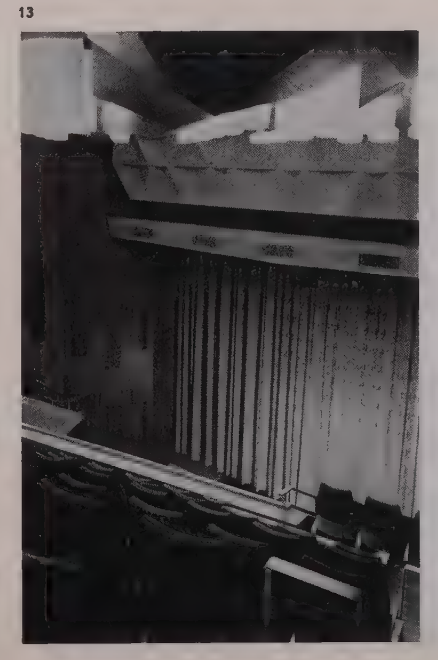
11



12



13



14



7
3. Rang 1 : 500
1 Luftraum Bühne
2 Probebühne, Studio, Foyer
3 Praktikabel, Dekoration, Magazin
4 Künstleraufenthaltsraum
5 Wandelgang
6 Garderobe
7 Rüstkammer
8 Rüstmeisterwerkstatt
9 Werkstatt – Tontechnik
10 Lederwerkstatt, Schuhe
11 Seitenlicht
12 Malsaal
13 Kostümfundus
14 Büro
15 Tonregie
16 Lichtprojektion

8
2. Rang 1 : 500
1 Luftraum Bühne
2 Luftraum Foyer
3 Wandelgang, Foyer
4 Garderobe
5 Probenraum
6 Herrenschneiderei
7 Seitenlicht
8 Lichtstellwarte
9 Lichtprojektion
10 Seitenbühne
11 Gewandmeister
12 Damenschneiderei
13 Schleuse
14 Luftkanal
15 Schranklager

9
Erdgeschoß 1 : 500
1 Kassenhalle
2 Wandelgang
3 Hauptbühne
4 Orchesterversenkung
5 Regieraum
6 Elektroakustikzentrale
7 Seitenlicht
8 Vorbühne
9 Seitenbühne
10 Hinterbühne
11 Konversationsraum
12 Requisiten
13 Schranklager
14 Sanitätsraum

10
Längsschnitt 1 : 500

11
Blick von der Bühne in den Zuschauerraum

12
Blick vom Rang auf Parkett und Bühne

13
Vorderbühnenvorhang

14
Hauptvorhang



15

16



17



Die polygonale Saalform weist eine gute plastische Durchformung auf, wobei gute Sichtkontakte entstanden. Die sich konisch dem Zuschauerraum öffnende Vorbühnenzone unterstützt optisch-visuell den erwünschten Eindruck. Die sich so dem Saalteil öffnende Geschehniszone bewirkt, daß der Saal in seiner Formgebung intim und kontaktbezogen ist. Der Übergang zwischen Zuschauerraum und Bühne wird nicht verwischt, sondern durch bewußt gewählte Materialien noch unterstützt. So wurde die Vorbühnenzone farblich neutral behandelt, während die Holzverkleidung des Zuschauerraumes in räumlicher Einheit mit der Deckenstruktur ihm sein besonderes Gepräge verleiht. Die Vorbühnenzone wird dadurch in Übereinstimmung mit den regielichen Absichten als aktiv nutzbarer Spielbereich erkennbar, dem Darstellerbereich zugeordnet. Die neutrale Gestaltung der Zuschauerraumdecke im Vorbühnenbereich zur Unterstreichung der Wirksamkeit darstellerischer Vorgänge greift in Form des Deckenelementes in den Zuschauerraum über. Dieses Deckenelement hat zugleich akustische Funktion. Die Form des Zuschauerraumes wird von der Strukturdecke akzentuiert. Infolge des gleichmäßig diffusen Schallfeldes, das sich durch die Strukturelemente der Decke ausbreitet, ist die Nachhallzeit relativ unabhängig vom Besetzungszustand des Saales. Die gemessenen Werte der Silbenverständlichkeit liegen zwischen 81 bis 94 Prozent. Sie können als sehr gut bewertet werden. Die Hörsamkeit an allen Plätzen im Zuschauerraum, im Orchesterraum und auf der Bühne weist eine dementsprechend sehr gute akustische Qualität auf.

Zur Gewinnung eines akustisch günstigeren Raumvolumens pro Zuschauerplatz – vor der Rekonstruktion 3,5 m³ je Platz – wurde das Volumen des Zuschauerraumes durch Anheben der Decke und günstigeren Raumzuschnitt auf 5,8 m³ je Platz erhöht.

Folgende prinzipielle Maßnahmen zur Optimierung der raumakustischen Parameter wurden in die Rekonstruktionskonzeption eingearbeitet:

- angemessene Nutzschallversorgung durch reflektierende Seitenflächen, die kurzzeitige Anfangsreflexionen liefern
- Einbau eines Vorbühnenplafonds für deutlichkeitserhöhende Reflexionen, Klangdurchmischung des Orchesters und Erzielung einer angemessenen Balance zwischen Solisten und Orchester
- besondere Ausbildung der Unterrangbereiche zur Schallversorgung der über die Brüstung von der Decke abgeschatteten Sitzplätze durch eine entsprechende Dekkenführung und -struktur
- Beseitigung schädlicher Reflexionen durch Strukturelemente auf Wand- und Brüstungsflächen bei gleichzeitiger diffuser Schallzerstreuung
- Erzielung einer geforderten Nachhallzeit durch akustische Gestaltung der Umfassungskonstruktionen, z. B. Wände als Plattenschwinger zur ausgeglichenen Absorption bei tiefen Frequenzen.

Zur Ermittlung der raumakustischen Maßnahmen im Zuschauerraum wurden ausführliche Modellmessungen nach dem Verfahren des Impuls-Schall-Testes am verkleinerten Modell im Maßstab 1 : 20 durchgeführt. Nach Beendigung der Rekonstruktion wurden diese Messungen im Originalraum wiederholt, wobei sehr gute Übereinstimmung zwischen Modell- und Originalmessung festgestellt werden konnte.

Gestalterisch wurde an die Tradition des Hauses angeknüpft und diese sinnvoll mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen verbunden. Im Zuschauerraum geben das rote Gestühl, die leicht grau getönte Furnierverkleidung aus Rüster im Konnex mit den weißen Strukturelementen und den eingebundenen Lichtträgern in der Decke dem Raum einen festlichen Charakter. Das Parkett des Fußbodens und die weitere optische Behandlung der Details unterstützen diesen Eindruck.

Die Umgänge wurden neutral gestaltet,

um das Foyer, den einzig historisch erhalten gebliebenen Raum, wieder neu entstehen zu lassen und ihm das seinerzeitige festliche Gepräge wieder neu zu verleihen. Das Foyer dient mit seinen beiden Büfettstrecken zugleich der Pausenversorgung.

Rekonstruktion der Bühne

Die Obermaschinerie der Bühne, einschließlich der Tragwerke, des Arbeitsbodens, der Arbeitsgalerie und der Sicherheitsanlagen wurden komplett erneuert.
Die technologische Ausrüstung der Bühne umfaßt jetzt:
- 13 dublierte Handdekorationszüge, Nutzlast 250 kp
- 28 Gleichstrom-Seilwindenzüge, Nutzlast 400 kp
- 4 Rundprospektzüge mit Gleichstrom-Seilwindenantrieben, Nutzlast 600 kp
- 1 Flugwerk, Nutzlast 300 kp
- 1 Punktzugeinrichtung für 6 Punkte, wahlweise auf den gemeinsamen Antrieb aufkoppelbar, Nutzlast 500 kp, Einzellast 250 kp
- 1 Punktzugeinrichtung Vorbühne, wahlweise an 8 festliegenden Punkten einsetzbar und auf den gemeinsamen Antrieb aufkoppelbar

Die Vorhangeinrichtungen umfassen:
- Schutzvorhang Bühne/Zuschauerraum, Schallvorhang Bühne/Seitenbühne sowie Bühne/Hinterbühne mit Drehstrom-Seiltrommelantrieben
- Teilbarer Vorbühnenvorhang, teilbarer Hauptvorhang, vertikal bewegter Vorhang, Deckvorhang alle stufenlos steuerbar
- Schleierzug mit Handantrieb

Die Untermaschinerie mit Drehscheibe, Personenversenkung und Orchesterhebebühne ist generalüberholt bzw. erneuert worden. Die neue Doppelstock-Orchesterhebebühne mit je zwei eingebauten Brücken ermöglicht im Sinne der Flexibilität der Vorbühnenzone bei musikalischen Aufführungen in Höhe der Bühne kleine seitliche Spielflächenerweiterungen.
Die regelbare Bühnenbeleuchtungsanlage ist für 283 Stromkreise ausgelegt. Etwa 1/3 hiervon wurden im Zuschauerraum und 2/3 auf der Bühne installiert. Die vollelektrische Lichtstellwarte mit Thyristor-Lichtstellern maximal belastbar mit 5 kW, mit Lochband-Langzeitspeicher wurde in einem klimatisierten Raum hinter dem 1. Rang mit Vollsicht zur Bühne stationiert.
An Beleuchtungsstationen wurden neu geschaffen:
Zuschauerraum:
- Zuschauerraum-Beleuchtungsbrücke 1, über Orchesterbrüstung, 2, über 2. Rang
- Seitenlicht links, 6 Stationen
- Seitenlicht rechts, 6 Stationen

Bühne:
- Portalbrücke, doppelstöckig
- Horizontalbrücke, doppelstöckig
- Scheinwerferzug über hinterem Bühnendrittel
- Rücklichtstationen
- Seitenlichtstationen von Portalturmpodesten und Arbeitsgalerien

Alle Stationen, außer dem Beleuchtungszug sind begehbar und haben zwei Zugänge. An Beleuchtungsgeräten stehen 450 Scheinwerfer von 200 bis 5000 W zur Verfügung, die auch zusätzlich der Projektion, der Verfolgung und der Erzielung von Effekten dienen. Von der Gesamtsumme der Scheinwerfer sind 220 Niedervoltscheinwerfer und 80 Halogen-Flächenleuchten. Der Anschlußwert insgesamt beträgt etwa 600 Kilowatt.

15
Foyer (1907)
16
Foyer (1975)
17
Foyer 2. Rang
18
Foyer im 3. Rang (1948)
19
Studiobühne
20
Chorprobenraum
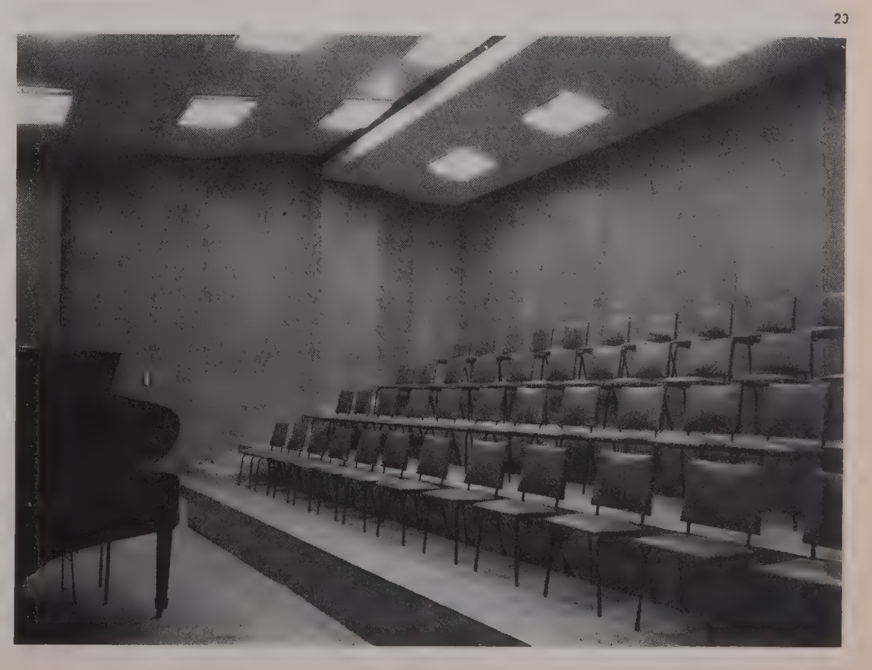


18

19

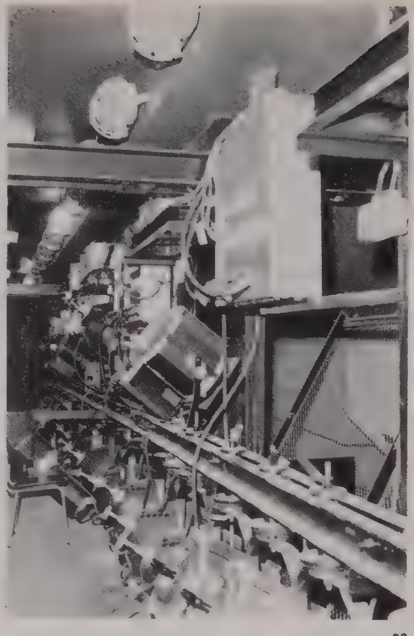


20



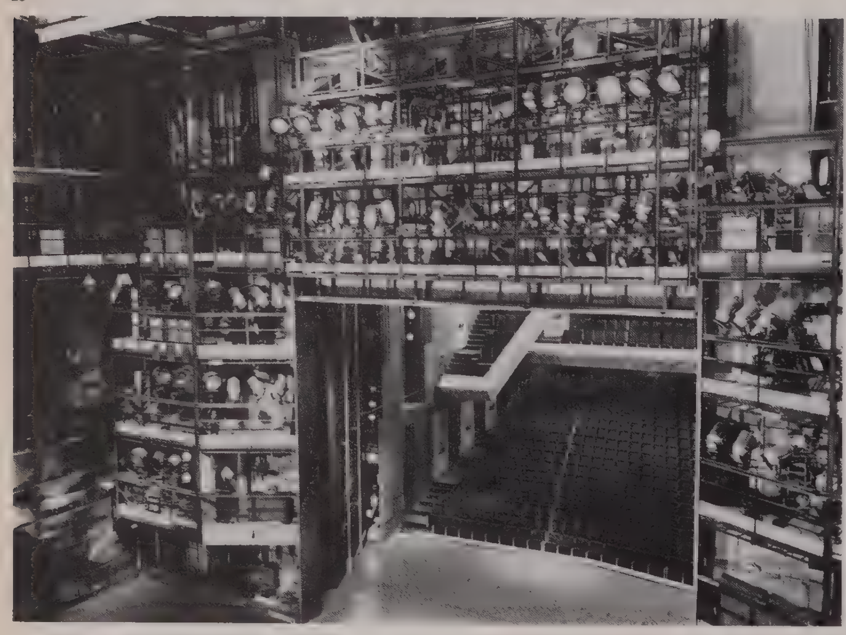


21



22

23



21
Wartungstechnik für Deckenleuchten

22
Zuschauerraumbeleuchtungsbrücke 2 (2. Rang)

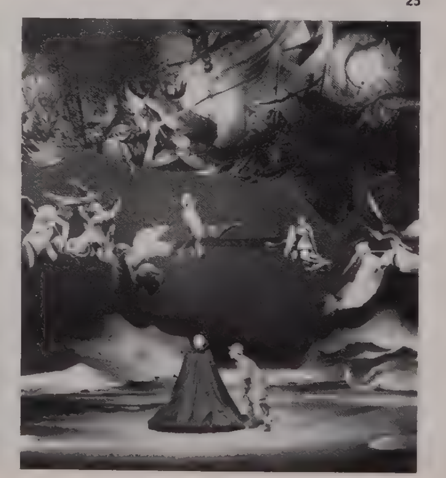
23
Hauptbühne mit Portaltürmen

24
Aufbau einer Dekoration

25
Eröffnungsvorstellung mit der Aufführung von Goethes „Faust"

24

25



Die elektroakustischen Anlagen umfassen:

- Tonregieanlage für Bühne und Zuschauerraum mit einer Zentrale hinter dem 3. Parkett, klimatisiert, und Vollsicht zur Bühne. An Geräten stehen zur Verfügung: Studio-Mischpulte für Mono- und Stereotechnik, Raumkorrektoren, Kontroll-Tonstrahler, Leistungsverstärker und Tonbandmaschinen. Die Mischpulte sind als Moduleinheiten aufgebaut.
Die im Zuschauerraum in Decken und Wänden eingelassenen Lautsprecher ermöglichen einen maximalen Schallpegel bis 100 dB
- Wechselsprechanlagen, Fernbeobachtungsanlage, Schwerhörigenanlage
- Kommandoanlage für Regie und Beleuchtung
- Inspizientenanlage und Funksprechgeräte.

Konstruktion

Besondere Schwierigkeiten bereiteten bei der Rekonstruktion des Hauses die erforderlichen neuen Gründungen, bedingt durch die Lastbildverschiebungen und zusätzlichen Lasten. Das Haus wurde 1906 im Flußbett der „Lotte" auf rund 2000 Holzpfählen von je 14 bis 16 m Länge mit einer Tragkraft von 20 t je Pfahl gegründet. Diese Pfähle stehen im Grundwasser. Im Bereich des Zuschauerraumes – des neuen technischen Ringes – und im Bereich des Kulissenmagazins mußten neue Pfahlgründungen zum Teil durch vorhandene Travertinbänke hindurch gebracht werden.

Ferner mußten die gesamte Stahlskelettkonstruktion des Zuschauerraumes sowie die vorhandenen Dachtragwerke saniert werden. Die Rekonstruktion erfolgte monolithisch unter Verwendung von Stahlbetonfertigteilen.

Zur Wiedereröffnung

In einem Geleitwort zur Wiedereröffnung des Deutschen Nationaltheaters Weimar stellte der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Erich Honecker, 1975 fest:
„Anläßlich der 1000-Jahrfeier der Stadt Weimar wird nach umfassender Rekonstruktion das Haus des Deutschen Nationaltheaters Weimar wieder dem Ensemble und seinen Besuchern übergeben.
Es wurde mit Begeisterung und Einsatzfreude eine große Arbeit geleistet. Dies ist der Ausdruck der engen Verbundenheit der Arbeiterklasse und der am Bau beteiligten Angehörigen der Intelligenz mit ihrem Theater."
In dem Geleitwort heißt es weiter:
„Das Nationaltheater Weimar nimmt in der Geistes- und Kunstgeschichte einen bedeutenden Platz ein. Es hat in vielen Perioden progressiv bei der Popularisierung humanistischen Gedankengutes gewirkt, ist mit seinen Mitteln Unterdrückung und Ungeist entgegengetreten, hat wahrhaft menschliche Werte erschlossen, bewahrt und verbreitet. Hoch ist sein Beitrag bei der geistigen Erneuerung nach der Befreiung vom Faschismus zu werten, nachhaltig sind seine Wirkungen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, bei der geistigen Formung des Menschen unserer sozialistischen Gesellschaft".
Den Prozessen der Projektierung, der Kooperation und der Koordinierung galt in den Abstimmungsrunden mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber und den anderen Gremien, sowie den Koordinierungs- und Leiterberatungen, die turnusmäßig während der gesamten Bauzeit auf der Baustelle durchgeführt wurden, das besondere Augenmerk. Die ständige Anwesenheit der Projektanten während kritischer Realisierungsphasen unterstützten den Baufortschritt. Das große Leistungsvermögen und die außerordentlich hohe Einsatzbereitschaft aller Bauschaffenden ließen das Ziel erreichen, den Eröffnungstermin bei parallel zum Baugeschehen laufenden Bühnenproben in der letzten Bauphase zu sichern.

Rekonstruktion des Stadttheaters (Gewandhaus) in Zwickau

Architekt Dipl.-Ing. Hermann Corneli
Architekt Dipl.-Ing. Jens Ebert
Bauakademie der DDR,
Muster- und Experimentalbüro

Geschichte und Aufgabenstellung

Das heutige Stammhaus des Stadttheaters (Gewandhaus) in Zwickau wurde 1525 als Zunfthaus der Tuchmacher im Zentrum der Stadt Zwickau errichtet.
Im Laufe seiner 450jährigen Geschichte diente das Gewandhaus den Tuchmachern und anderen Handwerkern als Verkaufs- und Lagerraum, als Stadtwache, als Exerzierstätte der Garnison und als Spielstätte für Theatergruppen und Konzerte.
Der erste zweckgebundene Theatereinbau erfolgte im Jahre 1855. Durch eine Reihe von Umbauten im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Kapazität des Zuschauerraumes ständig erhöht, wobei die ursprüngliche bauliche Struktur im Innern weitgehend verändert wurde. 1947 wurden zwei neue Ränge eingezogen; 1953 erfolgte der Neuaufbau und die Modernisierung des Bühnenhauses durch Verlängerung des Gebäudes nach Süden unter stilistischer Wahrung der historischen Fassadengestaltung. 1968 erhielt das Gebäude einen Seitenflügel mit Seitenbühne, Verwaltungs- und Werkstatttrakt.

Projektierung:

Bauakademie der DDR Berlin,
Muster- und Experimentalbüro

Entwurfsverfasser:
Architekt Dipl.-Ing. Hermann Corneli
Architekt Dipl.-Ing. Jens Ebert
Architekt Dipl.-Ing. Klaus Stehr

Mitarbeit Entwurf:
Architekt Dipl.-Ing. Fritz Decker
Architekt Ingenieur Erhard Wotke

Mitarbeit Möblierung und Ausbau:
Dipl.-Formgestalter Jürgen Beidokat
Architekt Ingenieur Hannelore Dinter

Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Manfred Kuntze
Ingenieur Herbert Beyer †

Sanitärtechnik:
Ingenieur Wolfgang Schneider

Elektroanlagen (Publikumsbereich):
Ingenieur Dietrich Pirnack

Bauwirtschaft:
Ingenieur Erich Haase

Raumakustik:
Dipl.-Ing. Hans-Peter Tennhardt

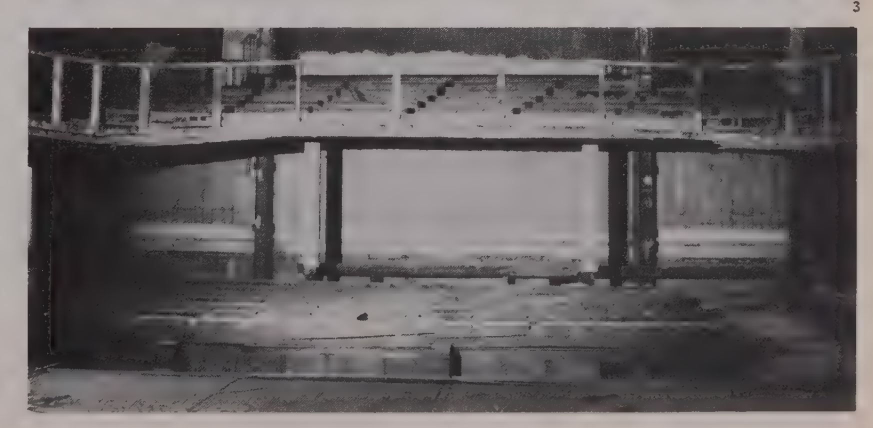
Bühnentechnologie:
Institut für Kulturbauten Berlin

Örtliche Bauleitung:
Dipl.-Ing. Konrad Kalbskopf



1
Das rekonstruierte Stadttheater. Haupteingangsbereich





2|3
Innenraum während der Rekonstruktion

4
Der neugestaltete Haupteingang

5
Blick von der Treppe auf den Haupteingang

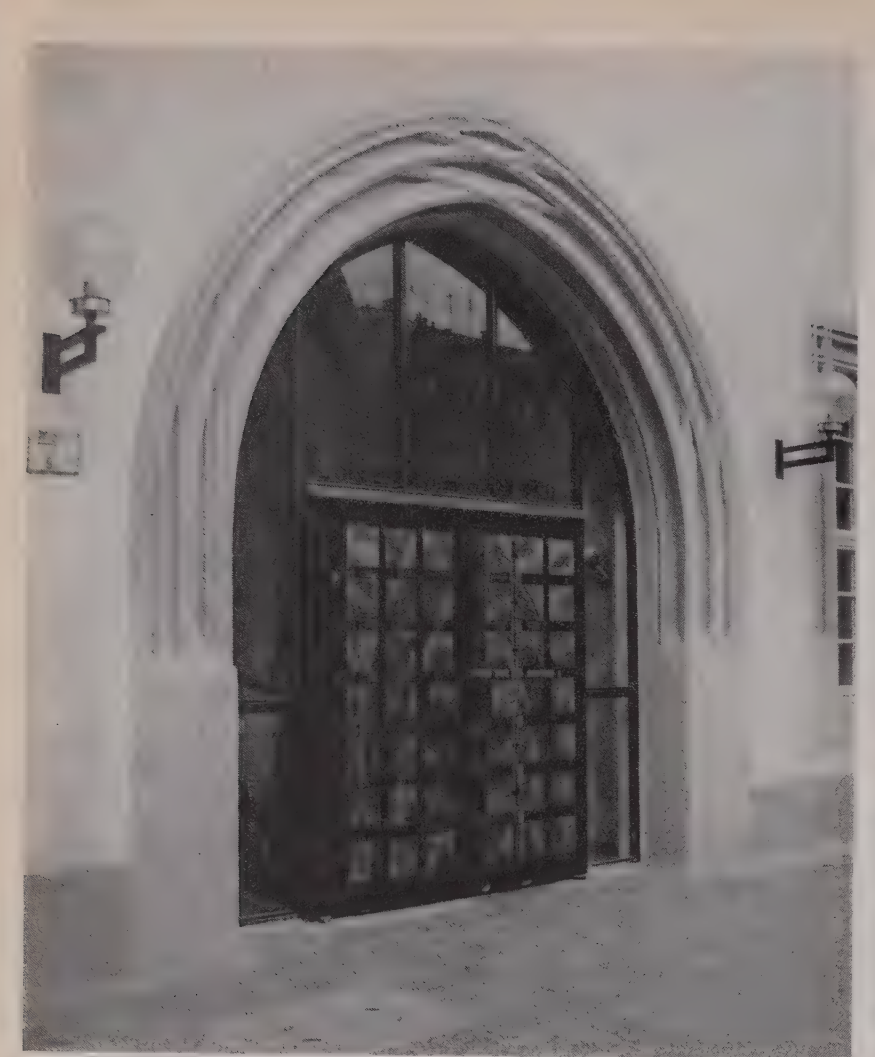
6
Blick von der Bühne auf das Parkett und die Ränge

7
Aufgang zum Obergeschoß

8
Schnitt 1 : 350

9
2. Obergeschoß 1 : 350

1 Garderobe
2 Foyer
3 Regieraum
4 Seitengang
5 Vorbühne
6 Hauptbühne
7 Hinterbühne



4



5

6

Weitgehend unverändert blieb die Dachkonstruktion und besonders die Fassadengestaltung des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes. Baugeschichtlich bedeutend ist vor allem der Renaissancegiebel zum Hauptmarkt hin.

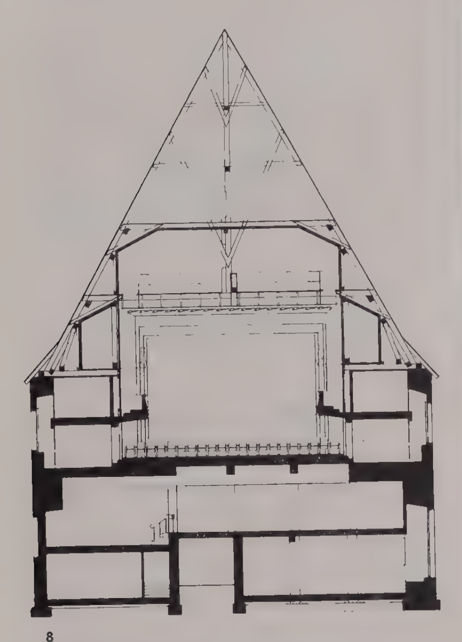
Die vielfältigen Umbaumaßnahmen versetzten insbesondere den Zuschauerbereich des Gewandhauses in einen Zustand, der weder funktionellen noch gestalterischen Mindestanforderungen gerecht werden konnte.

Ziel der in weniger als zwei Jahren durchgeführten Rekonstruktionsmaßnahmen war deshalb:

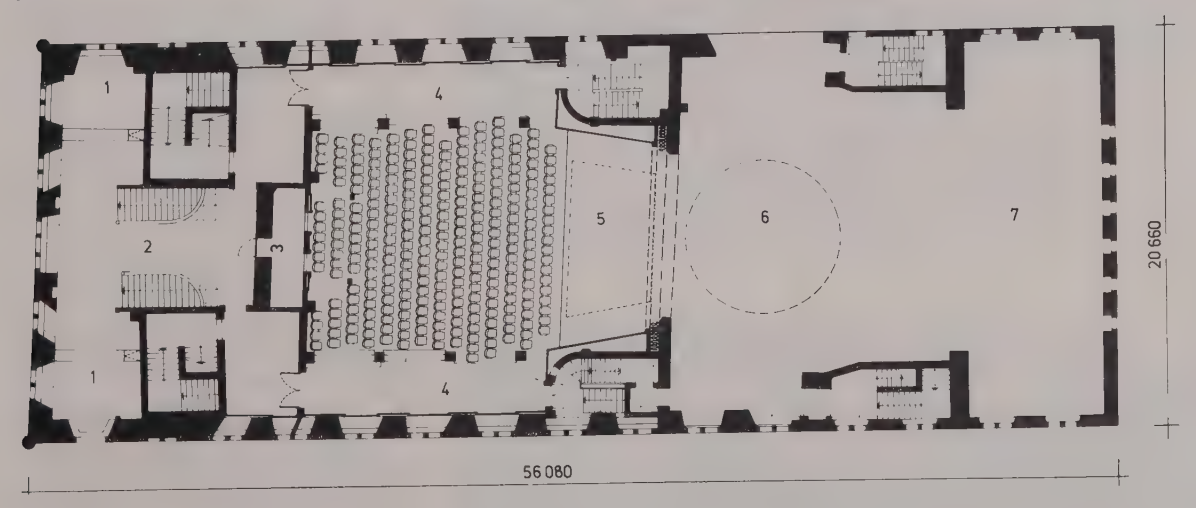
1. Funktionelle Umgestaltung des gesamten Zuschauerbereiches, des Personalbereiches und der technischen Zentralen
2. Erneuerung der Innenausstattung und des Ausbaus
3. Erneuerung der Sanitär- und Lüftungstechnik
4. Rekonstruktion der Bühnen- und Beleuchtungstechnik
5. Sanierung der hölzernen Dachkonstruktion.



7



8



9

Rekonstruktionsmaßnahmen

Nach eingehender Analyse der bestehenden Gebäudestruktur in gestalterischer, funktioneller und konstruktiver Hinsicht ergaben sich nachfolgende Schwerpunktaufgaben der Rekonstruktion, die alle weiteren Maßnahmen beeinflußten:

- Verbesserung der saalakustischen, visuellen und Lüftungsbedingungen durch Erhöhung der Luftraumquote je Person bei gleichzeitiger Reduzierung der Gesamtplatzzahl, durch Verbreiterung der Orchestergrabenöffnung und durch völlige Veränderung der seitlichen und oberen Saalbegrenzung
- Funktionelle Neuordnung und Vergrößerung des Publikumsbereiches, insbesondere Schaffung einer Kassenhalle und eines Raucherfoyers, die Dezentralisierung der Garderobenanlagen, Vergrößerung des Imbißraumes und der Sanitäranlagen
- Anordnung einer Lüftungszentrale mit Teilklimatisierung sowie einer großen Elektroschaltzentrale im Untergeschoß mit dabei notwendiger Fußbodenabsenkung um rund einen Meter. Funktionelle Neuordnung des gesamten Untergeschoßbereiches
- Einbau einer Zuschauerraum-Beleuchtungsbrücke im mittleren Saalbereich sowie von Schalträumen beiderseits der Vorbühne
- Rekonstruktion der Bühnentechnologie (wurde durch das Institut für Kulturbauten, Berlin, vorgenommen).



10

10
Eingangsbereich im Erdgeschoß

11
Foyerbereich im 2. Obergeschoß

12|13
Pausenbereiche im 1. Obergeschoß

14
Ausschnitt aus dem Zuschauerraum

11



Der Haupteingang für das Publikum liegt im Erdgeschoß an der Stirnseite des Gebäudes zum Hauptmarkt hin. Beiderseits vom Eingang wurden eine Kassenhalle und das Raucherfoyer neu angeordnet. Mittels transparenter Glaswände korrespondieren diese Räume miteinander und mit dem durch ein vorhandenes Kreuzrippengewölbe überdeckten Eingangsbereich.

Über eine repräsentative Haupttreppe erreicht man das erste Obergeschoß, in dem sich der großzügig gestaltete Imbißraum sowie die Publikums-WC-Anlagen befinden. Der Imbißraum wurde durch große Glasaluminiumflächen in die Gesamtgestaltung integriert. Über vier Treppenläufe erreicht man das Hauptfoyer im zweiten Obergeschoß, dem die Saalparkettzugänge sowie die zwei Hauptgarderoben für das Parkett zugeordnet sind. Die notwendigen Garderobenkapazitäten wurden dezentral an den jeweiligen Erschließungsebenen zum Saal hin angeordnet, da die vorhandenen Raumeinheiten eine große Zentralgarderobe nicht zuließen. Das Hauptfoyer wurde durch eine Spiegelwand an der Stirnfläche optisch geweitet. Beiderseits dieser Spiegelfläche wird das Parkett erschlossen.

Der Saal wurde völlig umgestaltet. Der Parkettbelag wurde erneuert, das Gestühl aufgearbeitet und der Reihenabstand auf rund 90 cm vergrößert. Die Seitenwände erhielten eine Furnierplattenverkleidung, der zur Vergrößerung des Nachhallraumes im Bereich des zweiten Ranges akustisch transparent ausgebildet wurde. Aus gleichen Gründen wurde auch ein Teil der neuen Saaldecke transparent ausgebildet. Der darüberliegende Dachraum wurde eingehaust und somit der Saalkubatur hinzugefügt. Damit wurde eine Luftraumquote je Platz von 6,9 m^3 (gegenüber 4,7 m^3 vorher) erreicht.

Einfluß auf die Raumakustik bei musikalischen Darbietungen hatte die Verbreiterung des Orchestergrabens um 1,30 m zum Zuschauerraum hin. Damit war eine relativ gleichmäßige akustische Versorgung aller Saalbereiche garantiert. Gegenüber den furnierten und vertikal betonten Seitenwänden des Saales heben sich die beiden neugestalteten hellen Horizontalbänder der Ränge vorteilhaft ab und vermitteln farblich zu der weißen, transparenten Saaldecke. Durch den Einbau der Zuschauerraumbeleuchtungsbrücke ergab sich eine Unterteilung in zwei Deckenebenen, die jeweils leicht schräg verlaufen. Die Struktur der Decke wurde aus einheitlichen, abgekanteten und einbrennlackierten Blechelementen gebildet. 16 rosettenförmige Beleuchtungskörper sind zu Vierergruppen zusammengefaßt in die Deckenfläche einbezogen. Der vorgezogene erste Rang und der kleinere zweite Rang sind jeweils über zwei seitliche Treppenhäuser zu erreichen.

In unmittelbarer Nähe der Zugänge befinden sich jeweils die Garderoben. In der Höhe des zweiten Ranges wurde ein weiterer kleiner Foyerraum angeordnet. Außer der bereits vorhandenen Tonloge wurde an der Saalrückwand ein Regieraum vorgesehen.

Um eine gestalterische Einheit aller Publikumsbereiche zu erzielen, wurde auf ein klares Ausbau- und Ausstattungssystem sowie auf eine abgestufte Farbgebung Wert gelegt. Sämtliche Foyer- und Verkehrsflächen sowie der Imbißraum erhielten einen einheitlichen roten Teppichbelag. Die hell gestrichenen Wände und Decken kontrastieren zu den furnierverkleideten Wandflächen des Saales und der Seiten-

gänge. Bereits nach der Erarbeitung der Grundsatzentscheidung wurde für das gesamte Haus eine Konzeption „Bildende Kunst“ erarbeitet und beraten. Zu Ehren der 450. Wiederkehr des Großen Deutschen Bauernkrieges sowie zur Erinnerung an das Wirken Thomas Münzers in Zwickau, schuf der Werdauer Künstler Werner Lanzendorf eine Kupferätz-Wandgestaltung über dieses historisch bedeutsame Ereignis. Vom gleichen Künstler wurde auch ein farbiges Glasfenster gestaltet. Zum Gedenken an das Wirken der Karoline Neuber („Die Neuberin“) in Zwickau schuf der Bildhauer Frank Dietrich eine Porträtplastik, die in Blickbeziehung zum Haupteingang aufgestellt wurde.

Projektierung und Bauablauf

Die Projektierung und Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen erfolgte in zwei Phasen. Phase 1: Abriß- und Hochbaumaßnahmen im Erdgeschoß und ersten Obergeschoß. Phase 2: Abriß- und Rohbaumaßnahmen im zweiten und vierten Obergeschoß, Sanierung und Teilausbau der Dachgeschosse sowie Ausbau des Publikumsbereiches.

Auf Grund der erst mit Beginn der Bauausführung möglichen konstruktiven Detailuntersuchungen sowie des Fehlens konstruktiver Bestandsunterlagen wurde weitgehend eine gleitende Projektierung erforderlich.

Vielfach bedurfte es unmittelbar örtlicher Festlegungen. Die Einhaltung der in den geltenden Bestimmungen formulierten Forderungen war angesichts der Kompliziertheit der vorhandenen Substanz schwierig, teilweise mußten Abweichungen durch Schaffung von Äquivalenten ermöglicht werden.

Da bereits frühere Umbauten das konstruktive Gefüge des Hauses erheblich beeinträchtigt hatten, waren wesentliche weitere Änderungen ohne Gefährdung der konstruktiven Zusammenhänge nur begrenzt möglich; es mußten im Gegenteil Maßnahmen zur Behebung von vorhandenen Schäden getroffen werden (Sanierung des Dachtragwerkes, Erneuerung und Abfangung von Decken, Gewölbesicherung, Maßnahmen gegen Erdfeuchtigkeit, Sicherung des Parkettragwerkes usw.).

Die im Rahmen der Rekonstruktion notwendige Eintragung von Lasten und konstruktive Anbindungen wurden in die Sanierung einbezogen.

Schwerwiegende Probleme ergaben sich aus den in den Vorschriften und Bestimmungen zum bautechnischen Brandschutz resultierenden Forderungen. Vor der Rekonstruktion entsprach das Gebäude in kaum einer Hinsicht diesen Forderungen.

Eine vollständige Erfüllung dieser Bedingungen war nicht möglich. In Abstimmung mit den entsprechenden staatlichen Stellen wurden Maßnahmen erarbeitet, durch die ein vertretbarer Zustand erreicht wurde.

Große Schwierigkeiten verursachte der Einbau vor der Rekonstruktion nicht vorhandener bzw. der Ersatz überalterter technischer Versorgungseinrichtungen (Be- und Entlüftung, Klimatisierung, Heizung, Sanitärinstallation, Feuerlöscheinrichtungen, Elektroanlagen).

Die notwendige Erhaltung vorhandener Rohbaukonstruktionen setzte von vornherein der gestalterischen und funktionellen Durchdringung Grenzen. Die erreichte positive Lösung ist das Ergebnis einer intensiven und variablen Zusammenarbeit aller an der Projektierung und Ausführung Beteiligten.



12

13



14





1

Planungsgrundlagen und Möbelentwicklungen für Einrichtung und Ausbau von Erholungsheimen des FDGB

Innenarchitekt Günter Heubach, BdA DDR
Leiter der Abteilung Projektierung im
VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen

Zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurde dem FDGB die Aufgabe übertragen, die Möglichkeiten für die Erholung der Werktätigen quantitativ und qualitativ zu erweitern. Die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Raumgestaltung erforderten durch ihren gestiegenen Umfang und die erwartete hohe Qualität eine umsichtige Investitionsvorbereitung.

Das Neue war folglich nicht durch eine Addition gebräuchlicher Werte zu erreichen. Das inhaltliche Wie einer neuen Qualität der Erholung mit seinen kulturpolitischen, psychologischen und hygienischen Aspekten war das eigentliche Problem, das unter Berücksichtigung der vielseitigen ökonomischen Zusammenhänge gelöst werden mußte.

Die Abteilung Feriendienst des FDGB hat für die ersten Investitionsmaßnahmen diese Probleme durch eigene Arbeitsgruppen in enger Verbindung mit dem Hauptauftragnehmer für den Innenausbau und die Einrichtung, dem VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen, gelöst.

Zur industriellen Produktion der erforderlichen Einrichtungselemente mußten kurzfristig die entsprechenden Planungsgrundlagen geschaffen und Entwicklungsaufgaben gelöst werden. Diese Aufgaben wurden daraufhin durch die Projektierungskräfte zusätzlich übernommen. Zur rationellen Bearbeitung wurden drei Projektierungskollektive mit unterschiedlichen Vertiefungseinrichtungen gebildet. Der VEB Innenprojekt als Ausbildungsbetrieb der Fachschule für angewandte Kunst Heiligendamm, Abteilung Innenarchitektur, nutzte dabei die Kapazität von neun Studenten im einjährigen Praktikum zur Erarbeitung von Planungsgrundlagen. Diese Planungsgrundlagen liegen als vorwiegend „studentische Arbeiten" vor, bedürfen jedoch noch einer weiteren Bearbeitung, um volle Allgemeingültigkeit zu erreichen. Sie beinhalten zusammengefaßt die folgenden Aussagen.

Allgemeine gesellschaftliche Anforderungen an ein Erholungsheim des FDGB im Mittelgebirge

Erholungseinrichtungen sollen dazu beitragen, die sozialistische Lebensweise und die Gesundheit der Werktätigen zu fördern, ihre Lebensfreude und das Leistungsvermögen zu erhöhen. Dazu gilt es, den vielfältiger werdenden Freizeitinteressen der Urlauber, insbesondere hinsichtlich der geistig-kulturellen, der sport-touristischen und ästhetischen Ansprüche, gerecht zu werden. Der Erholungsaufenthalt im Ferienheim soll die Persönlichkeitsentwicklung fördern und einen hohen Erholungswert beinhalten. Im gesellschaftlichen Beisammensein, bei Spiel und Sport sollen sich die physischen und geistigen Kräfte voll entfalten können.

Der Urlauber möchte aus einem vielfältigen Angebot seine Freizeitbeschäftigung selbst auswählen können. Er will nicht bevormundet werden, sondern erwartet eine Hinführung bzw. Stimulierung zu den verschiedensten Urlaubsbeschäftigungen. Ein wichtiger Faktor bei der Urlaubsgestaltung ist das Bedürfnis nach gemeinsamer Familienerholung. Besonders den Erholungswert des Urlaubs für kinderreiche Familien zu erhöhen, bedarf durchdachter funktioneller Gegebenheiten. Die Erwartungen der Eltern und die der Kinder sind differenziert und haben in ihrer ganzen Vielschichtigkeit Berechtigung.

Auch die Mitarbeiter und die Leitung eines Erholungsheimes haben Forderungen an ihre Arbeitsumwelt. Das Heim muß in zweckmäßige Funktionsbereiche gegliedert sein, richtige Verflechtungsbeziehungen aufweisen, auf deren Grundlage die Arbeitsprozesse sinnvoll und rationell gestaltet werden können, um damit ein hohes Niveau der Betreuung der Urlauber zu sichern. Der Einsatz von pflegeleichten Materialien und neuester Technik zur Arbeitsverringerung und -erleichterung muß erfolgen. Die Schutzgüteanforderungen müssen erfüllt werden. Die Forderungen des Investitionsauftraggebers, schnell, in guter Qualität und mit geringeren Kosten zu bauen, müssen mit der Aufgabe der bauausführenden Betriebe, effektiv und rationell zu bauen, im Einklang stehen.

Die vorliegenden Planungsgrundlagen enthalten dazu Aussagen über wirtschaftliche Betriebsgrößen, Raumzuordnungsprinzipien und Raumbedarf.

Bereich Eingangs- und Empfangshallen

Die Anforderungen an diesen Funktionsbereich sind unterschiedlich. Sie werden bestimmt durch die Größe des Erholungsheimes, seine territoriale Einordnung, durch das Verhältnis zu den örtlichen Dienstleistungs- und Versorgungsbereichen und zu dem materiellen und kulturellen Angebot in anderen Funktionszonen des Hauses.

In den Planungsgrundlagen sind für diesen Bereich unter anderem Aussagen zu den Forderungen an den Eingangs- und Empfangsbereich vom Urlauber, Auftragge-

8 Schreibplätze
11 Leseplätze

A-1. B-1. B-4.

19 Pl. 21 Pl. 21 Pl.

Schreib- und Lesezimmer [A]

Musikzimmer-aktiv [B]

A-2. B-2. B-3.

17 Pl. 21 Pl. 21 Pl.

11 Leseplätze
6 Schreibplätze

Grundmöblierung

2

An der Vorbereitung und Ausarbeitung der Möbelentwicklung und der Planungsgrundlagen waren beteiligt:

Innenarchitekt BdA/DDR Günter Heubach
Leiter Abteilung Projektierung
Innenarchitekt BdA/DDR Hannelore Grimm
Gruppenleiter Projektierung
Innenarchitekt BdA/DDR Cordula Heubach
Gruppenleiter Projektierung
Innenarchitekt BdA/DDR Lotte Mink
Gruppenleiter Projektierung
Bauingenieur Innenarchitekt BdA/DDR
Jochen Müller
Gruppenleiter Projektierung
Innenarchitekt BdA/DDR
Karl-Heinz Mutschmann
Dozent, FAK Heiligendamm
Studentenkollektiv der FAK Heiligendamm
Ausbildungsbetrieb VEB Innenprojekt Halle,
Betriebsteil Meiningen:
Brigitte Arnold
Christoph Arnold
Marita Bergmann
Gerd Grimm
Brigitte Großkopf
Martina Lehmann
Eberhard Nerdich
Dorothea Weisheit
Helga Neumann

1
Modell der Ausstattung eines Zimmers mit Teilen des neuentwickelten Möbelprogramms

2
Funktionsvarianten für Schreib-, Lese- und Musikzimmer

3
Ausstattungsbeispiel Schreib- und Leseraum

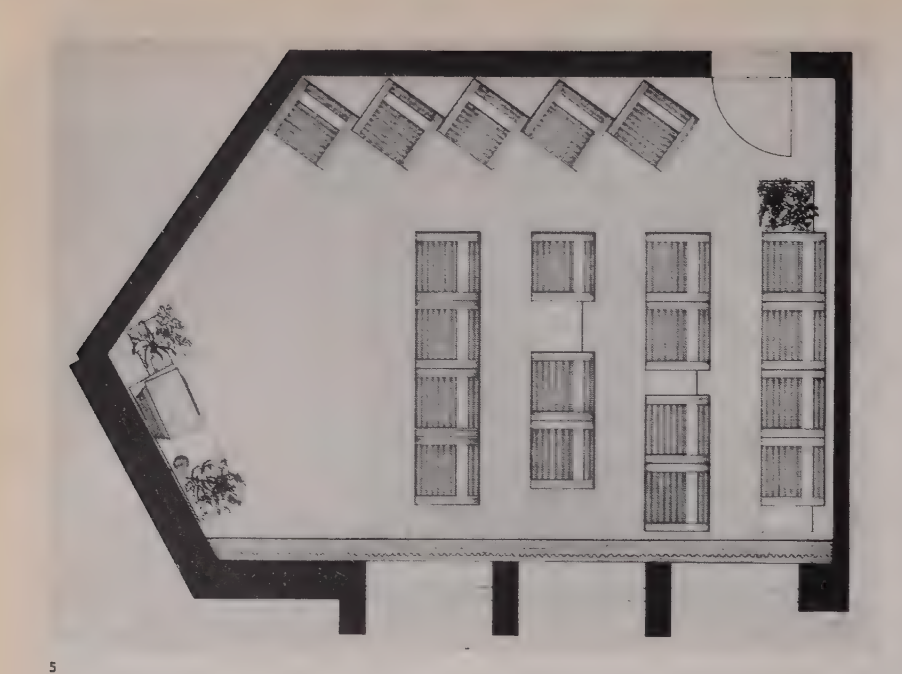
4
Ausstattungsbeispiel Musikraum



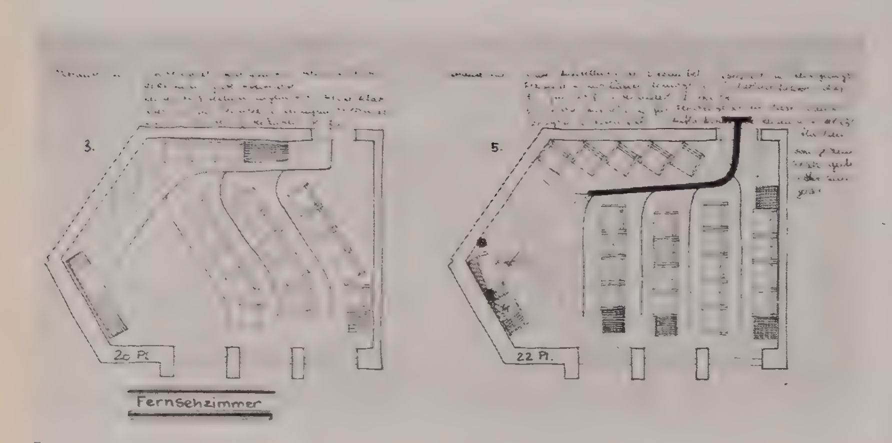
3



4

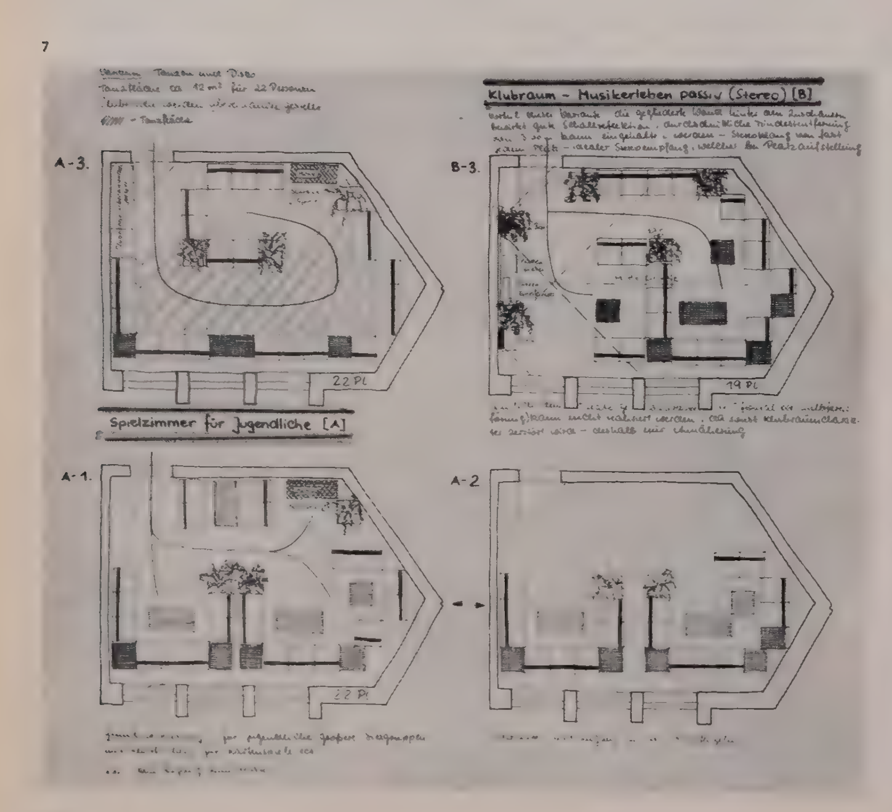


5



6

7



ber und vom Personal, eine Zusammenstellung aller Dienstleistungen, die im Eingangs- und Empfangsbereich realisiert werden, die Beschreibung der Hauptfunktionen, der Flächenbedarfsermittlungen und ökonomische Vergleichswerte enthalten. Sie umfassen ferner bautechnische und ausbautechnische Anforderungen. Hinweise zur Ausstattung und Einrichtung des Bereiches, Funktionsmaße und Anforderungen an Material und Oberfläche sowie Funktionsschemata und Funktionsbeispiele.

Beschäftigungsbereich

Die Qualität der Erholung ist unter anderem abhängig vom Reiz der umgebenden Landschaft, von seiner wetterabhängigen Erlebbarkeit und damit auch von den im Haus vorhandenen Beschäftigungsbereichen.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten im Haus kann man auf drei Grundbereiche aufgliedern: den Klubbereich, den Kinderspielbereich und den Sportbereich.

Es war ein Anliegen der Verfasser, durch eine Urlauberbefragung und Konsultation erfahrener Mitarbeiter und Heimleiter – unter Beachtung pädagogischer und psychologischer Gesichtspunkte – alle realen Beschäftigungsmöglichkeiten zu erkennen.

Es wurde festgestellt, daß besonders die aktiven Beschäftigungen eine nähere Betrachtung verdienen. Alle sportlichen Betätigungen, das aktive Musikerlebnis, das Malen, Basteln, Drechseln oder das Erlebnis, selbst auf einer Drehscheibe Ton zu verformen, machen einfach Spaß, sind anregend und entsprechen den Wünschen vieler Urlauber.

Die Planungsgrundlagen machen dazu Aussagen über mögliche Funktionsbereiche, erforderliche Kapazitäten, Einordnung in die Funktion des Hauses, Funktionsschemata, bautechnische und anbautechnische Forderungen, Möbel und Gerätebedarf, Funktionsbeziehungen innerhalb eines Raumes, Funktionsmaße, Anforderungen an Material und Oberfläche, TGL und Schutzgüteanforderungen.

Materieller Versorgungsbereich

Die Speiseräume und gastronomischen Versorgungsbereiche haben in der Regel als Mehrzweckräume verschiedene Funktionen zu erfüllen. Der Speisesaal findet oft in der Gaststätte seine Erweiterung. Neben seiner Hauptfunktion als Raum zum Einnehmen der Mahlzeiten dient er zur Durchführung von Heimabenden. Tanzveranstaltungen, Modenschauen, Konzerten, Kulturveranstaltungen.

Diese Mehrfachnutzung führt zu funktionellen und gestalterischen Verflechtungen, die das Ergebnis beeinflussen. In den Planungsgrundlagen sind diese Funktionsüberlagerungen Ausgangspunkt zur Untersuchung der verschiedenen Funktionsbereiche. Die Kapazitäts- und Größenbestimmungen sowie die technologischen Prinzipien der Funktionen sind dargelegt. Die Forderungen an die bauseitige Hülle, die Ausstattung und Einrichtung sowie an das Material, die Oberflächen und die Farbkompositionen wurden gestellt. Funktionsmaße, Konstruktionsprinzipien und Schutzgüteforderungen ergänzen den Komplex.

Die Erwartungen der Urlaubsgäste an die Gestaltung und das Milieu der gastronomischen Erlebnisbereiche fordern vom Gestalter Phantasie und einen feinfühligen, sicheren ästhetischen Standpunkt, wenn man nicht aus „Thüringelei" aus dem Wirtsraum einen „Schmarren" machen will.

Selbstverständlich erwarten die Gäste für die „besondere Zeit" ihres Urlaubs besondere Stimulanzen. Feine städtische Restaurationsetablissements verhelfen nicht zu ungezwungener Fröhlichkeit. Der Urlauber wünscht sich mehr Ursprünglichkeit, etikettenfreien Kontakt, eine Fortsetzung der Landschaft im Raum mit anderen Mitteln und einem humorigen Wirt.

Beherbergungsbereich

Dieser Bereich der Planungsgrundlagen wurde nach den gleichen Gesichtspunkten wie die anderen Funktionseinheiten untersucht. Da die Güte des Bettenzimmers in hohem Maße den Gesamtwert des Urlaubes beeinflußt, den größten Anteil an der Investitionssumme ausmacht und die Kapazität eines Erholungsheimes bestimmt, wurde und wird durch den VEB Innenprojekt dieser Komplex ständig weiterqualifiziert. Als solide Grundlage für erfolgversprechende Überlegungen wurden umfangreiche Befragungen von Urlaubern, von Heimleitern und besonders vom Pflegepersonal durchgeführt. Die periodischen Arbeitsgänge zur Raumpflege wurden untersucht und vom Zeitaufwand gemessen. Die erforderlichen Handhabungen der Gäste vom ersten Betreten des Raumes bis zur Abreise wurden mit ihren Konsequenzen für die Einrichtung bedacht. Die Ermittlungen wurden in Alt- und Neubauten des FDGB-Feriendienstes durchgeführt. Alle Bettenzimmer waren mit Hoteltypenmöbeln ausgestattet. Die festgestellten Werte beziehen sich auf einen sieben- bis vierzehntägigen Winterurlaub im Mittelgebirge.

Bei aller Relativität des Ergebnisses der Urlauberbefragung gab es bestimmte Hinweise für künftige Entwicklungen:

- 54 % haben nicht genug Schrankraum
- 74 % fordern ein Sicherheitsfach im Schrank
- 70 % bringen ihre Koffer auf dem Schrank unter
- 100 % fordern eine Tagesgarderobe
- 66 % wünschen sich einteilige, 34 % dreiteilige Federkernmatratzen
- 72 % halten eine Ablage statt Nachttisch für ausreichend
- 58 % bevorzugen Ehebettstellung
- 82 % wünschen eine optische Trennung zwischen dem Schlafbereich der Eltern und der Kinder
- 88 % halten die künstlichen Lichtverhältnisse für ungenügend
- 68 % wünschen sich Bilder im Zimmer
- 76 % bevorzugen Spannteppich im Zimmer
- 78 % sind für eine kräftige Farbgebung.

Die Ermittlung des Platzbedarfes der mitgebrachten Utensilien ergab folgende Werte:

	Damen	Herren
Hängende Kleidung	475 mm Kleiderstange	400 mm Kleiderstange
Liegende Kleidung		
— Wäsche	87 660 cm³	64 300 cm³
— Schuhwerk	71 200 cm³	46 860 cm³
Reisegepäck		
— Koffer, Taschen	90 000 cm³	78 000 cm³
— Sonstiges	7 300 cm³	11 800 cm³

Die Konsultationen mit dem Pflegepersonal und den Heimleitungen waren ebenfalls aufschlußreich. Besonders wesentlich erscheinen folgende Erkenntnisse: Durch einen dicht abschließenden Sockel des Bettenelementes und der Behältnismöbel kann der Pflegeaufwand gesenkt werden. Alle



8



9

10



5
Ausstattungsbeispiel Fernsehraum

6
Funktionsvarianten Fernsehzimmer (Ausschnitt)

7
Funktionsvarianten Spielzimmer und Klubraum (Ausschnitt)

8
Alchimistenkeller im FDGB-Heim Oberhof

9
Speisesaal im FDGB-Heim Oberwiesenthal

10
Bar im FDGB-Heim Oberwiesenthal

BETTEN (B) AUFBETTUNGSLIEGE (L)	BETT B1 L 1900 B 800 H 220 OHNE MATRATZE	BETT B2 L 1900 B 900 H 220 OHNE MATRATZE	BETT B3 L 2000 B 900 H 220 OHNE MATRATZE	AUFBETTUNGSLIEGE L1 L 1900 B 800 H 750	NACHTSCHRANK (N)	NACHTSCHRANK N1 B 450 T 340 H 400	ABLAGEELEMENT (BETTSTIRNSEITE) N2 B 200 T 818 H 650	ABLAGEELEMENT (BETTSTIRNSEITE) N3 B 200 T 918 H 650
BETTERGÄNZUNGSELEMENTE (P)	KOPFPLATTE P1.1 L 818 S 18 H 570	KOPFPLATTE P1.2 L 918 S 18 H 570	VERLÄNGERTE KOPFPLATTE P2.1 L 1268 S 18 H 570	VERLÄNGERTE KOPFPLATTE P2.2 L 1368 S 18 H 570	SEITENPLATTE P3.1 L 1900 S 18 H 570	SEITENPLATTE P3.2 L 2000 S 18 H 570	FUSSPLATTE P4.1 L 818 S 18 H 420	FUSSPLATTE P4.2 L 918 S 18 H 420
BETTERGÄNZUNGSELEMENTE (P)	WANDPLATTE FÜR S 3.2+ S 4.2 P5.1 L 600 S 16 H 570	WANDPLATTE FÜR S 1.2+ S 2.2 P5.2 L S 18 H 570	REGALE (R)	AUFSATZREGAL AUF A R1.1 B 1020 T 270 H 1190	AUFSATZREGAL MIT TÜREN R1.2 B 1020 T 288 H 1190	WANDBORDE (W)	WANDBORD W1 B 1020 T 180 H 250	WANDBORD W2 B 600 T 180 H 250
GARDEROBESCHRÄNKE (S)	WÄSCHEKLEIDERSCHRANK S1.1 B 1020 T 470 H 1440	WÄSCHEKLEIDERSCHRANK S2.1 B 1020 T 600 H 1440	KLEIDERSCHRANK S3.1 B 600 T 470 H 1440	KLEIDERSCHRANK S4.1 B 600 T 600 H 1440	UNTER- O. AUFSATZELEMENT FÜR S1.1 S1.2 B 1020 T 452 H 320	UNTER- O. AUFSATZELEMENT FÜR S2.1 S2.2 B 1020 T 582 H 320	UNTER- O. AUFSATZELEMENT FÜR S3.1 S3.2 B 600 T 452 H 320	UNTER- O. AUFSATZELEMENT FÜR S4.1 S4.2 B 600 T 582 H 320
AUFSATZSCHRÄNKE (A)	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A1.1 B 1020 T 470 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A1.2 B 1020 T 600 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A2.1 B 1020 T 452 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A2.2 B 1020 T 582 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A3.1 B 600 T 470 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A3.2 B 600 T 600 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A4.1 B 600 T 452 H 570	BEISTELL- O. AUFSATZSCHR. A4.2 B 600 T 582 H 570
SOCKEL FÜR A (K)	SOCKEL FÜR A1.1+A2.1+ S1.1 K1 B 1020 T 422 H 80	SOCKEL FÜR A1.2+A2.2+ S2.1 K2 B 1020 T 552 H 80	SOCKEL FÜR A3.1+A4.1+ S3.1 K3 B 600 T 422 H 80	SOCKEL FÜR A3.2+A4.2+ S4.1 K4 B 600 T 552 H 80	TISCHE (T)	TISCH T1 L 1200 B 600 H 650	TISCH T2 L 600 B 600 H 650	MEHRZWECKTISCH T3 L 1020 B 452 H 650
ERGÄNZUNGSELEMENTE (E)	GARDEROBEPLATTE E1 L 360 S 40 H 1400	SPIEGELPLATTE E2 L 360 S 40 H 1400	KOFFERBANK AUS S3.2+ K3+P5.1 E3 B 600 T 470 H 650	KOFFERBANK AUS S4.2+ K4+P5.1 E4 B 600 T 600 H 650	KOFFERBANK AUS S1.2+ K1+P5.2 E5 B 1020 T 470 H 650	KOFFERBANK AUS S2.2+ K2+P5.2 E6 B 1020 T 600 H 650		

11

Oberflächen müssen strapazierfähig und völlig glatt sein. Aufstehende Fasern von Furnieren zum Beispiel beeinträchtigen die Säuberung. Keine dunklen, einfarbigen oder zum Fusseln neigende Bezugsstoffe verwenden. Das Vorhandensein von Bettseiten und dem damit verbundenen Arbeitsgang, das Bettuch zwischen Bettseite und Matratze zu schieben, führt zu einer regelrechten Berufskrankheit durch die ständige Verletzung des Nagelbettes und der Oberseite der Finger an den Knöcheln. In jedem Geschoß einen Satz Grundreinigungsgeräte (Besen, Eimer, Lappen) dem Gast zugänglich zu machen, erlaubt die Selbsthilfe bei kleinen Pannen.

Als ein weiterer wesentlicher Faktor wurde erkannt, daß durch die Bauform bzw. Größe der Montageelemente des Rohbaus eine Raumgröße entstand, die es bei Verwendung des Hoteltypenprogramms nicht gestattet, die geforderten Kapazitäten unterzubringen. Eine funktionstüchtige und ästhetisch befriedigende Einrichtung der Bettenzimmer war nicht möglich. Eine individuelle Anfertigung schied aus volkswirtschaftlichen Gründen aus.

Die ermittelten Planwerte und Erkenntnisse haben bewiesen, daß das Hoteltypenprogramm geändert werden muß.

Analyse des bisherigen Hoteltypenprogramms

Durch eine einseitige Reduzierung des ursprünglichen Programms auf zwei starre Einheiten (Ein- und Zweibettzimmer) kann das funktionelle Grundanliegen, anbaufähig und somit bei der Grundrißlösung variabel zu sein, nicht mehr erfüllt werden.

Durch die umlaufende, konstruktiv bedingte 30 mm starke Zarge ergibt sich zur Nettoliegefläche von 900/2000 mm ein Platzverlust von 1740 cm^2. Die dadurch zwischen den Ehebetten entstehende Fuge von 60 mm in der Liegefläche ist störend. Das Einlegen der Bettücher führt zu Fingerverletzungen. Die bestehenden Funktionsforderungen wie verschließbarer Kasten, Unterbringung von Koffern, Taschen und Schuhen wurden nicht oder unvollständig erfüllt.

Durch die Einzelfußausbildung bei den Betten und den Korpusmöbeln erhöht sich der Pflegeaufwand, und senkt sich die Ausnutzung der Kubatur des Behältnismöbels.

Gute Eigenschaften des Hoteltypenprogramms sind die stabilen und leichten Betten und der niedrige Herstellerpreis.

Forderungen an ein neues Hoteltypenprogramm

Aus der Sicht des Auftraggebers und Nutzers wurden an eine Neuentwicklung folgende Forderungen gestellt:

- gute funktionelle und gestalterische Lösung der Einrichtung im einzelnen sowie in ihrer Gesamtheit
- Erreichung einer höchsten Kapazitätsauslastung der Erholungsheime
- Strapazierfähigkeit und Beständigkeit der Oberflächen aller Einrichtungselemente
- Lebensdauer von mindestens 10 Jahren
- Ausdehnungsmöglichkeit der Kapazität des Bettenzimmers in der Saison
- Senkung des Pflege- und Instandhaltungsaufwandes
- Einhaltung der Schutzgüteforderungen
- preisgünstige Lösung.

Weitere Forderungen ergeben sich aus der Sicht des Herstellers:

- äußerste Beschränkung des Elementesortiments
- keine Montageleistung außerhalb des Betriebes
- die entwickelte Gesamtlösung muß in den technologischen Prozeß des Betriebes einzuordnen sein
- Die Größen der Einzelteile müssen geringste Verschnittquoten sichern
- Die vorgesehenen Materialien müssen kontinuierlich zur Verfügung stehen.

Der VEB Innenprojekt stellt als Hauptauftragnehmer folgende Forderungen an die Neuentwicklung:

- Übereinstimmung der Forderungen des Nutzers und Herstellers mit dem eigenen Grundanliegen einer guten funktionellen, gestalterischen und schutzgütegerechten Lösung
- mit wenig Elementen alle Funktionsforderungen bei den unterschiedlichsten Baukörpersituationen und Aufgabenstellungen durchführen zu können
- neben der Einrichtung von Erholungsheimen das Programm für Hotels, Sanatorien usw. anzuwenden
- geringer Transportaufwand zwischen Herstellerbetrieb, Lager und innerhalb der Baustelle
- geringer Montageaufwand auf der Baustelle
- keine bauseitig-konstruktiven Berührungspunkte.

Zur Entwicklung des neuen Programms

Die auf diesen Grundlagen aufgebaute Entwicklung eines neuen Programms zur Errichtung von Bettenzimmern ist abgeschlossen. Das bearbeitende Kollektiv hat versucht, mit Verantwortungsgefühl und dem rechten Maß für die Bedeutung der einzelnen, sich zum Teil widersprechenden Forderungen alle Belange einzuordnen. So haben alle Behältnismöbel einen 80 mm hohen, mit dem Korpus bündigen Sockel. Der Wäsche-Kleiderschrank hat ein unteres offenes Fach für Schuhe und Koffer zur Aufbewahrung der Schmutzwäsche. Der obere Boden und die Tür sind so ausgebildet, daß die Koffer auf dem Schrank keine Beschädigungen der Kanten und Flächen zulassen.

Die Beistellschränke können als Aufsatzschränke genutzt werden. Das Bett hat einen mit der einteiligen Federkernmatratze

bündigen Sockel. Internationalem Trend folgend, wird auf den Stahlfederboden verzichtet. Die Matratze liegt auf einer Wawepa- oder Spanplatte. Die bündigen Sockel aller Elemente erlauben eine fugenlose Addition aller Einrichtungsteile. Die oft aus Platzmangel nicht einsetzbaren Nachttische der Betten können funktionell durch Wandborde oder Ablagen am Bett ersetzt werden.

Der Nachteil dieser Lösung liegt durch die konstruktiv bedingte Anwendung von Spanplatten in seinem hohen Gewicht und in seiner starren Größe. Die Aufwendungen zur Herstellung sind noch zu hoch.

Es liegen bereits Vorschläge zur Verschäumung des Bettgrundelementes in einem Arbeitsgang mittels Polyurethan vor. Diese Technologie würde das Gewicht selbst für Frauen handlich machen und die Aufwendungen entscheidend senken.

Zur Rationalisierung der Projektierungsprozesse wurde im VEB Innenprojekt Meiningen die dreidimensionale Fotomodellprojektierung angewandt. Alle Elemente des Beherbergungsmöbelprogramms wurden im Maßstab 1 : 10 des Modells angefertigt.

Um die Variabilität bei der Grundrißlösung zu gewährleisten, sind alle Einzelteile durch Magnethaftung verbunden und somit leicht lösbar. Die Raumhülle ist abgestimmt auf die gebräuchlichsten Achsmaße. Alle Wände besitzen magnetische Haftflächen für hängende Möbel, Bilder, Lampen usw.

Durch diese Methode kann der Auftraggeber schnell und bildhaft informiert werden.

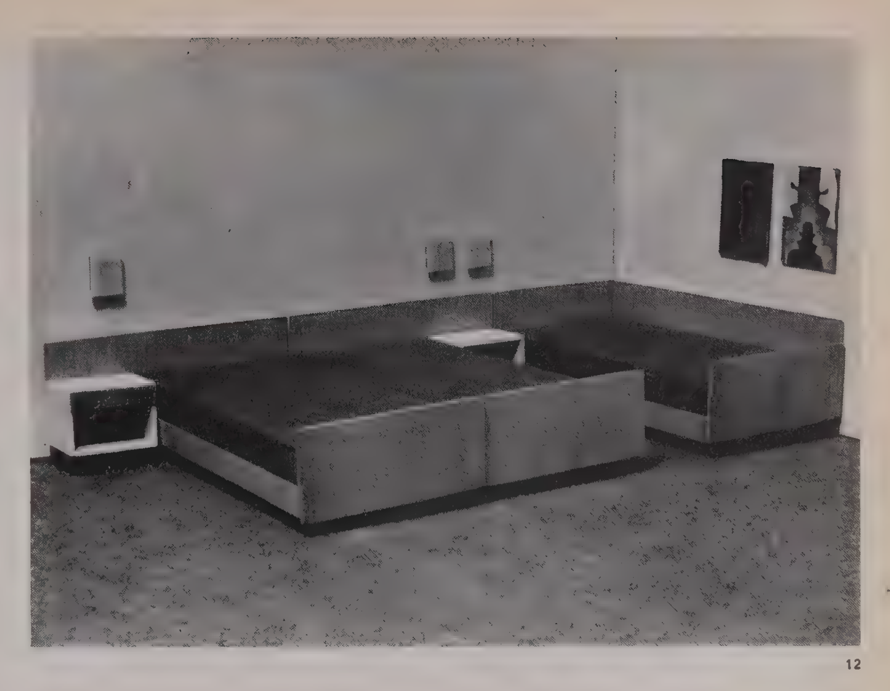
Zurückblickend auf die durchgeführte Erarbeitung der Planungsgrundlagen und Entwicklungen zeichnet sich folgender Erkenntnisgewinn ab:

- Die Vorbereitung und Realisierung unserer Investitionen im Erholungswesen setzt eine gute Grundlagenarbeit und reife Erzeugnisentwicklung voraus.
- Eine effektive und industrielle Herstellung bei Erhöhung der Gebrauchswerteigenschaften der Einrichtungs- und Ausbauelemente erfordert die Schaffung von Entwicklungskapazitäten bei den Hauptauftragnehmern, die praxisnah mit den Herstellern, Nutzern, wirtschaftsleitenden Organen und Institutionen für Produktgestaltung zusammenarbeiten.

Zur Erarbeitung der Planungsgrundlagen müssen die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, gegeben durch Abschlußarbeiten, Diplome oder Dissertationen, Forschungsaufträge, Publikationen, Neuerervorschläge und MMM-Beiträge, besser genutzt werden.

Die Planungsgrundlagen müssen aus der Praxis kommend, für die Praxis unmittelbar wirksam werden, ihr Ziel ist die Erhöhung der Qualität der Aufgabenstellung durch den Auftraggeber, die Senkung des Projektierungsaufwandes, Steigerung der Produktivität der industriellen und handwerklichen Herstellung von Einrichtungs- und Ausbauelementen durch Sortimentsreduzierung, Standardisierung von Funktions- und Konstruktionseinheiten, Spezialisierung und Katalogarbeit.

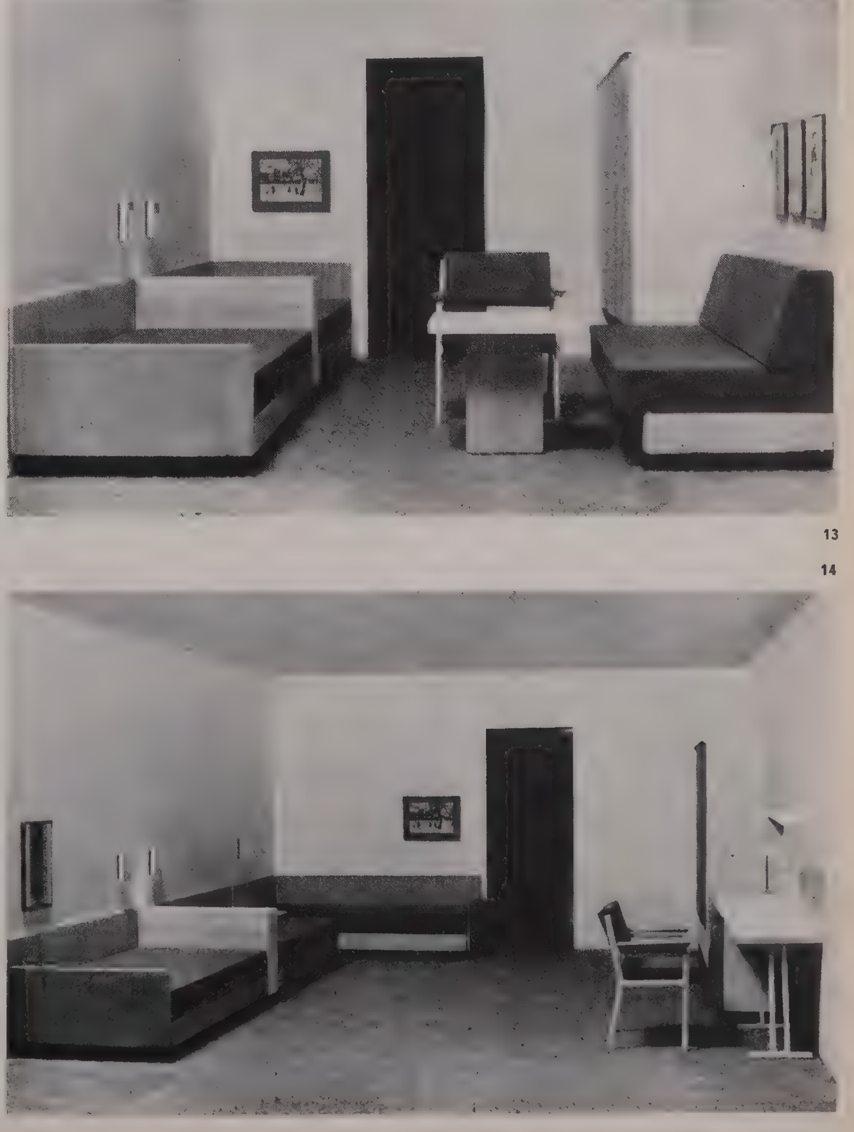
Die hier dargelegten Schlußfolgerungen waren Teil einer Diskussion über die Intensivierung innerhalb der BdA-Betriebsgruppe des VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Meiningen. Die gemeinsame Arbeit auf dieser Grundlage fortzusetzen und diese Aufgaben in die mittel- und langfristigen Arbeitspläne einzubeziehen, wurde beschlossen.



12

11
Übersicht über die Elemente des Beherbergungsmöbelprogramms

12|13|14
Dreidimensionale Projektierung für die Ausstattung von Bettenzimmern mit Elementen des neu entwickelten Möbelprogramms



13

14

1

Museum und Denkmal der revolutionären Arbeiterbewegung Südböhmens in České Budějovice

Ing. arch. Janá Guthová, Prag

2



Auf der Grundlage des Entwurfes von 1971 wurde das Projekt für das Denkmal und das Museum der revolutionären Arbeiterbewegung Südböhmens gemeinsam mit dem Neubau für das Bezirkskomitee der KPČ einem Kollektiv des Staatlichen Instituts für die Rekonstruktion von denkmalgeschützten Städten und Objekten in Prag anvertraut. Im Frühjahr des Jahres 1972 wurde mit dem Bau des Denkmals und des Museums begonnen. 1975 wurde die erste Bauetappe abgeschlossen.

Der gesamte Komplex ist landschaftlich optimal eingeordnet. Der Standort wurde in unmittelbarer Nähe des historischen Kerns der Stadt zwischen dem Fluß Malša und den wichtigsten städtischen Verkehrswegen gewählt. Bereits im Flächennutzungsplan war dieses Gebiet von Anfang an für öffentliche Bauten vorgesehen. Obwohl die Autoren den gesamten Komplex Museum, Denkmal und Gebäude des Bezirkskomitees als einheitliches Ensemble auffaßten und lösten, stellen die einzelnen Bauwerke gestalterisch selbständige Lösungen dar. Dabei wurde der Baukörper des Museums relativ kompakt ausgebildet, während das Gebäude der Bezirksleitung der KPČ durch den ausdrucksvollen vertikalen Verwaltungsteil bestimmt wird. Bindeglied



3



4

Autoren des Objektes:
Jan Malát, Jiří Vit, Jan Řezníček, Miloš Sádek

Künstlerische Mitarbeit:
Jarmila Malátová

Ausstellung:
Výstavnictví n. p.

Den Autoren wurde der 3. Preis im gesamtstaatlichen Architekturwettbewerb zum 30. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakei zuerkannt.

1 Blick auf den Gesamtkomplex des Museums der revolutionären Arbeiterbewegung Südböhmens

2 Ausschnitt aus der Fassade des Museumsgebäudes mit bildkünstlerischer Gestaltung der Freiflächen

3 Erdgeschoß 1 : 400

4 1. und 2. Obergeschoß 1 : 400

5 Freifläche mit Denkmalskomplex

5



beider Gebäude und künstlerisch-gestalterischer Höhepunkt des Ensembles ist das Denkmal ein feierlicher Raum, der von reliefartigen Betonwänden umgeben ist und dessen ausdrucksstarke Dominante ein natürlicher Feldstein bildet. Der Baukörper des Museums selbst ist mit Rücksicht auf seinen exponierten Standort mehr oder weniger plastisch konzipiert. Das Gebäude ist praktisch von allen Seiten optisch gleich erlebbar.

Im Erdgeschoß befinden sich die Eingangshalle („Ruhmeshalle"), der Vortragssaal, die Bücherei mit Lesesaal, das Archiv und die Räume der Leitung und des Sekretariats. Im ersten und zweiten Geschoß sind insgesamt 16 Ausstellungssäle, die durch flexible Wandflächen vergrößert und verkleinert werden können. Bestimmend ist die zentrale Halle mit dem monumentalen Treppenraum, der auch als Ausstellungsfläche genutzt werden kann. Die notwendigen technischen Einrichtungen befinden sich im Kellergeschoß.

Die Tragmauern bestehen aus Ziegeln, die Decken aus Stahlbeton (Rost und Platten); die Sichtflächen der Ausstellungssäle sind mit großflächigem, farbgetöntem Reflexglas verglast, die Verkleidung der Wände besteht aus reliefartigen, matten Keramikformziegeln. Insgesamt wurden mit Rücksicht auf den Zweck und die ideelle Bestimmung des Objektes dauerhafte und edle Materialien verwendet.

Ein untrennbarer Bestandteil des Gebäudes sind die Werke führender bildender Künstler, die auf der Grundlage eines öffentlichen Wettbewerbes ausgewählt wurden.

Die südböhmische Metropole erwarb mit diesem Ensemble eine neue Dominante, die insbesondere durch ihre maßstäblich durchdachte Anlage und die dezente Ausgewogenheit der Baukörper, durch die richtige Wahl der Farben und Materialien und vor allem durch die vorbildliche Synthese von Architektur und Werken der bildenden Kunst wirkt.

6



7

8



6 Ausstellungshalle mit einer Mosaikarbeit von Vaclav Boukal

7 Mosaikarbeit als Bestandteil der ständigen Ausstellung

8 Nachtansicht des Museumskomplexes

Das Bausteinprinzip im Gesellschaftsbau, eine Grundlage für dessen Qualifizierung unter den Bedingungen der Intensivierung des komplexen Wohnungsbaus

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Technische Universität Dresden, Sektion Architektur

Zur erfolgreichen Realisierung des Wohnungsbauprogrammes gehört, es in seiner Komplexheit zu erfüllen. Nachdem schon auf der 6. Baukonferenz die zunehmende Bedeutung der Gemeinschaftseinrichtungen für die weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen sozialistischen Beziehungen in unseren Wohngebieten herausgestellt worden war (1), werden in den Dokumenten des IX. Parteitages die Ganzheit und das Niveau der räumlich-materiellen Bedingungen in der Wohnumwelt als ein entscheidender Faktor des Gestaltungsprozesses der sozialistischen Gesellschaft betont.

Ein sinnerfülltes, vielfältiges, inhaltsreiches und kulturvolles Leben sowie eine gesunde Lebensweise in sozialistischer Gemeinschaft werden sich in der ästhetischen Qualität, in Gestaltdifferenziertheit sowie in neuen funktionellen Beziehungen der Wohn- und Gemeinschaftsbereiche städtebaulich-räumlich ausprägen. In der Direktive werden engere Wechselbeziehungen zwischen allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert (2) mit entsprechenden Voraussetzungen für deren rationelle Kombination und Mehrzwecknutzung (3).

Diese gekennzeichnete neue Qualität und der mit dem komplexen Wohnungsbauprogramm bis 1990 vorgegebene Umfang der Bauaufgabe – für den Gesellschaftsbau liegen die Steigerungsraten noch über denen des Wohnungsbaues – müssen mit der vorhandenen Projektierungskapazität und mit den festgelegten staatlichen Aufwandsnormativen verwirklicht werden.

Viele der zur Zeit in der DDR vorhandenen rund 250 Angebotsprojekte für gesellschaftliche Einrichtungen erfüllen diese Voraussetzung nicht, da sie funktionell, konstruktiv-technologisch und auch bezüglich ihrer gestalterischen Eigenheiten isoliert für jeweils eine spezifische Gebäudekategorie und Einrichtungsgröße entwickelt wurden.

Mit der Rationalisierung einer Auswahl von Objekten aus diesem Angebot, wie sie augenblicklich unter Leitung der Bauakademie der DDR betrieben wird, wird ein nächster Schritt zur Verbesserung der bestehenden Situation getan. Es ist darüber hinaus für die Weiterentwicklung des Gesellschaftsbaus erforderlich und unumstritten, daß das Bausteinprinzip als Qualifizierungsrichtung gegenüber der Anwendung geschlossener Typen oder unabgestimmter Angebotsprojekte ebenso energisch verfolgt werden muß wie eine einheitliche technische Politik zu seiner konsequenten Verwirklichung.

An der TU Dresden wird seit mehreren Jahren an einer Gesellschaftsbaukonzeption auf Bausteinbasis mit den Bauweisen WBS 70, SKBM bzw. SKBS kombiniert, gearbeitet (4), deren experimentelle Erprobung auf Befürwortung des Ministeriums für Bauwesen vorbereitet wird und über deren Entwicklungsstand hier erneut informiert werden soll. Sie verfolgt das Ziel, mit einheitlichen Projekt- und Produktionsgrundlagen die erwartete funktionelle und architektonische Qualität für differenzierte städtebauliche Lösungen bei einem bedeutend effektiveren Mitteleinsatz zu erreichen.

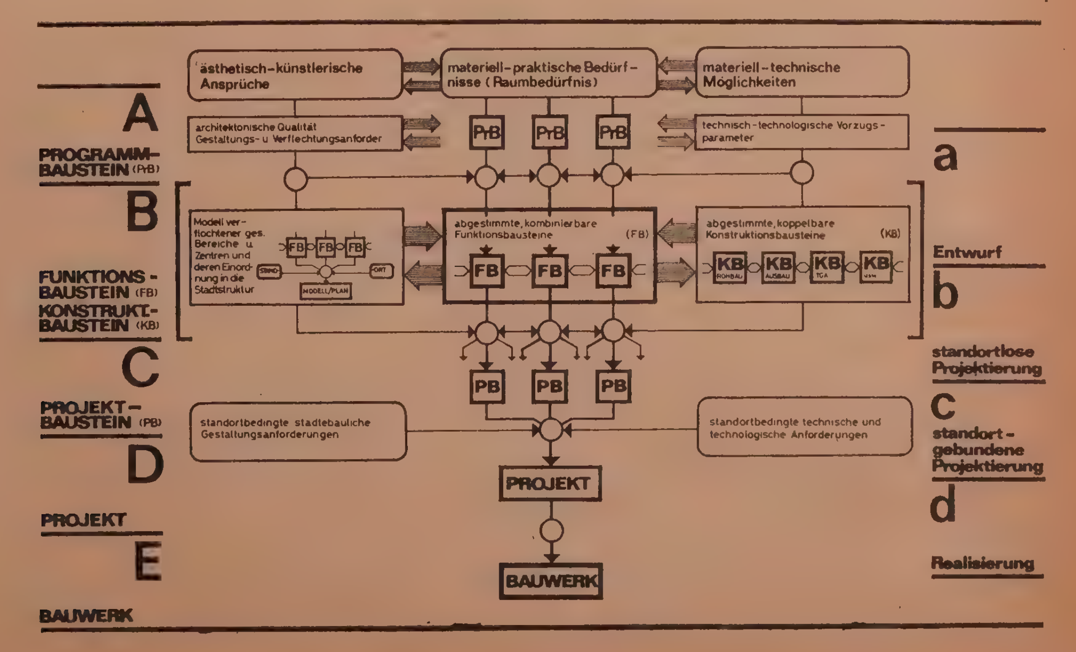
Ehe die angestrebten Intensivierungspositionen genannt werden, müssen einige grundsätzliche Erläuterungen zum Bausteinbegriff vorausgeschickt werden:

Der „Baustein" stellt eine mit gleichen oder anderen Bausteinen kombinierbare, in Einzelfällen auch selbständig anwendbare Planungs- bzw. Projektierungseinheit dar. In der bearbeiteten Konzeption werden Funktions-, Projekt- und Konstruktionsbausteine unterschieden.

Im „Funktionsbaustein" wird die innere strukturelle Ordnung eines Nutzungsprozesses – oder ein multivalent nutzbares funktions-neutrales Angebot – modular und strukturell festgelegt, und zwar immer im Zusammenhang mit den Kopplungskriterien für seine Kombination mit gleichen oder anderen Funktionsbausteinen zu einer komplexeren baulich-funktionellen Einheit. Der modular und funktionell bestimmte Funktionsbaustein erlaubt durch seine Kombinierfähigkeit – diese ist sein Charakteristikum – die unterschiedliche Verflechtung von Nutzungsvorgängen zu höherer Komplexität und ermöglicht die Programmierung unterschiedlicher Lösungen im Projektierungsprozeß.

Dieses Zurückgehen in Ebenen niederer Komplexität bei der Entwicklung der Projektgrundlage (5) im Vergleich zur Typenanwendung ist das, was die Bausteinprojektierung kennzeichnet und ihre Kombinationsvielfalt begründet.

Der funktionell determinierte, modular bestimmte und in seiner Kombinationsfähigkeit aufbereitete **Funktionsbaustein** muß in seiner Anwendungsbreite überprüft sowie baustrukturell und montagetechnologisch abgestimmt sein, ehe er in die Qualität des Projektbausteins überführt wird (Abb. 1). Der **Projektbaustein** ist dann die bauweisenbezogene Durcharbeitung des Funktionsbausteines mit der Integration des konstruktions-bausteinhaft aufbereiteten Ausbaus, der Technischen Gebäudeausrüstung, der Kostenplanung u. a. in Form des standortlosen Angebotsprojektes mit der derzeitig beherrschbaren und für die Bausteinsystematik weiter zu entwickelnden

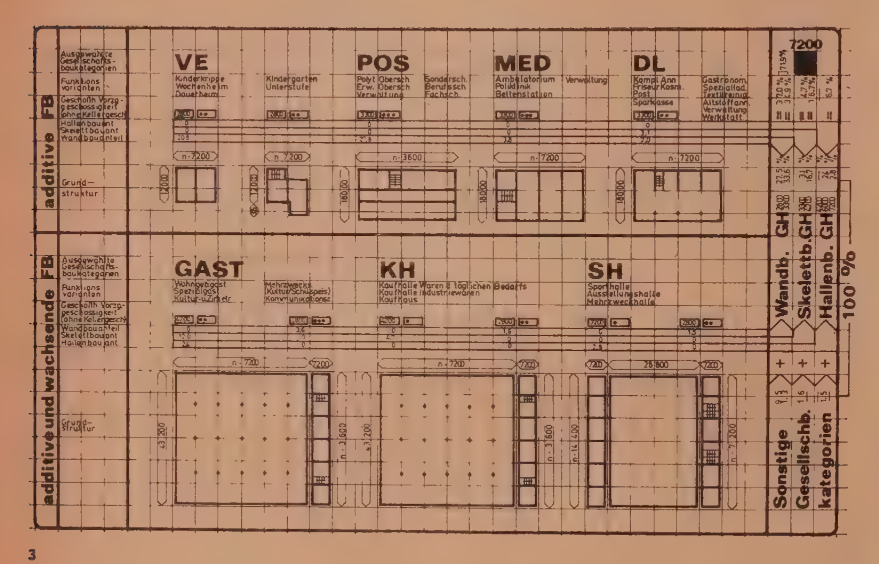


1
Übersicht über die Methodik der Bausteinentwicklung

Wesentliche gesellschaftliche Einrichtungen im komplexen Wohnungsbau

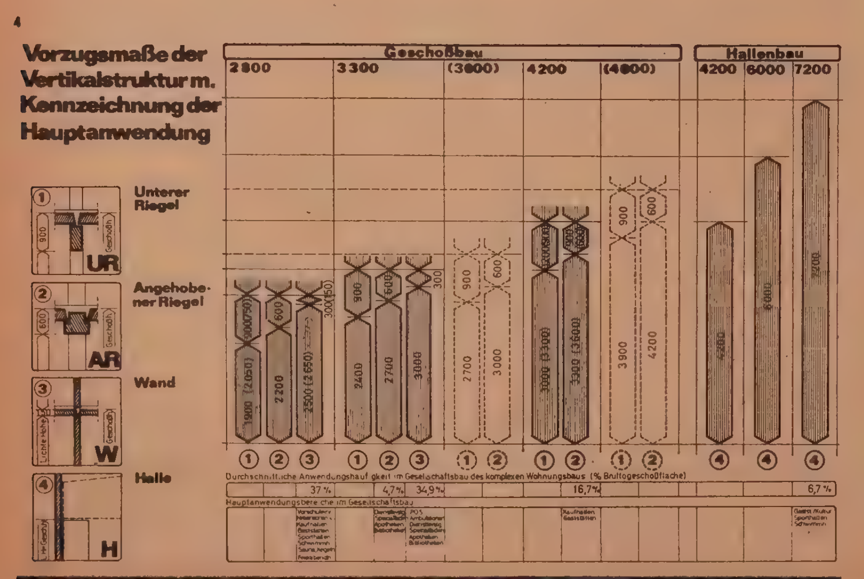
Einrichtung		Gastst./Schülerspeisg./Kultur	POS	Sporthalle	Kaufhalle	Dienstl.-Einr.	Sonstige
Bausteinhafte Kapazitätsstufen		W 1,2,3 Wirtschaftseinheit für 120, 360, 600 Gast- u. 180, 540, 900 Sp.-Plätze G 1,2 Gastraum mit 120, 240 Plätzen S 1,2,3,5,6 Spezialgaststätte mit je 100 Plätzen S 4 Spezialgaststätte mit 200 Plätzen K 1,2 Kommunikationsbereich mit 120, 270 Saalreihenplätzen M 1,2,3 Mehrzwecksaal mit 270, 500, 720 Saalreihenplätzen Kl 1,2,3 Klubeinheit mit 55, 100, 145 Plätzen	U Unterrichtseinheit 1 Zug (360 Sch.) Z Zentraler Funktionsbereich 1 für 2 Züge (720 Schüler) 2 für 2 X 2 Züge (1440 Schüler) 3 für 3 X 2 Züge (2160 Schüler)	1 Hallensegment m. 395 m² nutzb. Fläche 2 Umkleidebereich Geräte, Technik 3 Umkleidebereich mit Treppe 4 Treppe 5 WC Zuschauer 6 Eingangsbereich Zuschauer 7 Konditionssport	KH1 700/850 KH2 1000/1200 m² Verkaufsraumfl. KH3 1400/1700 KN1 KN2 KN3 Funktionsbedingte Nebenfläche für KH1-3	D1 995 m² D1 + D2 1490 m² D1 + D1 1990 m² Angebotsfläche für: Komplexe Annahmestelle, Friseur/Kosmetik, Textilreinigung, Post, Sparkasse	
Einzugsgebiet in 1000 EW	4	I: W1, G1, K1 ①	Z1, U, U ③	SH1=SH2 ③		D1 ①	
	8	II: W2, G2, K2, K1 ①	Z2, 4 U ⑤	SH 3 ④	KH1, KN1 ②	D1 ①	
	12	III: W2, G2, M1, K1; IV; V ③	Z3, 6 U ⑦	SH 4 ⑥	KH2, KN2 ②	D1, D2 ②	
	16	VI: W3, G2, G2, M2; IV; VII ③	Addition der Kapazitätsstufen Z2/4U + Z2/4U ⑩	Addition der Kapazitätsstufen SH 1 + SH 4 ⑨	Addition der Kapazitätsstufen KH1/KN1 + KH1/KN1 ④	D1, D2 ②	
	20	VI: W3, G2, G2, M2; IV; VIII ③	(3xZ1/2U + Z2/4U) ⑭ (2xZ1/2U + Z3/6U) ⑬ Z2/4U + Z3/6U ⑫	(SH3 + SH4) ⑩ 2xSH1 + SH4 ⑫	KH1/KN1 + KH2/KN2 ④	D1, D1 ②	
	24	IX: W3, G2, G2, M3; IV; X; I: W1, G1, K1; IV ⑤	(4x Z1/2U + Z2/4U) ⑰ ⋮ Z3/6U + Z3/6U ⑭	SH 5 (+ SH 3) ⑯ + 2x SH1 ⑱	KH3, KN3 +KH1/KN1 ④	D1, D1 ②	
	28						Anzahl der zusätzlich erfo… lichen unterschiedlichen Bau… ne für Vorschuleinr., medizin. … sorgung, Läden, Schwimmhal… Feierabendheime sowie Verbi…
Erforderliche Anzahl unterschiedlicher Bausteine		10	4	7	6	2	20–25 →

2



3

4



Projektierungstechnik. Der Projektbaustein beweist seine Einsatzfähigkeit

- in der Vielzahl der programmdifferenzierten, kapazitätsunterschiedlichen und standortbedingten Anwendungsfälle
- in der gestalterischen Mannigfaltigkeit der Kombinationslösungen
- in der erreichbaren programmierten Verwendung sämtlicher Daten einschließlich der Nahtstellenvarianten bei seiner vielseitigen Anwendung sowie
- bezüglich der Anforderungen hinsichtlich der bautechnischen Ausführung.

Ziel eines zu erarbeitenden Angebotskataloges ist es, für jede Situation mit Hilfe eines abgestimmten Bausteinsortiments bei geringstem Projektierungsaufwand eine spezifische Lösung zu erreichen.

Durch die Bausteinanwendung wird eine entscheidende Ausweitung der standortlosen Projektierungsverfahren erreicht, andererseits die arbeitsintensive individuelle Projekterarbeitung, wie sie bisher für qualitätsvolle Wohngebietszentren angewendet wurde, konsequent eingeschränkt.

Die Typenanwendung erhält in der Kombination von Projektbausteinen eine neue Qualität. Im ganzen gesehen wird mit der Erweiterung der standortlosen Projektvorbereitung im Bausteinprinzip der Industrialisierungsprozeß im Bauwesen bedeutend gefördert.

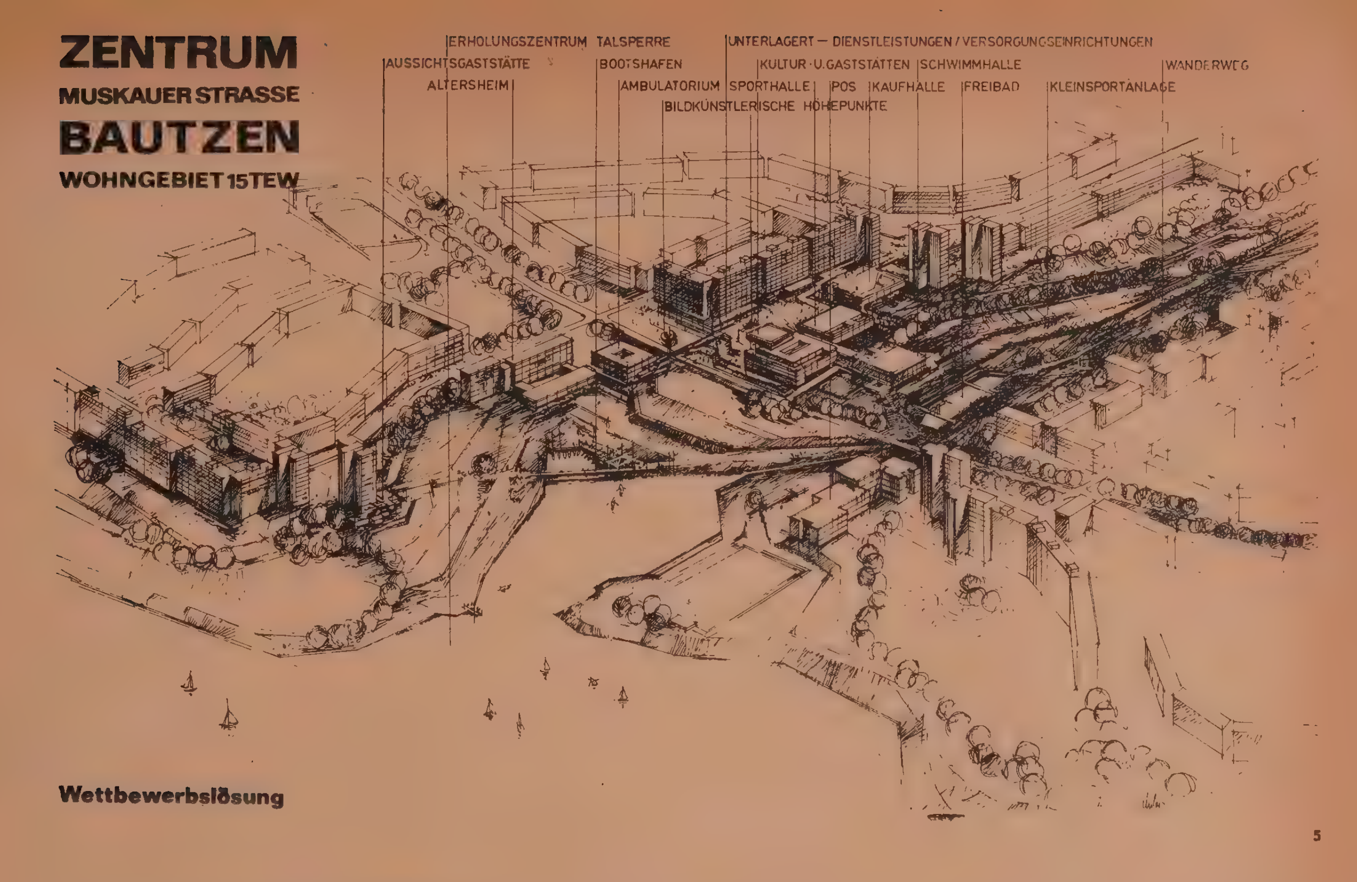
2
Angebotssortiment von kombinierbaren Bausteinen für die gesellschaftlichen Funktionsbereiche von Wohngebietszentren

3
Ökonomische Grundstrukturen der Bausteine für die Gesellschaftsbaukategorien des komplexen Wohnungsbaus

4
Vorzugsmaße der Geschoßhöhen mit der Kennzeichnung ihrer Anwendung im Gesellschaftsbau

5
Perspektive des Wohngebietszentrums Bautzen-Gesundbrunnen (gezeichnet von Wettbewerbsmitautor Dr. Schöler)

ZENTRUM
MUSKAUER STRASSE
BAUTZEN
WOHNGEBIET 15TEW



Wettbewerbslösung

5

Auswahlkriterien und Intensivierungspositionen für ein rationelles Erstangebot von Projektbausteinen

Ein bezüglich seiner Grundelemente, städtebaulichen Variationsbreite und architektonischen Differenzierung beliebig und permanent ausbaufähiger Katalog soll in einer ersten Realisierungsstufe zunächst auf ein erforderliches Mindestangebot von Projektbausteinen, Gebäudegrundstrukturen und Kopplungsbedingungen ausgerichtet werden. Zu dieser strengen Eingrenzung in einem Angebot erster Stufe dienen in der erarbeiteten Konzeption folgende Auswahlkriterien:

■ Ausrichten der Kapazitätsgrößen auf die Schwellwerte für optimale Einzugsgebiete

Auf der Grundlage der Richtwerte für gesellschaftliche Bauten der Wohngebiete (6, 7) und der gültigen Raumprogramme lassen sich Vorzugsgrößen für günstige Einwohner-Einzugsgebiete im Zusammenhang mit der Kapazitätsbestimmung für gesellschaftliche Funktionsbereiche erkennen. Eine erste vollkommene und ökonomische Ausstattung wird frühestens bei 8000, besser bei 12 000 EW möglich, ein wirklich effektives und differenziertes Programmangebot läßt sich bei einem Einzugsbereich ab 16 000, komplett erst mit etwa 24 000 EW, erfüllen, wogegen sich Wohngebiete mit 4000 bis 8000 EW noch nicht ökonomisch allen Bedürfnissen entsprechend ausstatten lassen. Die Bausteinoptimierung und Verflechtung wurden deshalb auf diese effektiven Zentrumsgrößen besonders ausgerichtet.

In Abhängigkeit von diesen Vorzugskapazitätsstufen wird in Abb. 2 das in der hier vorgestellten Konzeption erarbeitete prinzipielle Angebotssortiment abgestimmter Bausteine für gesellschaftliche Funktionsbereiche übersichtlich zusammengefaßt. Es zeigt die kombinierbaren Bausteine der wesentlichsten zentrumsorientierten Einrichtungen, auf deren Grundlage sich Gebäudekomplexe und Zentren für die verschiedenen Wohngebietsgrößen zwischen 4000 bis 24 000 EW kombinieren lassen. Die erforderliche Anzahl unterschiedlicher Bausteine ist in der untersten Spalte für die einzelnen Gebäudekategorien ausgewiesen. Insgesamt werden danach für die in dem Angebot aufgenommenen gesellschaftlichen Bereiche des komplexen Wohnungsbaus 29 Projektbausteine benötigt. Für die Gesamtpalette der Gemeinschaftseinrichtungen ist dieser zentrumsorientierte Teil etwa um 21 weitere Bausteine zu ergänzen.

■ Strenge Orientierung auf einfache geometrische Grundlagen für die Bausteinentwicklung

Die Eingrenzung der geometrischen Grundparameter auf ausgewählte Vorzugsmaße ist eine günstige Basis für

- die Kopplungsbedingungen der Bausteine
- Ableitungen bezüglich des Elementesortimentes
- konstruktive Abstimmungen und
- technologische Parameter.

In Verbindung mit der Erarbeitung weniger, baustrukturell einfacher Grundbausteine für die Gebäudekategorien (Abb. 3) hat sich das gesamte Sortiment der gesellschaftlichen Funktionsbereiche des komplexen Wohnungsbaus auf nur wenige geometrische Vorzugsabmessungen beschränken lassen. Sie liegen für das Hauptvolumen bei folgenden Parametern (Gebäudetiefe und Längsentwicklung)

- Vorschuleinrichtungen:
12 000 mm × 14 4000 mm bzw. 18 000 mm
- polytechnische Oberschulen, Dienstleistungen, ambulante medizinische Betreuungseinrichtungen:
18 000 mm × (7200 mm × n)
- Sporthallen:
28 800 mm × 14 400 mm,
7200 mm × 14 400 mm
- Kaufhallen, Gaststätten:
43 200 mm × (14 400 mm × n)

Die Vertikalstruktur (Abb. 4) läßt sich im Zusammenhang mit der Einführung eines angehobenen Riegels bei den Geschoßbauten auf die Geschoßhöhen 2800 mm, 3300 mm und 4200 mm einschränken. Die Sporthallen erhalten 7,20 m lichte Höhe. Wie in den Abbildungen 3 und 4 kenntlich gemacht ist, lassen sich 37 Prozent des Gesamtvolumens Gesellschaftsbau der Geschoßhöhe 2800 mm, 39,6 Prozent der Geschoßhöhe 3300 mm zuordnen. Das sind 76,6 Prozent des Flächenanteiles Gesellschaftsbau, für die einfach beherrschbare Innen- und Außenwandteile einsetzbar werden.

■ Konsequentes Verfolgen von Kompaktierungsaspekten

Um möglichst alle Intensivierungsreserven von vornherein bei der Bausteinerarbeitung zu erschließen, wird eine möglichst hohe Kompaktierung der Bausteine bei guter funktioneller Organisation angestrebt. Konzentriertes Gebäudevolumen mit geringer bebauter Fläche und Oberfläche ist Grundbedingung geringen Baulandbedarfs und urbaner Verdichtung, vor allem aber Voraussetzung entscheidender Einsparungen an Material, lebendiger Arbeit und Energie im Baustellenvorbereitungs-, Herstellungs- und Nutzungsprozeß (vom Tiefbau bis zum Unterhaltungsaufwand). Bedeutende Effekte wurden erreicht durch:

- tiefe Baukörper (deren Begrenzung jedoch zur Zeit durch den Einsatz bestimmter Hebezeuge beeinflußt wird)
- die maximale, von einem Vertikalerschließungspunkt erreichbare Raumerschließungsleistung
- eine funktionell vertretbare hohe Geschossigkeit entsprechend den angegebenen Optimalwerten,

(Das heißt auch, daß die Bausteine von Gebäudekategorien, die bisher vorwiegend eingeschossig gebaut wurden, wie Kaufhallen, Gaststätten und die Nebenraumbereiche der Sporthallen, so zielgerichtet in Größe und Primärstruktur abgestimmt wurden, daß sie in zwei und drei Geschossen, ihre Nebenräume 4- bis 5geschossig überlagert werden können.)

■ Zuordnung der Funktionen zu ökonomischen Gebäudestrukturen bezüglich der konstruktiv-technologischen Realisierung

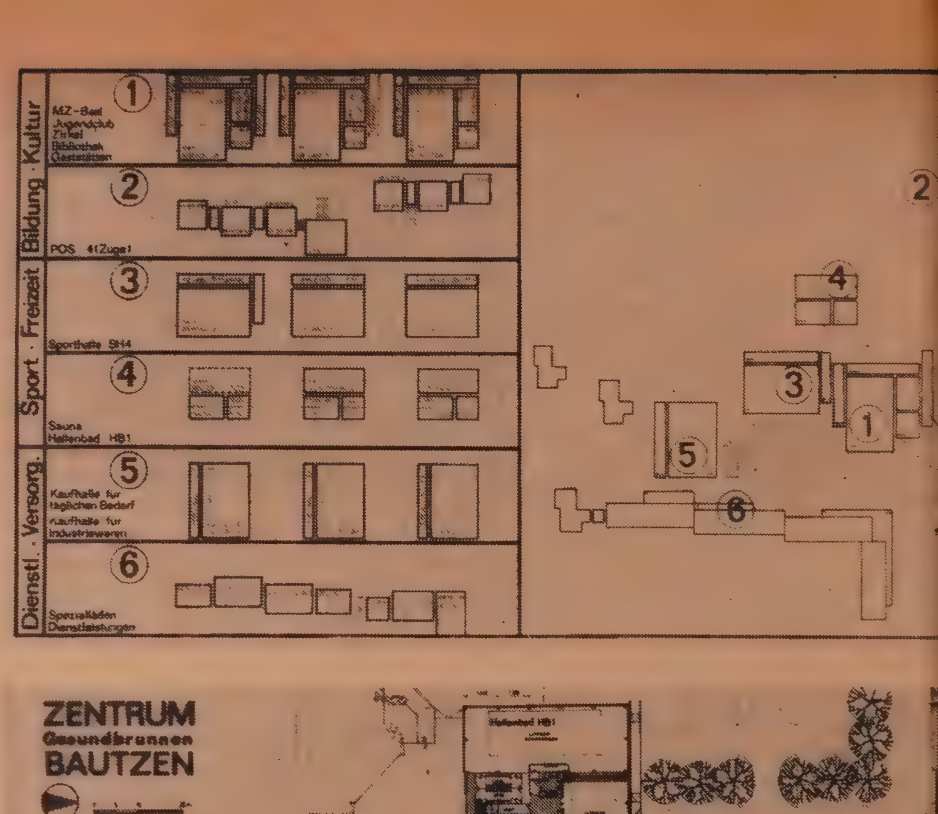
Der Plattenbau hat sich in der DDR nicht nur im Wohnungsbau zur wirtschaftlichsten Bauweise mit der höchsten Arbeitsproduktivität entwickelt. Der Plattenbau bewährt sich auch für viele Gebäudekategorien des Gesellschaftsbaus wie alle Heimbauten und Kindereinrichtungen, ebenso für Schulen und Ambulatorien, im Hinblick auf den Gebrauchswert, vor allem aber durch 20 bis 30 Prozent geringeren Herstellungsaufwand. Diese Vorteile gegenüber dem Skelettbau sind auf die ökonomischere konstruktive Struktur sowie auf die bessere Integration und höhere Arbeitsproduktivität bei den Ausbauarbeiten zurückzuführen.

Mit der Rationalisierung und Leistungserhöhung vorhandener und dem Aufbau zahlreicher neuer Plattenwerke sind Produktionsvoraussetzungen gegeben, die den Einsatz der Platte dort zwingend werden lassen, wo er funktionell vertretbar, bauphysikalisch sowie energiewirtschaftlich von Vorteil ist und zugleich statisch genutzt wird. Die Begrenzung der Anwendung des hochproduktiven Plattenbaus auf den Wohnungsbau ist im Interesse der limitgerechten Übergabe komplettierter Wohngebiete und volkswirtschaftlich gesehen nicht haltbar. Es wurde deshalb in dieser ersten Angebotsstufe die für die Funktion des Bausteins vertretbare ökonomischste konstruktive Realisierungsstruktur (Bauweise) angestrebt, und zwar in Reihenfolge des Aufwandes:

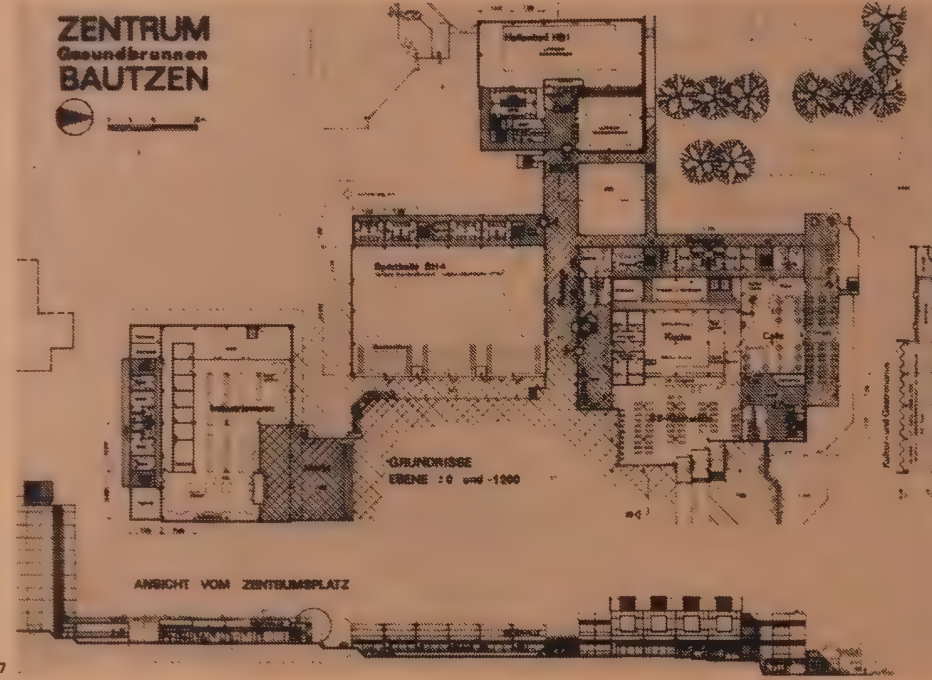
- Maximaler Einsatz der Platte für Innen- und Außenwände.
- Bevorzugung des Wandbaus, auch bei nichttragender Fassade in Verbindung mit Außenskelett
- Senkung des Ausbauaufwandes durch Nutzung der Tragstruktur Wand für Raumtrennungen (z. B. Umkleide- und Personalbereiche bei Sport-, Gaststätten- und Kaufeinrichtungen)
- Einsatz des teueren und ausbauaufwendigeren Skeletts nur wo erforderlich
- Einsatz von weitgespannten Hallenkonstruktionen nur dort, wo ein Skelettraster von 7200 mm × 10 800 mm, das auch 2- und 3geschossig einsatzfähig ist, den funktionellen Forderungen nicht genügt.

Dem Wandbau wird das Raster 7200 mm × 7200 mm zugrunde gelegt, wobei die Deckenspannrichtung, je nach Funktionskategorien, längs oder quer zur Außenwand angeordnet wurde. Bei der Bearbeitung der Funktionsbausteine ließ sich, wo vorteilhaft, auch im Wandbau eine begrenzte Flexibilität in Längs- oder Querrichtung zur Außenwand vorsehen. So wird im Baustein für Schulen eine Flexibilität in Längsrichtung zur variablen Einordnung verschiedener Unterrichtsraumforderungen vorgezeichnet, wogegen die Differenzierung und zukünftigen Anforderungen beim ärztlichen Arbeitsplatz in Ambulatorien und Polikliniken in quergerichteter Flexibilität günstig abgefangen werden können. Wenn erforderlich oder ratsam, läßt sich eine Auflösung der Wand durch Rahmen oder Kombination mit Skelettelementen vorschlagen.

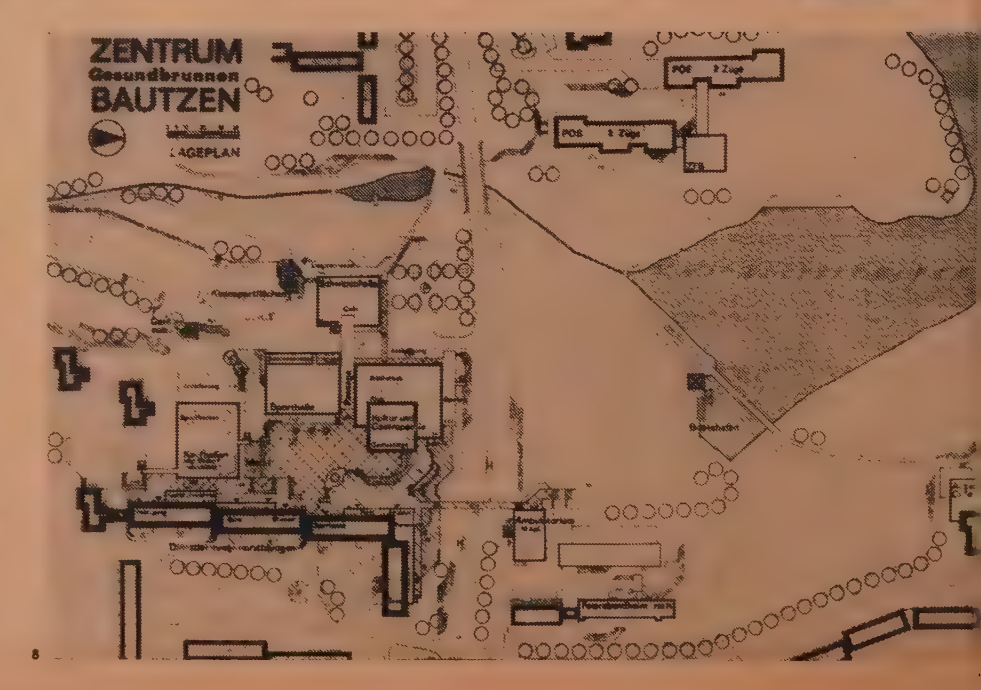
Neben dem generellen Anliegen, den Platteneinsatz in dieser ersten Anwendungsstufe zu erhöhen, wurde als weiteres Ziel verfolgt, das Funktionsbausteinsortiment auf der Basis möglichst weniger einfacher Grundstrukturen zu entwickeln. Abbildung 3 zeigt nicht nur eine geringe Anzahl erforderlicher Geometrien und Primärstrukturen, auf der die Funktionsbausteinentwicklungen aufbauen, sondern darüber hinaus deren strukturelle Verwandtschaft, das heißt die



6



7



8

bedachte Abstimmung für deren Kombination (z. B. die Überlagerung von Kaufhallen und Gastronomiekomplexen). Den kombinierten oder kombinierbaren Skelettbereichen sind die Grundraster
7200 mm × 7200 mm sowie
7200 mm × 10 800 mm zugrunde gelegt.
Es sind in Abbildung 3 die Anteile Wand- und Skelettbau sowie der Hallenkonstruktionen für die Gesellschaftsbauten des komplexen Wohnungsbaus prozentual ausgewiesen, aber auch weitere Gebäudekategorien des Gesellschafts- und Produktionsbaus werden angegeben, für die sich gleiche Grundstrukturen eignen.
Diese baustrukturelle Bausteinübersicht hat folgende ökonomische Hauptaussage:

- 71,9 Prozent des Gesellschaftsbauvolumens im komplexen Wohnungsbau können mit der Plattenbauweise funktionstüchtig und wirtschaftlich abgedeckt werden (37 Prozent in der Geschoßhöhe 2,80 m; 34,9 Prozent in der Geschoßhöhe 3,30 m)
- eine aufwendigere Stützen-Riegelkonstruktion oder Hallenüberdachung kann auf 21,4 Prozent mit Skelett-Konstruktion und 6,7 Prozent mit Hallenspannweiten beschränkt werden.

Zur Konzeption eines Bausteinangebotes für die Gesellschaftsbaukategorien des komplexen Wohnungsbaus

Auf den voranstehenden Grundlagen basiert die systemgerechte Konzeption kombinierbarer Bausteine für gesellschaftliche Einrichtungen, Zentren und Ensembles der Wohngebiete. Sie wurde als Verpflichtung des Gebietes Gesellschaftsbauten anläßlich des IX. Parteitages der SED in einer Informationsform fertiggestellt (8). Es werden darin nach Entwicklungsgrundlagen für das Bausteinprinzip und seiner projektierungsmäßigen Beherrschung Funktionsbausteine mit deren Kopplungsbedingungen, Prinziplösungen ihrer Kombination für bestimmte Kapazitätsgrößen sowie städtebauliche Gestaltvarianten für die Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus im systemgerechten Zusammenhang mit der WBS 70 und der SK-Bauweise vorgestellt in Verbindung mit den erreichbaren Intensivierungseffekten.
Das Bausteinangebot soll in allen Fällen für Einzeleinrichtungen, komplexe Zentrumsverflechtungen und Ensemblebildungen, auch mit Wohnbauten, und zwar in Neubau- und in Umgestaltungsgebieten für Ersatzneubauten und Ergänzungsbauten zur Kombination mit vorhandener Substanz, einsatzfähig sein.
Aus einem solchen, durch Auswahlkriterien begrenzten Erstangebot für den Realisierungszeitraum 1980 bis 1990 lassen sich entsprechend den wachsenden Bedürfnissen und ökonomischen Möglichkeiten systemgerecht differenziertere und vielfältigere Angebote zentral oder bezirklich weiterentwickeln.
Bereits mit dem Ausreifen der zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms gehörenden Bausteinlösungen wird es erforderlich werden, auch für eine ganze Reihe ausgewählter Gebäudekategorien, die in großer Zahl außerhalb des komplexen Wohnungsbaus zu errichten sind, Planungsgrundlagen zu schaffen. Hier sind in den Bereichen Volksbildung, Gesundheitswesen, Erholungswesen, Kultur, Sport u. a. wiederholbare Bauaufgaben zu erwarten. Deren wirtschaftlichste Realisierung wird von den gleichen Grundfondsvoraussetzungen abhängig sein, deshalb vorteilhaft verwandte Strukturgrundlagen nutzen und günstig auf dem Bausteinprinzip aufbauen. Damit kann die hier vorgestellte Konzeption über die Problematik der Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus hinaus an Bedeutung gewinnen. Aus diesem Grunde ist bereits in der Ausarbeitung auf die Eignung der angebotenen Baustein-Prinziplösungen für andere Funktionen hingewiesen.

Anwendungsbeispiel für die Kombination der Bausteine zu gesellschaftlichen Zentren

Die vielseitige funktionelle, städtebauliche und architektonisch-gestalterische Einsatzfähigkeit der Bausteine sowie deren differenzierte topographische Einbindung wurde in zahlreichen Zentrumslösungen unterschiedlicher Größe mit Erfolg untersucht, wie die Beurteilungen der Jury bei einer Reihe von Wettbewerbslösungen des Gebietes Gesellschaftsbauten unter besonderer Herausstellung des Bausteinprinzips bestätigen (Wettbewerb Bautzen-Gesundbrunnen 1974, 1. Preis; Wettbewerb Görlitz Nord 1975, 1. Preis; Wettbewerb Zentrum Hoyerswerda 1975, 1. Preis; Wettbewerb Schulbauserie 1980 im Jahre 1976, 2. Preis).

Es soll hier das Wohngebietszentrum für Bautzen-Gesundbrunnen als Beispiel für die Praxisanwendung des Bausteinprinzips aufgenommen werden. In Heft 6/75 der „Architektur der DDR" war bereits vom Bezirksarchitekten Dr. Sniegon die „Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Gesundbrunnen mit dem Zentrum" vorgestellt worden (9). In Bautzen wird zur Zeit das erste deutsch-sowjetische Plattenwerk errichtet. Auf Grundlage einer Zielstellung seines Direktors, Gen. Kleinschmidt, soll es nicht nur die Produktionsbasis für die Wohnungsbauvorhaben der WBS 70, sondern gleichzeitig für einen maximalen Anteil der Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus bilden. Deshalb wurde auf der Intensivierungskonferenz des Bauwesens im Bezirk Dresden am 5. Mai 1976 von Staatssekretär Dr. Schmiechen die Fortführung der Entwicklung und die experimentelle Erprobung der Gesellschaftsbaukonzeption im Wohngebiet Bautzen-Gesundbrunnen unter besonderer Betonung der qualitativen Ziele unter Einhaltung der technischen Politik und der Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse empfohlen. Zu einer sorgfältigen Vorbereitung der Experimentalerprobung des Bausteinprinzips im Gesellschaftsbau auf der Basis der WBS-70- und SKBM-72-Grundfonds haben sich Bezirksbauamt, Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau, Generalauftragnehmer Plattenwerk, Kreisbauamt und Kreisprojekt Bautzen mit der TU Dresden zu sozialistischer Gemeinschaftsarbeit verbunden. In enger Verflechtung zu einer Überleitungsgruppe wird die theoretische Forschung zur Bausteinsystematik weiter bearbeitet. Sie ist zwischen dem Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR und der Sektion Architektur der TU Dresden im Themenkomplex „Grundlagen für die Entwicklung gesellschaftlicher Bauten für den Anwendungszeitraum nach 1980" langfristig vertraglich gebunden.
Inzwischen wurde das Zentrum Gesundbrunnen am Gebiet Gesellschaftsbauten in Verbindung mit der Bausteinanwendung und dem Nachweis des Elementesortiments mit Hilfe von Diplomarbeiten und studentischen Praktika weiterbearbeitet. Abbildung 6 zeigt die Bausteinverflechtung innerhalb der Zentrumsbereiche neben dem Auszug des Bausteinsortiments. Die Bausteine für die polytechnische Oberschule stimmen mit der zum Wettbewerb „Schulbauserie 80" eingereichten Lösung überein. Der Lageplan läßt die Stellung der 2 × zweizügigen Schule zum Zentrum und zum Naherholungsgebiet an der Talsperre ablesen.

Die Darstellung der Ebenen in der Bausteinübersicht sowie die in Abbildung 7 gezeigten Hauptgrundrißebene läßt in dem begrenzte Rahmen dieser Veröffentlichung auf eine nähere funktionelle Erläuterung verzichten. Es genüge der Hinweis, daß mit Hilfe einer offenen Passage und eines dreigeschossigen Foyers die Bereiche Kultur, Gastronomie, Sport und Freizeit miteinander verbunden sind. Hier hat sich auch ein geländebedingter, halbgeschossiger Versatz leicht bewältigen lassen, zum Vorteil einer balkonartigen Einsicht in die Einrichtungen. Auch die Ebenen der zweigeschossigen Kaufhalle mit dem begehbaren Dach folgen in günstiger Weise dem hängigen Gelände an einer Treppenstraße zum Hauptkommunikationsraum Markt, den Spezialläden und Dienstleistungseinrichtungen unter elfgeschossiger Wohnbebauung flankieren.

6
Bausteinverflechtung der Zentrumsbereiche und Auszug des Bausteinsortimentes in Funktionsebenen

7
Hauptgrundrißebene des Wohngebietszentrums Bautzen-Gesundbrunnen (Stand Extern-Diplomarbeit V. Weise)

8
Lageplan des Zentrums vom Wohngebiet Bautzen-Gesundbrunnen mit dem Anschluß zum Naherholungsgebiet Talsperre

Literatur

(1) Honecker, E.; Unser Bauen formt das Antlitz der sozialistischen Heimat. Aus dem Schlußwort zur 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR
Architektur der DDR **24** (1975) 7, S. 388
(2) Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976–1980
Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 168
(3) ebenda, S. 100
(4) Trauzettel, H.; Zur Wechselbeziehung zwischen städtebaulicher Gestaltung und Entwicklung der Gebäudesysteme des komplexen Wohnungsbaus
Schriftenreihe d. Bauforschung, Reihe Plenartagungen der Bauakademie, H. 8: Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms des VIII. Parteitages der SED. 31 Plenartagung. Bauinformation DDR 1975, S. 82–84
(5) Trauzettel, H.; Zur systemgerechten Entwicklung der gesellschaftlichen Masseneinrichtungen des komplexen Wohnungsbaues
TU Dresden, Übersichtsbericht zur Forschung 1974, S. 157–167
(6) Prendel, W.: Gesellschaftliche Bauten
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1974
(7) Gesellschaftliche Einrichtungen. Städtebauliche Planungsgrundlagen
Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, H. 58. Bauinformation DDR 1975
(8) Information April 1976 – Systemgerechte Rationalisierung des Gesellschaftsbaus im WBS 70. Beitrag der TU Dresden zum Wohnungsbauprogramm
37 Seiten Text, 108 Entwicklungsblätter
zu beziehen durch TU Dresden, Sektion Architektur, Gebiet Gesellschaftsbauten, 8027 Dresden, Mommsenstr. 13
(9) Sniegon, P. und Tillner, W.; Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Bautzen-Gesundbrunnen
Architektur der DDR **24** (1975) 6, S. 336–339

Zur städtebaulichen Variabilität gesellschaftlicher Bauten

Dr.-Ing. Klaus Zechendorf, Architekt BdA/DDR
Technische Hochschule Leipzig,
Sektion Ingenieurbau

Seit einigen Jahren werden auf Veranlassung betrieblicher Auftraggeber am Lehrbereich für Gebäudefunktionen der Technischen Hochschule Studien erarbeitet, die die Erzeugnisentwicklung des Gesellschaftsbaus betreffen. Dabei müssen auch die wachsenden Forderungen nach städtebaulicher Variabilität gesellschaftlicher Einrichtungen berücksichtigt werden. So reihen sich diese Arbeiten in die Versuche ein, durch Anwendung addierbarer Funktionseinheiten ausreichende Variationsbreite von Bauwerken mit erforderlicher Wiederholbarkeit von Teillösungen zu verbinden (3). Sie erlauben es, mit einem Anwendungsbeispiel auch einige konzeptionelle Aspekte dieses Prinzips zu behandeln.

Zur Entwicklung von Projektangeboten für Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen wurde vom Baukombinat Leipzig der Auftrag erteilt, eine bisher nur bei Schulbauten genutzte 2-Mp-Wand-Skelett-bauweise hierfür zu erschließen. Dabei waren wiederverwendungsfähige und kombinierbare Teillösungen anzustreben. Das Programm umfaßte neben Dienstleistungsobjekten wie Komplexannahme und Friseur-Kosmetiksalon auch Einrichtungen für Post, Sparkasse, Gebäudewirtschaft und Zweigbibliotheken. Diese über einen Planträgerbereich hinausgehende Erzeugnisentwicklung wird mit der annähernden Übereinstimmung der Parameter- und Flächenanforderungen möglich und im Interesse rationeller Fertigung auch notwendig.

Die Mehrzahl der bearbeiteten Bebauungskonzeptionen sieht eine standortmäßige Zusammenfassung der genannten Einrichtungen vor. Damit wäre zunächst eine Typisierung der dort entstehenden Gebäudekomplexe in zwei bis drei Größenordnungen als unveränderliche Kombination aller Teilfunktionen denkbar. Die Anwendungsstandorte sind jedoch vorwiegend Neubaukomplexe zur Abrundung vorhandener Wohngebiete und erfordern für derartige Einrichtungen bei gleichem Einzugsbereich unterschiedlichste städtebauliche Programme, hervorgerufen durch Kapazitätsdefizite oder -angebote in der umliegenden Wohnsubstanz. Auch für ein relativ selbständiges Neubaugebiet mit fast 80 000 EW werden trotz minimaler Beeinflussung aus umliegender Substanz mehrere programmbedingte Kombinationsvarianten durch differenzierte Einzugsradien der Nutzungskategorien erforderlich. Damit werden starre Gesamtprojekte unakzeptabel und bausteinhafte Angebote notwendig. In der Regel können auch weitgehend selbständige Gebäude hierzu gerechnet werden, sobald sie variabel miteinander kombinierbar sind. Gerade bei den behandelten Nutzungskategorien mit teilweise nur drei bis fünf Beschäftigten sind jedoch Sanitärbereiche in jedem Objekt unrentabel und nur in Kooperation rationell nutzbar. Um hierzu ein günstiges Prinzip zu ermitteln, wurden die Kopplungsalternativen nach funktionellen, städtebaulichen, bau- und ausrüstungstechnischen sowie ökonomischen Kriterien gegenübergestellt. Dabei sind mit Prinzip 1 und 3 im wesentlichen nur reihbare, mit Prinzip 2 auch stapelbare Kombinationsvarianten zu realisieren. Bei zusammenfassender Wertung besitzen zumeist eingeschossige, für die Mehrzahl der Teilfunktionen selbständig versorgte Einheiten (Prinzip 1) Vorteile bezüglich des Komplettierungsgrades und der Wiederholbarkeit der Projektlösungen (insbesondere TGA)

der rationellen Nutzung der Geschoßflächen

der Nutzbarkeit als Kapazitätsergänzung bei Rekonstruktionsvorhaben und Baustufenbildung.

Eingeschossig, insbesondere aber zweigeschossig um zentrale Versorgungssegmente variabel gruppierte Segmente (Prinzip 2) bieten Vorteile bezüglich

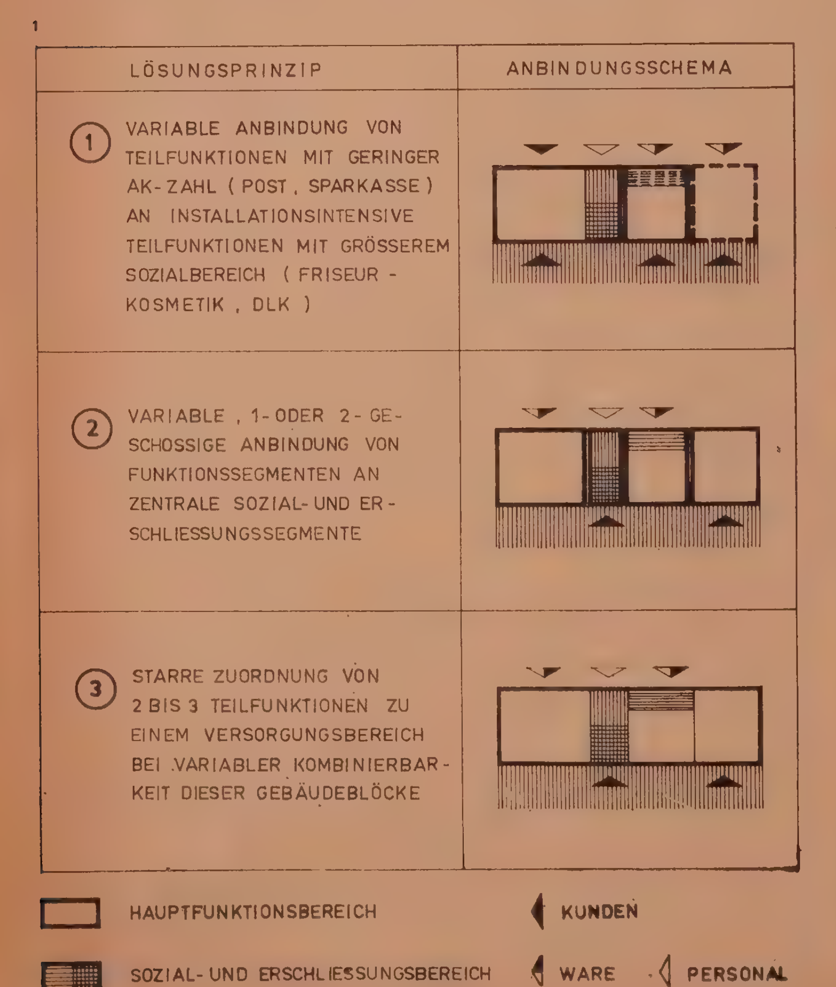
der Reduzierung der bebauten Fläche

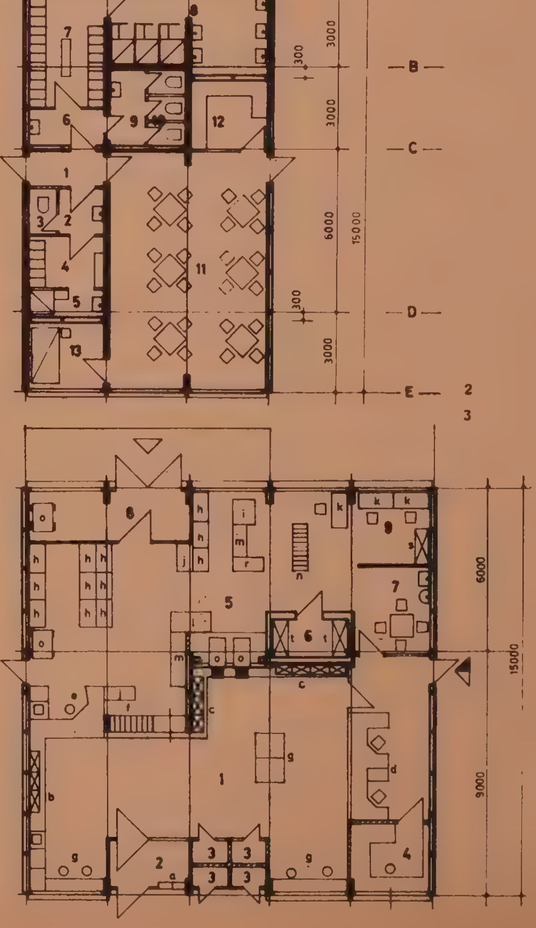
der städtebaulich-gestalterischen Wirksamkeit

der funktionellen Eigenschaften, insbesondere durch großzügigere Sozialbereiche.

Prinzip 3 verbindet zwar einige dieser Vorzüge; hierbei tritt jedoch mit der starren Kopplung mehrerer Teilfunktionen eine erhebliche Reduzierung der städtebaulich-planerischen Anpassungsfähigkeit ein. Diese ist zweifellos bei Prinzip 2 am höchsten. Mit ausgewählten 16 Funktions- und 2 Sozialsegmenten wären nahezu 300 Bauwerkskombinationen zu realisieren. Derartige komplex kooperierende Konzeptionen müssen jedoch von vornherein mit vollem Sortiment aller Teilsegmente entwickelt

1





2

3

1
Untersuchte Kopplungsvarianten für Dienstleistungssegmente

2
Beispiel für ein eingeschossiges Sozial- und Erschließungssegment

3
Beispiel für ein Funktionssegment ohne eigene Sanitäranlagen (Postamt mit drei Schalterplätzen)

4|5|6
Einordnungsvorschläge für Dienstleistungskomplexe aus unifizierten Projektbausteinen in Leipziger Wohnkomplexzentren (aus (1) nach Vorgaben des VEB Baukombinat Leipzig

Legende zu 4|5|6

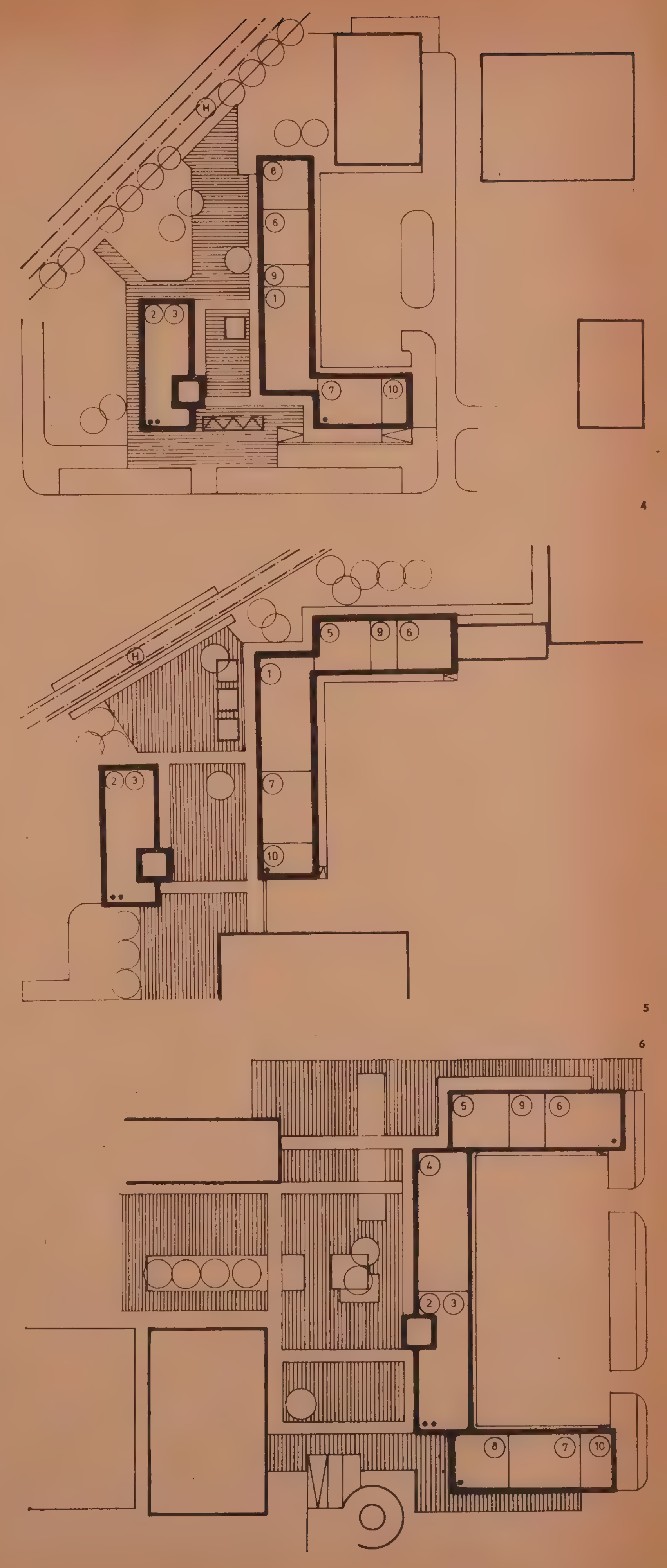
1 Komplexannahmestelle
2 Friseur- und Kosmetiksalon
3 Bibliothek
4 Apotheke
5 Sparkasse
6 Postamt
7 Gebäudewirtschaft
8 Altstoffannahme
9 Sozialsegment
10 Segment für Technische Gebäudeausrüstung

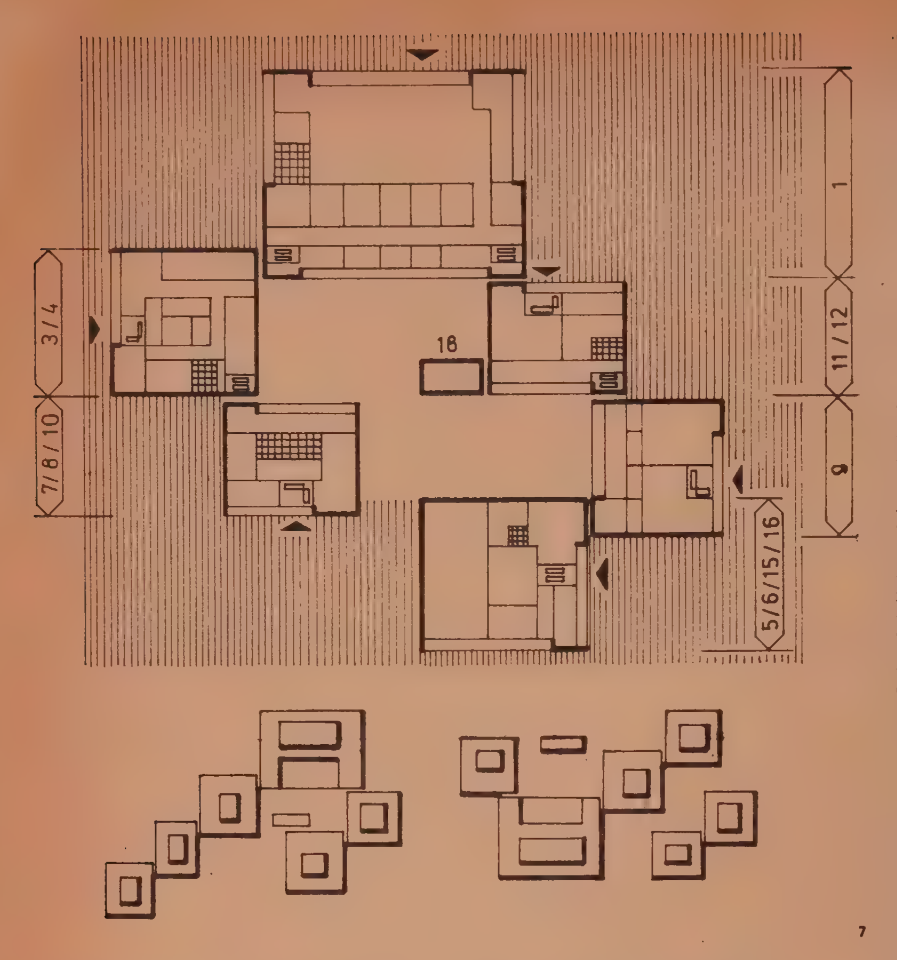
werden und sind in ihrer erheblichen planerischen und baukörperlichen Flexibilität nur bei maximalem Anwendungsfeld effektiv auszuschöpfen. Angebote mit wahlweiser Kooperation von jeweils nur zwei bis drei Teilkapazitäten können dagegen bei zunächst geringen Losgrößen schrittweise eingeführt werden. Da im vorliegenden Falle nur relativ wenige Standorte zu realisieren sind, wurde ein Kompromiß aus Prinzip 1 und 2 für die weitere Projektierung zugrundegelegt: Größere installationsintensive Objekte wie Friseur-Kosmetiksalon oder die Apotheke erhalten eigene Sanitärräume, und das Prinzip variabler Kopplung an neutrale Sozialsegmente wird auf Einrichtungen wie Komplexannahmestelle oder Postamt beschränkt, die nur geringe betriebstechnologische Sanitärausrüstungen erfordern. Die Anzahl der möglichen Kopplungsvarianten bleibt dabei trotzdem weit über dem heute absehbaren Bedarf. Von besonderem Interesse ist die hierbei erreichbare städtebaulich-gestalterische Variabilität. Hierzu sind zunächst zwei Aspekte zu beachten:

- Die grundsätzlichen Möglichkeiten baukörperlicher Variation gehen über die in Bild 1 gezeigten Schemata hinaus. So könnten mit Prinzip 2 neben beiderseitiger Reihung und Stapelung ebensogut bis zu vier Funktionssegmente atriumartig um das Kernsegment gruppiert werden. Im konkreten Falle führen bauweisenbedingte Schwierigkeiten der dabei notwendigen Vorkopfmontage zur Beschränkung auf langgestreckte, nur durch Abwinklungen gegliederte Lösungen.

- Für uneingeschränkte baukörperliche Variabilität (Prinzip 2) wäre wahlweise Stapelbarkeit annähernd gleich großer Funktionssegmente notwendig. Diese wiederum erfordert das Einpassen unterschiedlicher Nutzungskategorien in gleichartige räumlich-konstruktive Strukturen, was zu funktionellen Kompromissen und Erhöhung des Flächenaufwandes von 10 bis 12 Prozent gegenüber nutzungsspezifischen Lösungen führen kann. Damit wird gleichzeitig die Problematik von Mehrzwecksegmenten umrissen (3). Außerdem bleibt wahlweise Stapelbarkeit nur sinnvoll, wenn derartige Dienstleistungsobjekte in Zentren eingefügt werden, wo durch eine zweite Erschließungsebene flexible Kunden- und Warenzuführung zum Obergeschoß gesichert ist.

Die oben aufgezählten, für die Überleitung festgelegten Abstriche von maximaler Austauschbarkeit der Teilfunktionen berücksichtigen diese Faktoren und sind vordergrün-





7

7
Leningrader Wohnkomplexzentren aus variabel kombinierbaren Blocksegmenten für 12 000 Ew nach einer Konzeption der Architekten Žuk und Drozdov von Lenprojekt
1 Lebensmittel
2 Industriewaren
3 Gaststätte
4 Menüladen
5 Mehrzwecksaal
6 bis 8 Dienstleistungen
9 Postsparkasse
10 Friseur
11 Apotheke
12 Säuglingsmilchausgabe
13 bis 15 Dienstleistungen, Wohnungsverwaltung
16 Klubräume

dig auf rationelle Flächenausnutzung und TGA-Konzeptionen sowie einfachste Montagebedingungen ausgerichtet. Zugegebenerweise tritt damit auch eine Reduzierung der städtebaulich-gestalterischen Variationsbreite ein; die ursprünglich auf individuelle Projekte orientierten städtebaulichen Vorgaben sind in der vorgesehenen Vielfalt der Baukörpergliederung nicht realisierbar. Andererseits wurden bereits hier die Dienstleistungskomplexe fast übereinstimmend für alle Standorte als richtungbetonte Objekte vorgesehen, die der Fassung von Kommunikationsachsen oder der Verbindung von Großobjekten wie Kaufhalle und Komplexgaststätte dienen. Dennoch ist auch mit dem angebotenen Sortiment an Projektbausteinen durchaus diese Grundidee bei angemessener standortmäßiger Anpassungsfähigkeit der Baumassengliederung umsetzbar.

Eine Schlußfolgerung aus den beschriebenen Studien kann im Prinzip auch auf andere Gebäudekategorien übertragen werden: Städtebaulich-gestalterische Variabilität ist nur in Übereinstimmung mit erzeugnisbezogenen und planerischen Variabilitätsanforderungen realisierbar.

Solche ergeben sich im wesentlichen

aus der Bildung von Projektreihen mit variabel und mehrfach einsetzbaren Bauwerksteilen

aus der Anwendung eben dieser Bauwerksteile auch für typische Maßnahmekomplexe der Rekonstruktion sowie aus der Baustufenbildung

aus den zunehmenden Anforderungen nach Umsetzung funktioneller Verflechtungsbeziehungen.

Weiterhin ist deutlich geworden, daß für ein günstiges Verhältnis von Austauschbarkeit und Wiederholungsgrad der Teillösungen die Bestimmung zweckmäßiger bausteinhafter Aufgliederung in Segmente, Sektionen oder Raumgruppen, d. h. die Festlegung des kleinsten Unifizierungsobjektes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Auswertung von Entwicklungstendenzen des Gesellschaftsbaus unter Einbeziehung von Ergebnissen eines Zusatzstudiums am Moskauer Architekturinstitut (4) ergibt hierzu folgende Ansätze: Werden Variabilitätsanforderungen aus Reihenbildung, Kapazitätsergänzungen (Rekonstruktionsmaßnahmen) und Baustufenbildung den spezifischen Bedingungen der Gebäudekategorien angemessen, sind sie mit addier- und wiederholbaren Teilbauwerken zu verwirklichen und verlangen keine extrem bausteinhafte Aufgliederung.

Diese Unifizierungsebene kann durchaus auch den derzeitigen Verflechtungsmöglichkeiten der Funktionskategorien entsprechen. Für diese erscheint die Umsetzung von funktionellen Wechselbeziehungen innerhalb der Bereiche zunächst als vorrangiges Anliegen. So sind zum Beispiel die Forderungen nach variabler Funktionsverflechtung von Gastronomie, Kultur- und Freizeitsport in Komplexgaststätten oder nach konsequenterer Schulkomplexbildung auf Reihenbasis ausreichend definiert, während für eine gegenseitige bauliche Integration beider Einrichtungen vorerst kaum Ansätze bestehen. Erst eine umfassende und wahlweise Verflechtung aller Bereiche einschließlich variabler Stapelung und Durchdringung von Handels-, Gastronomie-, Kultur-, Sport- und Dienstleistungseinrichtungen erfordert eine wesentlich weitergehende Bauwerksaufgliederung bis zur unifizierten Raumgruppe. Die bisherigen Studien zu einer solch weitgehenden wechselseitigen Überlagerung mehrerer Kategorien des Gesellschaftsbaus bestätigen jedoch, daß sich hierbei die Variabilitätsanforderungen aus funktionellen, sicherheitstechnischen, bau- und ausrüstungstechnischen Einflußfaktoren gewissermaßen potenzieren (3). Das führt zu einer erheblichen Erweiterung der Sortimentsbreite der Projektbausteine bzw. ihrer Kopplungsbedingungen, deren technisch-ökonomische Konsequenzen bisher noch nicht überschaubar sind. Damit wird die aus zentralen Konzeptionen ablesbare Orientierung bekräftigt, derartig extreme Variabilitäts- und Verflechtungsstufen der Einführung offener Systeme vorzubehalten und die Erzeugnisentwicklung für den Gesellschaftsbau zunächst auf kopplungsfähige und begrenzt verflechtungsbereite Segmente und Bauwerke zu orientieren. Vor allem sowjetische Projektierungskonzeptionen für Wohnkomplexzentren zeigen, daß bereits hiermit eine angemessene städtebauliche Variabilität gesichert werden kann (4). Die Angebotsreihe für Leningrader Wohnkomplexzentren beschränkt Kooperationsbeziehungen auf zwei bis drei Teilfunktionen in sogenannten Blocksektionen. Diese besitzen einfache Baukörper, gestatten aber durch 6 m Anschlußflächen an allen Gebäudeseiten vielfältige Gruppierungsmöglichkeiten. Eine am Lehrbereich Gebäudefunktionen durchgeführte Analyse zur städtebaulichen Wirksamkeit gesellschaftlicher Bauten in 40 Bebauungskonzeptionen von Wohngebieten verdeutlicht ebenfalls, daß nicht vordergründig mit einer Aufgliederung der Objekte entsprechende Steigerungsmöglichkeiten entstehen, sondern zumindest gleichwertig aus ihrer Ein- und Zuordnung. Außerdem zeigen interessanterweise nicht extrem verflochtene, sondern locker verbundene Baukörper höheren Wirkungsgrad bei der städtebaulichen Raumbildung und Blickpunktwirkung.

Hieraus sollen keinerlei Abstriche im Bemühen um die Einführung offener Bausysteme und die damit verbundene Durchsetzung maximaler Verflechtungsbereitschaft für Gesellschaftsbauten abgeleitet werden. Es ist aber zumindest die Schlußfolgerung zulässig, daß für die nächste Etappe gegebene Orientierung auf bausteinhaft kopplungsfähige Angebotsbauwerke für die Haupterzeugnisse (2) zwar ein Übergangsstadium zu flexibleren Konzeptionen aber keineswegs eine Notlösung nach städtebaulich-gestalterischen Gesichtspunkten sein muß.

Literatur

(1) Eschler, F.: Dienstleistungskomplexe aus addierbaren Funktionseinheiten, Diplomarbeit am Lehrbereich Gebäudefunktionen der Hochschule für Bauwesen Leipzig, 1976
(2) Prendel, W.: Wohngebietszentren in der DDR, in: „Architektur der DDR", 1 1976
(3) Zechendorf, K.: Zur Anwendung addierbarer Funktionseinheiten für gesellschaftliche Einrichtungen ..., Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Bauwesen Leipzig, 2/1975
(4) Zechendorf, K.: Zu Stand und Entwicklungstendenzen der Planung und Projektierung gesellschaftlicher Einrichtungen in städtischen Wohngebieten der Sowjetunion, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Bauwesen Leipzig, 3/1976

1

Internationales Seminar über Entwürfe und den Bau von Krankenhäusern

Dipl.-Ing. Joachim Härter
BdA-Betriebsgruppe, Ingenieurhochbau Berlin

1
Krankenhaus „Lenin" in Ciudad de Holguin mit 850 Betten.
Monolithische Stahlbetonskelettkonstruktion

2
Blick auf das Präsidium des Seminars

3
Allgemeines Krankenhaus mit Fachabteilungen für Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe in Victoria de las Tunas in Guantanamo mit 630 Betten. Stahlbetonfertigteilkonstruktion, System Giron



2

3



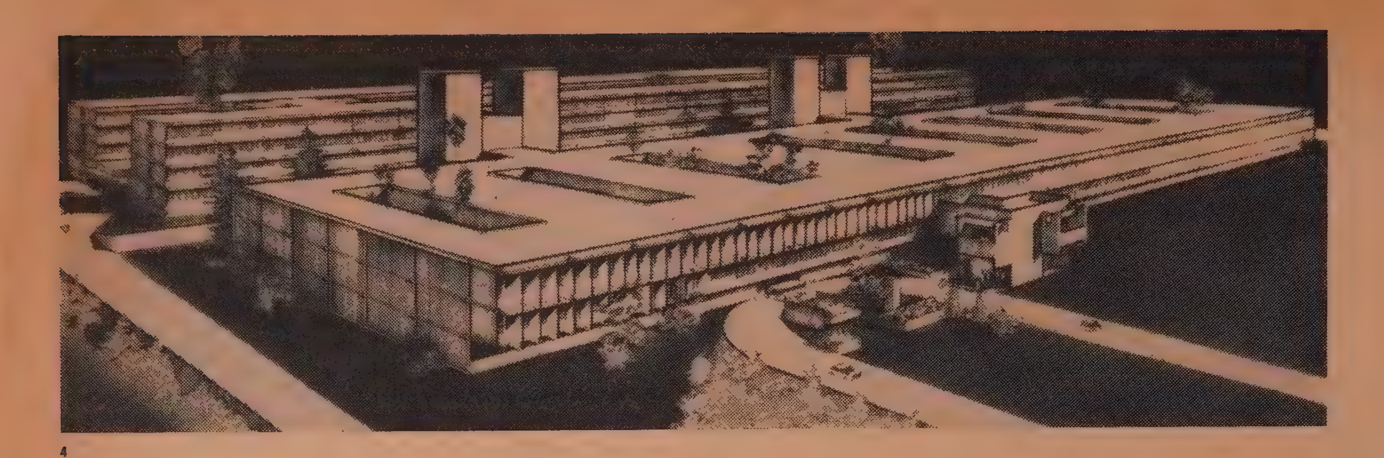
Vom 11. bis 30. 8. 1976 fand in Havanna (Kuba) ein Seminar über Entwürfe und den Bau von Krankenhäusern statt.

An diesem internationalen Treffen nahmen Delegationen der Architektenverbände folgender Länder teil:

Demokratische Volksrepublik Algerien, Volksrepublik Bulgarien, Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Mongolische Volksrepublik, Sozialistische Republik Rumänien, Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Weiterhin waren Architekten aus folgenden Ländern anwesend: Kolumbien, Mexiko, Venezuela und der Republik Kuba.

Die Grundlage für diese Reise bildete die Vereinbarung nach Artikel 72 des Arbeits-



4



5

planes über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der DDR und der Republik Kuba.

Im Seminar wurden die sozialpolitischen und ökonomischen Probleme des Krankenhausbaus sowie die Bauverfahren und Bausysteme behandelt.

Jedes Land war aufgefordert worden, einen Vortrag zu halten, der folgende vorgegebene Themen beinhalten sollte:

1. Konzeptionelle Darlegung und territoriale und bevölkerungsmäßige Strukturierung der Gesundheitseinrichtungen des betreffenden Landes in Verbindung mit dem effektiv vorhandenen Krankenhausnetz

2. Darstellung der Art des Krankenhauses und seine Klassifizierung innerhalb der verschiedenen Einheiten des Krankenhausnetzes. Qualitative und quantitative Charakteristika, architektonische Vorhaben

3. Methodik der Beziehungen zwischen Investitionen, Projektierung und Bau der Krankenhäuser

4. Etappen bei der Industrialisierung des Krankenhausbau und die Beziehungen der einzelnen Etappen untereinander

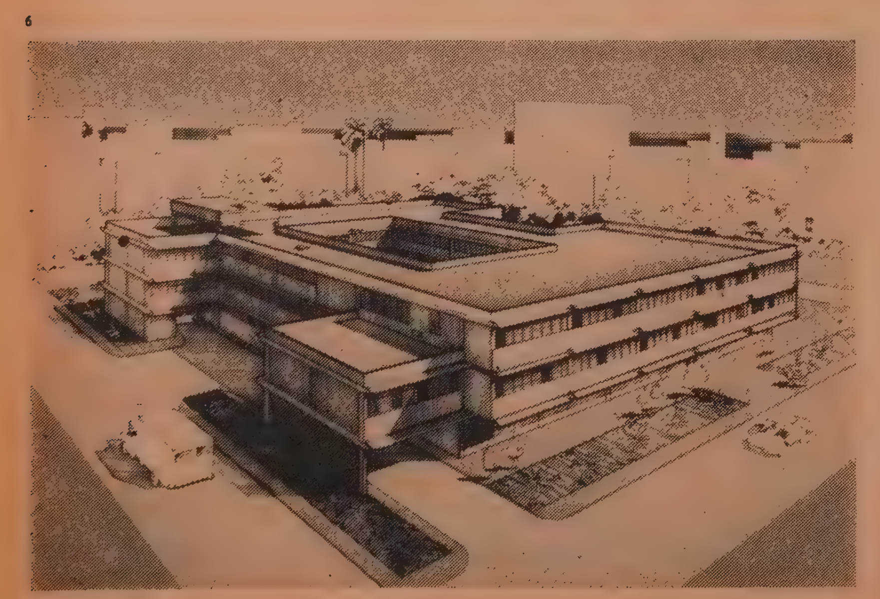
5. Projektierungskennziffern für Krankenhäuser;
Kennziffern hinsichtlich der Art des Krankenhauses – nach der medizinischen Fachrichtung und allgemeine Kennziffern entsprechend dem Gesamtkomplex
funktionelle Kennziffern – aufgeteilt nach Fachabteilungen und allgemein
ökologische Kennziffern – einzeln und insgesamt (Belüftung, Beleuchtung usw.)
technisch-konstruktive Materialverbrauchskennziffern, Bedarf an Maschinen, Anlagen und Arbeitskräften
technisch-ökonomische Kennziffern (Aufstellungsort, Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen – Wasser, Strom usw. – und Kosten)

6. Materialien und Techniken für die Installierungsarbeiten und den Ausbau. Innenausbau und äußere Gestaltung sowie Gestaltung der Außenanlagen

7. strukturelle und konstruktive Systeme einschließlich der Bautechnologie

8. architektonische Ausrüstung, darunter Signalanlage; technische Anlagen: Strom, Sprechanlagen usw.; Technologie für die Diagnostik und/oder medizinische Therapeutik hinsichtlich der Einflußnahme auf

6



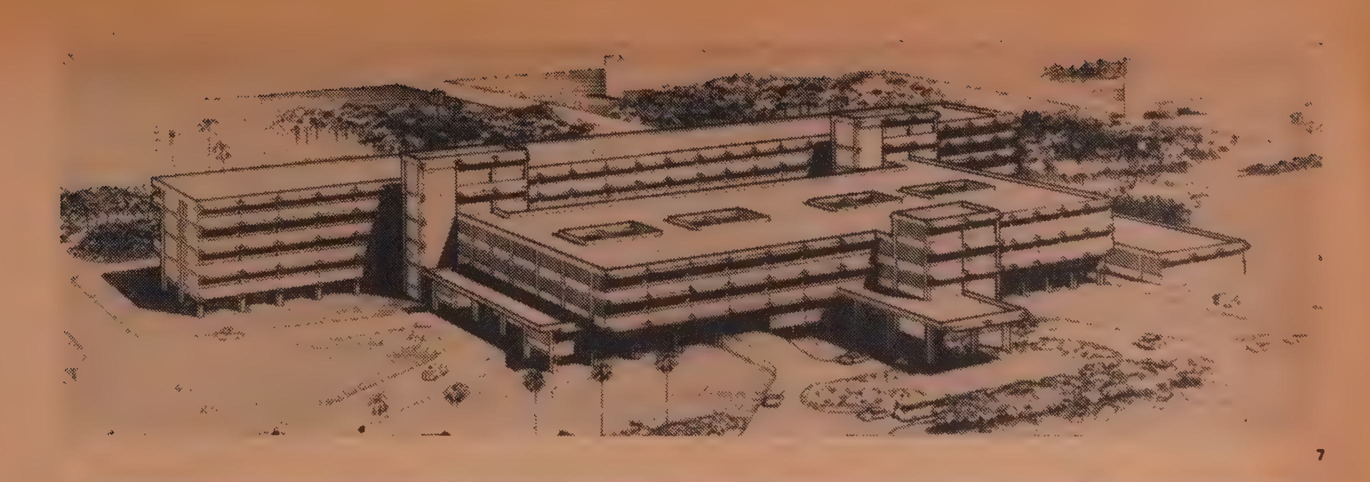
4
Allgemeines Krankenhaus für Chirurgie in Cienfuegos mit 619 Betten.
Stahlbetonfertigteilkonstruktion

5
Blick auf die Baustelle des Krankenhauses in Cienfuegos

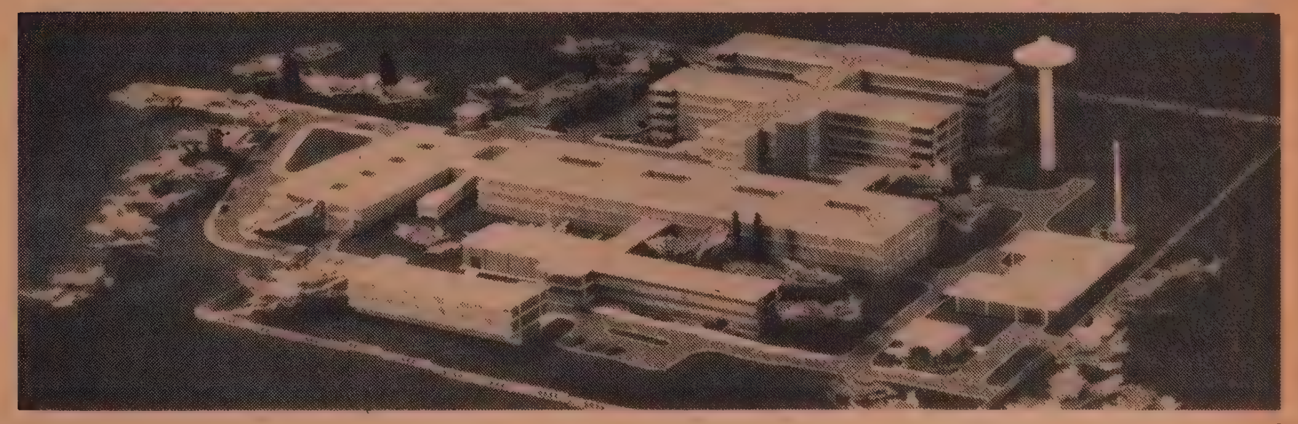
6
Zentrale Poliklinik für einen Einzugsbereich von 30 000 Einwohnern. Typenprojekt in Stahlbetonfertigteilkonstruktion

7
Zentralkrankenhaus in San Cristobal „Nuevitas" Contramaestre/Puerto Padre mit 300 Betten.
Stahlbetonfertigteilkonstruktion

8
Zentralkrankenhaus Dong Hoi in der vietnamesischen Provinz De Quang Binh mit 450 Betten. Dieses Krankenhaus errichteten kubanische Bauleute als Solidaritätsgeschenk für die Demokratische Republik Vietnam.



7



8

die Abmessungen der Räume und deren Verteilung

9. Methodik der Projektierung einschließlich der Arbeitskräfte und der Arbeitszeit, Kennziffern der spezifischen Kosten bei allen einzeln aufzuführenden technischen Fachrichtungen, bezogen auf das gesamte Projekt.

Ausgangspunkt des Vortrages der DDR-Delegation waren die Beschlüsse des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die auf eine weitere Qualität und Wirksamkeit der medizinischen Arbeit beim Vorbeugen, Erkennen und Behandeln von Krankheiten orientieren.

Im Rahmen des Vortrages wurden die Stellung des Krankenhauses in der medizinischen Betreuung, die bisherige Entwicklung im Krankenhausbau, einige gebaute Beispiele und die Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet gemacht haben, dargestellt. Es wurde besonders auf die Entwicklung des Krankenhausbaus in der DDR eingegangen. Unser Land hatte damals von der Sowjetunion eine große Unterstützung beim Aufbau des Gesundheitswesens erhalten. Das Studium der Erfahrungen der UdSSR, ja in einigen Fällen sogar eine direkte Übernahme von Typenprojekten, war damals eine große Hilfe für uns.

Diese Unterstützung schaffte einen Vorlauf für die eigene Arbeit und die weiteren Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Wir arbeiten heute nicht nur auf theoretischem Gebiet im Rahmen der sozialistischen Integration zusammen, sondern auch in der praktischen Arbeit. Zum Beispiel projektieren unsere ungarischen Fachkollegen unter Beachtung der bei uns angewendeten Bauweisen das Bezirkskrankenhaus Neubrandenburg.

Die Vorträge der einzelnen Delegationen zeigten den Stand und die weiteren Entwicklungstendenzen des jeweiligen Landes unter Beachtung und Darlegung ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten. Dabei kam zum Ausdruck, daß die sozialistischen Länder große Erfolge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens erzielt haben. Unsere Länder können alle Schichten der Bevölkerung eine ausreichende medizinische Betreuung sichern. Heute geht es bei uns in der DDR um eine noch bessere Betreuung unserer Menschen in allen Bereichen der ambulanten und stationären Einrichtungen.

Ein Ausdruck hierfür ist der weitere Bau neuer Krankenhäuser, Polikliniken, Ambulatorien und Feierabendheimen. Dafür stellt unser Staat mehr als doppelt soviel finanzielle Mittel bis 1980 zur Verfügung als es im vorangegangenen Fünfjahrplan der Fall war. Weiterhin wird jeder Bezirk bis 1980 ein neues leistungsfähiges Bezirkskrankenhaus erhalten. Gleichzeitig wird mit der komplexen Rekonstruktion und dem Ersatz durch Neubau der Kreiskrankenhäuser begonnen.

Diese langfristigen und komplexen Entwicklungsaufgaben im Gesundheitswesen sind nur in einer sozialistischen Planwirtschaft möglich, wo alles für das Wohl des werktätigen Volkes getan wird.

Mit großer Aufmerksamkeit wurden die Vorträge und Berichte der kubanischen Architekten über die Entwicklung des Gesundheitswesens in ihrem Lande nach der Revolution aufgenommen. Eine repräsentative Ausstellung über die Entwicklung des Gesundheitswesens und des Krankenhausbaus in Kuba wurde im Foyer des Hotels „Habana Libre" zu Beginn des Seminars durch den stellvertretenden Minister für Gesundheitswesen eröffnet.

Die kubanischen Architekten haben unter Führung der Kommunistischen Partei Kubas auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ein Beispiel für ganz Lateinamerika geschaffen, das weit über die Landesgrenzen ausstrahlt. Kuba ist das erste Land auf diesem Kontinent, das jedem Menschen eine umfassende kostenlose medizinische Betreuung garantiert. Eine Reihe von Krankheiten wurde in kurzer Zeit eingedämmt. In den Städten und ländlichen Gebieten wurden und werden Krankenhäuser und Polikliniken errichtet, wird die Bettenzahl weiter erhöht und die vor der Revolution entstandenen Disproportionen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden kontinuierlich abgebaut. In Kuba geht man heute den Weg einer effektiven und klug vorbereiteten Entwicklung im Bau von neuen Krankenhäusern unter Anwendung vorgefertigter industrieller Bauweisen.

Diese neuen Aufgaben und Projekte wurden uns vorgestellt und erläutert.

In Fortführung des Seminars wurden Besichtigungen von Polikliniken und im Bau befindlichen Krankenhäusern durchgeführt. Dazu wurden von den kubanischen Gastgebern Fahrten bis nach Cienfuegos organisiert, um den Delegationsmitgliedern einen umfassenden Überblick über die Entwicklung ihres Landes zu geben.

Dabei wurden Fahrten in das umliegende Gebiet gemacht, um Land und Leute kennenzulernen sowie die alten Bauwerke aus der spanischen Kolonialzeit zu besichtigen. Diese Bauten stehen jetzt unter Denkmalschutz und werden mit großer Sorgfalt restauriert und gepflegt.

Am letzten Tag unseres Aufenthaltes in Havanna wurde in feierlicher Form die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Vertretern der Ungarischen VR und Kuba sowie der Demokratischen Volksrepublik Algerien und der Republik Kuba vorgenommen.

Anschließend unterzeichneten die Vertreter der beteiligten Delegationen das Abschlußprotokoll und danktem dem Gastgeber für die hohe Qualität der Vorbereitung und Durchführung dieses Seminars.

Rationalisierung der Projektierungsprozesse

Dr.-Ing. Horst Wieland
Bauakademie der DDR, Institut für Projektierung und Standardisierung

Die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche an den Umfang und an die funktionelle, ökonomische und gestalterische Qualität der Bauaufgaben und ihre Realisierung sowie die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die weitere Industrialisierung des Bauwesens erfordern die stetige Steigerung der Qualität der Projektlösungen und die Erhöhung ihrer Wiederverwendung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen.

Die in der Direktive zum Fünfjahrplan 1976 bis 1980 formulierte Leistungssteigerung der Projektierung im Bauwesen auf 153 bis 155 Prozent erfolgt vorrangig durch

- Erhöhung der Anwendung von Angebotsprojekten und wiederverwendungsfähigen Projektlösungen auf 55 bis 58 Prozent
- Rationalisierung der Projektierungsprozesse
- Senkung des spezifischen Projektierungsaufwandes um durchschnittlich 20 Prozent. (1)

Die Wertung der Leistungssteigerung der Projektierung wird nach drei Ergebniskomplexen in aufgeführter Rangfolge vorgenommen:

1. nach der materiellen und kulturellen Qualität der Erfüllung des gesellschaftlichen Baubedarfes, die in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen offensichtlich wird
2. nach der technischen, organisatorischen und ökonomischen Qualität der Vorbereitung der Bauproduktion, einer wesentlichen Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität und Effektivität der Bau- und Montageprozesse
3. nach der Senkung der für die Vorbereitung der Investitionen und der Bauproduktion notwendigen gesellschaftlichen Aufwendungen im Projektierungsprozeß selber, bei wachsenden Anforderungen an die Qualität der Projektlösungen hinsichtlich Realisierung und Ergebnis der Bauaufgaben.

Die bisherigen Ergebnisse der Arbeit des Institutes für Projektierung und Standardisierung auf dem Gebiet der Rationalisierung der Projektierung im Bauwesen entstanden in enger Gemeinschaftsarbeit mit anderen Instituten der Bauakademie, mit Hochschulen und Projektierungseinrichtungen der Baukombinate.

Mit Hilfe der Anwendung der EDV wurden eine Reihe statischer Berechnungsfälle der Projektierung gründlicher durchdrungen und rationalisiert, wesentliche materialökonomische Effekte erzielt und eine beachtliche Breitenanwendung solcher Programmpakete erreicht, wie zur Berechnung von

- Kernen und Scheiben,
- Stabtragwerken,
- Fundamenten.

Immer wirksamer beeinflußt das Institut eine rationelle, einheitliche und koordinierte Entwicklung der Nutzung der EDV im Bauwesen durch die Wahrnehmung der Leitfunktion für die EDV-Anwendung im Bauwesen.

Das hier geführte EDV-Projektregister umfaßt gegenwärtig 2000 Datenverarbeitungsprojekte für das Bauwesen, darunter rund 300 für Aufgaben der Projektierung, hiervon etwa 160 für die bautechnische und 140 für die bautechnologische und bauwirtschaftliche Projektierung.

Aktive Entwicklungsarbeit betreibt das Institut auch für die einheitliche Gestaltung der bauwirtschaftlichen Projektierung, um mit einer komplexen EDV-gestützten Rationalisierungslösung eine Leistungssteigerung in der bauwirtschaftlichen Projektierung um rund 25 Prozent zu erreichen.

Für die breitenwirksame Anwendung praxiserprobter Programmpakete für Tiefbaumaßnahmen, für statisch-konstruktive Berechnungen, für Aufgaben der Technischen Gebäudeausrüstung und für den bautechnischen Ausbau, die nur auf großen Anlagen der EDV abgearbeitet werden können, werden im Zusammenwirken mit dem wissenschaftlich-technischem Zentrum (WTZ) für Industriebau, den Bezirksbauämtern und Kombinaten des Bauwesens Anwenderzentren an ausgewählten Standorten geschaffen. „1976/77 sind dazu unter Anleitung der Bauakademie in den Bezirken Erfurt und Rostock zwei Beispiele zu schaffen. 1978 ist in der Hauptstadt der DDR Berlin sowie in den Bezirken Leipzig und Magdeburg der Aufbau solcher Anwenderzentren vorzunehmen." (2)

Wachsende Ergebnisse stellen sich auf dem Gebiet der Wiederverwendung durch die einheitliche Katalogisierung im Bauwesen ein, die seit 1972 organisiert wird, mit Baustoffen und Baumaterialien im Rahmen des „Zentralen Artikelkataloges der Volkswirtschaft" (ZAK) begonnen wurde, Bauelemente und Bauwerksteile umfaßt, Übersichten über Angebotsprojekte und wiederverwendungsfähige Projektlösungen enthält, Materialverbrauchsnormen und Investitionsaufwandsnormative bereitstellt. Bisher wurden 307 Kataloge erarbeitet, von denen 280 bereits zur Herausgabe gelangten.

Gegenwärtig wird die Katalogisierung von Bautechnologien und Baumaschinen gemeinsam mit dem WTZ für Industriebau und der VVB Baumechanisierung im arbeitsteiligen Prozeß der Projektierungsbetriebe der Bau- und Montagekombinate des Industriebaues vorbereitet.

Das Institut für Projektierung und Standardisierung nimmt die Leitfunktion des Organisationszentrums für das Katalogwerk Bauwesen wahr und organisiert die Information und Beratung über Angebotsprojekte und wiederverwendungsfähige Projektlösungen. Diese Information und Beratung von Auftraggebern und Projektanten muß getragen sein von einer progressiven Arbeit und Einstellung der Projektierungsbetriebe für die Aufgaben der Erzeugnis- und Verfahrensverantwortung ihrer Kombinate sowie der Bezirksbauämter für ihre territorialen Bereiche. Die Information und Beratung über Angebotsprojekte und wiederverwendungsfähige Projektlösungen ist eine Funktion wirksamer Arbeitsteilung im Bauwesen mit zunehmender Bedeutung, ohne die der notwendige Leistungsanstieg in der Projektierung und im Bauwesen insgesamt nicht erbracht werden kann.

Umfangreiche Arbeit leistet das Institut bei der Erprobung von Geräten und kombinierten Geräteketten für die Ausrüstung der Projektierungsbetriebe zur schrittweisen Mechanisierung von Arbeitsprozessen in der Projektierung. Dabei werden die Projektierungseinrichtungen bei der Erarbeitung ihrer Rationalisierungskonzeptionen beraten, Arbeitsmittelkarten für projektierungstypische Ausrüstungen mit Leistungs- und Einsatzparametern erarbeitet und die zentrale Bilanzierung des Ministeriums für Bauwesen für leistungsbestimmende Ausrüstungen der Projektierung unterstützt durch Erarbeitung und Fortschreibung einer einheitlichen Gerätenomenklatur als Grundlage eines Stufenprogrammes zur Sicherung der notwendigen Entwicklung der Grundfonds.

Im Vordergrund steht hierbei die Foto-, Mikrofilm- und Vervielfältigungstechnik, bei deren richtiger Anwendung bis zu 25 Prozent Papiereinsparung im Prozeß der Projektdokumentation erzielt werden können und mit deren Hilfe rationelle technologische Verfahren der Projektierung entwickelt, erprobt und breitenwirksam durchgesetzt werden.

Im Zeitraum bis 1980 wird die Entwicklung und Einführung der Katalogprojektierung weitere Möglichkeiten der Leistungssteigerung der Projektierung eröffnen und wesentlich zur einheitlichen Anwendung erprobter, wiederverwendungsfähiger Projektlösungen beitragen.

Die Katalogprojektierung wird als eine Projektierungstechnologie definiert, bei der Projektierungsarbeiten

unter direkter Übernahme oder Anwendung katalogisierter Komplex- und Teillösungen für die Realisierung von Bauaufgaben

in unterschiedlicher Dokumentationsform

auf der Grundlage einer rationellen Arbeitsorganisation und

der Nutzung leistungsfähiger Geräte oder Geräteketten

mit hoher Arbeitsproduktivität durchgeführt werden.

Angebots- und Wiederverwendungsprojektierung sind hochkomplettierte Formen der Katalogprojektierung.

1

KATALOGWERK BAUWESEN

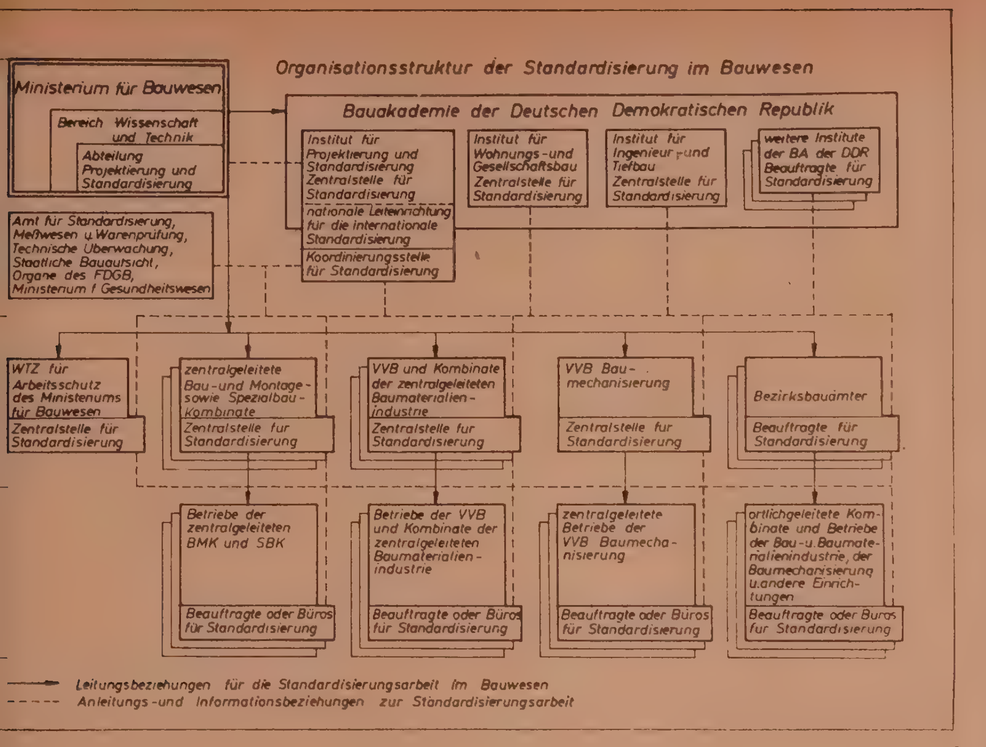
BAUTECHNOLOGIEN | BAUMASCHINEN | ERZEUGNISSE | KENNZIFFERN | DATENVERARBEITUNGSPROJEKTE

BAUSTOFFE | BAUELEMENTE | BAUWERKSTEILE EINSCHL. KONSTRUKTIONSDETAILS | PROJEKTE VON GEBÄUDEN UND BAULICHEN ANLAGEN | MATERIALVERBRAUCHSNORMEN MVN | INVESTITIONSAUFWANDSNORMATIVE IAN

ERLÄUTERUNGEN:
KATALOGE VORHANDEN BZW IN VORBEREITUNG
METHODISCHE GRUNDLAGEN DER KATALOGISIERUNG IN VORBEREITUNG
GEPLANTE BESTANDTEILE DES KATALOGWERKS BAUWESEN
GRUNDLAGEN DER KATALOGPROJEKTIERUNG
GRUNDLAGEN DER ANGEBOTS- UND WIEDERVERWENDUNGS-PROJEKTIERUNG

1
Bestandteile des Katalogwerkes Bauwesen

2
Organisationsstruktur der Standardisierung im Bauwesen



2

Im Rahmen der mehrseitigen Zusammenarbeit der RGW-Länder trägt die ČSSR gemeinsam mit der DDR die Verantwortung für eine einheitliche, austauschbare Entwicklung der Katalogisierung, der Katalogprojektierung und der dafür notwendigen Gerätetechnik.

Die Entwicklung und Nutzung der Katalogprojektierung unterstützt die weitere Industrialisierung des Bauwesens und wird durch sie gefördert.

In diesem Prozeß der Entwicklung der Intensivierung des Bauwesens werden hohe Ansprüche an die Steigerung des Niveaus der Standardisierung gestellt. Das Institut trägt hierfür eine große Verantwortung, denn ihm ist die Leitfunktion der „Koordinierungsstelle für Standardisierung im Bauwesen" übertragen.

Ein Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit auf diesem Gebiet geht davon aus, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt über das Projekt in die Bauproduktion umgesetzt wird. Deshalb werden direkte Anwendbarkeit von Standards im Projektierungsprozeß, längerfristige stabile Standardverbindlichkeiten und stärkere Komplexbildung im Standardisierungsprozeß in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt.

Umfassende Arbeiten zur Neuordnung der Gesamtheit der Vorschriften wurden in den letzten Jahren in Kooperation mit Instituten und Kombinaten geleistet, erste Teilergebnisse des „Einheitlichen Technischen Vorschriftenwerkes des Bauwesens" (ETV-Bau) fertiggestellt und durch die Bauinformation in das Recherchesystem „bauselectronic" eingespeichert. Damit werden wichtige Grundlagen für eine rationellere Arbeit mit den Vorschriften und für die Erhöhung der Rechtssicherheit in Forschung, Entwicklung, Projektierung, Vorbereitung und Durchführung der Bauproduktion geschaffen.

Die weitere Industrialisierung des Bauwesens erfordert eine konsequentere Unifizierung der Hauptbestandteile der Bauweisen, ihrer vorgefertigten Bauelemente und Verbindungen, ihrer Ausrüstungen, Formen und Schalungen. Grundvoraussetzungen hierfür sind eindeutige geometrische Ordnungen. Das Institut für Projektierung und Standardisierung sichert die Ausarbeitungen der Grundlagen, Standards und Einführungsmaßnahmen für die Maß- und Toleranzordnungen, ein Aufgabenkomplex, der in zwei- und mehrseitiger Zusammenarbeit mit den Ländern des RGW bearbeitet wird und an dem in kooperativer Gemeinschaftsarbeit Hochschulen, Institute und Kombinate beteiligt sind.

Ein breites Aufgabenspektrum der Arbeit des Institutes liegt auf dem Gebiet der Projektierungsorganisation. Mit der Entwicklung der Arbeitsteilung wächst die Bedeutung der rationellen Organisierung der Spezialisierung, Kooperation und Kombination sowie Konzentration für die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit. Das hat für die Projektierung im Reproduktionsprozeß der Baukombinate deshalb besondere Bedeutung, weil die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die arbeitsteilige Spezialisierung objektiv als Grundlage der notwendigen wissenschaftlich-technischen Qualität erfordert, diese wiederum aber nur dann für jeden Betrieb nutzbar wird, wenn jeder einzelne seine ihm übertragene Spezialisierungsverantwortung zuverlässig und verbindlich wahrnimmt.

Großes Augenmerk wurde in den letzten Jahren gemeinsam mit der Abteilung Projektierung und Standardisierung des Ministeriums für Bauwesen auf die schrittweise Qualifizierung der Planung und Bilanzierung der Projektierungskapazitäten gelegt. Dabei hat sich eine straffe und konsequente Zentralisierung bewährt, um zunächst eine planmäßige Deckung zwischen notwendigem Projektierungsbedarf und einsetzbarer Projektierungskapazität zu sichern und in der weiteren Folge einen optimalen Vorbereitungsvorlauf für eine Verbesserung der Organisierung der Fließfertigung der Bau- und Montageproduktion zu erreichen. Das Institut arbeitet für diese Aufgabe sowohl an der Entwicklung und Erprobung von technologisch analogen Verknüpfungen zwischen Projektierungs- und Baubilanz und der dafür notwendigen einheitlichen Organisierung der wechselseitig abhängigen Bearbeitung der beiden Bilanzen in den Kombinaten und Bezirksbauämtern als auch an der Entwicklung und Erprobung von Kennzahlen des Projektierungsaufwandes und der Projektierungszeiten, um Bilanzberechnungen und -vergleiche zu ermöglichen und die notwendigen Kapazitätsentwicklungen planmäßig steuern zu können. In diesem Arbeitsprozeß bewährten sich immer wieder der enge und ständige Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Spezialisten der Kombinate und Betriebe, weil nur auf diesem Wege Regelungen und Methoden entwickelt werden können, mit denen die Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft besser zur Nutzung gebracht werden.

Bereits 1976 wurden die umfassenden Grundlagen für eine einheitliche, erzeugniskonkrete, EDV-gestützte Leistungserfassung der Projektierungsleistungen gemeinsam mit dem WTZ für Industriebau, der zentralen Arbeitsgruppe Projektierung des Erzeugnisgruppenverbandes Wohnungs- und Gesellschaftsbau und der Arbeitsgemeinschaft Projektierung des Erzeugnisgruppenverbandes Straßen-, Ingenieur- und Tiefbau abgeschlossen, damit schrittweise eine einheitliche Basis für die Leistungserfassung, Leistungsbewertung und Leistungsentwicklung der Projektierung im Bauwesen eingeführt werden kann.

Im gleichen Zusammenhang stehen die Arbeiten zur Schaffung erster Regelungen für die einheitliche Einführung der Planung der Arbeitsproduktivität nach Hauptfaktoren, wie sie, beginnend mit der Ausarbeitung der Planung für 1978, gesetzlich verbindlich geregelt ist.

Im umfassenden Sinne sind alle Teilaufgaben Elemente der gründlichen Durchdringung der technischen, technologischen und organisatorischen Bedingtheiten der Projektierungsprozesse in ihren gemeinsamen wie auch differenzierten Bestandteilen, also Elemente einer wissenschaftlichen Arbeitsorganisation der Projektierung zur Erschließung von Reserven für ihre Leistungssteigerung.

Davon ausgehend richtet das Institut für Projektierung und Standardisierung auf der Grundlage des Forschungsprogramms „Rationalisierung der Projektierung im Bauwesen", der „Konzeption zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität der Projektierung im Bauwesen im Zeitraum 1976 bis 1980" und dem Fünfjahrplan 1976 bis 1980 seine Arbeit insbesondere auf eine komplexere Wirksamkeit von Entwicklungs- und Rationalisierungsergebnissen, indem die gemeinsame Arbeit mit den Projektierungsbetrieben nicht nur auf Einzelaufgaben gerichtet wird, sondern ganze Teilprozesse oder Teilkomplexe einer Rationalisierung unterzogen werden. Die Auswahl der Projektierungsbetriebe erfolgt in Abstimmung mit den Erzeugnisgruppenverbänden und soll eine Auswertung und breitenwirksame Umsetzung der Ergebnisse auf andere Betriebe gewährleisten. Dabei ist eine noch engere Verbindung mit der Arbeit der Erzeugnisinstitute der Bauakademie der DDR die Grundlage für die Herausbildung technologischer Linien der Projektierung, die sich stärker mit dem technologischen Regime der Fließfertigung der Bau- und Montageproduktion verknüpfen und damit neue Reserven für die Steigerung der Produktivität und Effektivität sowohl für die Projektierung als auch für die Bau- und Montageproduktion erschließen.

Hierbei gilt der konkreten Unterstützung des Berliner Bauwesens besondere Aufmerksamkeit, die in Gemeinschaftsarbeit mit den anderen Instituten der Bauakademie realisiert wird.

Das Institut für Projektierung und Standardisierung schenkt der Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik und dem Bund der Architekten der DDR große Beachtung, um das Ideengut, die Anregungen und Aktivitäten dieser gesellschaftlichen Verbände voll in die Lösung der gemeinsamen Aufgaben einzubeziehen.

Literatur

(1) Direktive zum Fünfjahrplan 1976 bis 1980, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 91

(2) Konzeption zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität der Projektierung im Bauwesen im Zeitraum 1976 bis 1980, Ministerium für Bauwesen Berlin, Mai 1976, II., 1. 3.



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Gertraud Frommhold, Göhren,
1. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Werner Hochberger, Suhl,
2. März 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter, Gera,
8. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Lutz Elbrecht, Bad Doberan,
8. März 1907, zum 70. Geburtstag

Architekt Andreas Welser, Dresden,
8. März 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Felix Böttner, Dresden,
10. März 1887, zum 90. Geburtstag

Architekt Werner Burkhardt, Gera,
10. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Stockmann, Potsdam,
zum 50. Geburtstag

Architekt Kurt Fietsch, Halle,
12. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Reinhard Graumnitz, Berlin,
16. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Emil Schicktanz, Suhl,
17. März 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Georg Kaluza, Cottbus,
21. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Joachim Krell, Leipzig,
22. März 1927, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Heinz Licht, Meiningen,
26. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Johannes Zabel, Magdeburg,
27. März 1902, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Georg Findeisen, Stralsund,
28. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Erwin Kochlowski, Schöneiche,
28. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Ferdinand Rupp, Neubrandenburg,
28. März 1902, zum 75. Geburtstag

Architekt Baumeister Günter Hlubek, Hohenstein-Ernstthal,
29. März 1892, zum 85. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Theo Schäfer, Limbach,
29. März 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Albert Rocho, Elstra,
30. März 1897, zum 80. Geburtstag

Architekt Prof. Dr.-Ing. Helmut Trauzettel, Dresden,
30. März 1927, zum 50. Geburtstag

Diplomarchitekt Hans Tuchtenhagen, Berlin,
30. März 1927, zum 50. Geburtstag

Bücher

Veröffentlichungen des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen

Mit dieser Reihe werden Informationen für Lehrkräfte im Bauwesen herausgegeben. Um dem Lehrer auf rationelle Art einen Überblick über den derzeitigen Stand des Wissensgebietes zu vermitteln, werden in jedem Heft Teilgebiete in möglichst umfassender Weise abgehandelt.

Die Wahl der Themen erfolgt analog den Schwerpunkten des Baugeschehens, aus denen sich Bildungskonsequenzen ergeben.

Mönck, W.

Sammelkanäle

Leipzig: 1975, 36 S.
Bezug: IAW, Sektor Druck
Best.-Nr. 0007, Preis 1,70 M

In diesem Heft werden der Stand und die weitere Entwicklung im Sammelkanalbau dargelegt. Außerdem werden detaillierte Aussagen zu technisch-konstruktiven, bautechnologischen, betriebstechnologischen und ökonomischen Problemen gemacht und erläutert. Hinweise zur Rechtsträgerschaft, zu Exponaten und Baufilmen ergänzen die Ausführungen.

Mönck, W.

Erhaltung und Rekonstruktion von Wohngebäuden

Leipzig: 1975, 60 S.
Bezug: IAW, Sektor Druck
Best.-Nr. 0008, Preis 2,15 M

Es werden in Form einer Literaturstudie Aufgaben, Methoden und Erfahrungen bei der Erhaltung und Rekonstruktion von Wohngebäuden dargelegt. Sie sollen den Lehrkräften Impulse geben für die Gestaltung ihres Unterrichts und damit für die Aus- und Weiterbildung der Kader, die für die Erfüllung des weitreichenden Wohnungsbauprogramms der DDR mit verantwortlich sind.

Schwerpunkte dabei sind:

- Erfassung und Bewertung der Wohnbausubstanz im Rahmen der städtebaulichen Planung
- Erfassung und Klassifizierung der Bauschäden
- Technische Vorbereitung der Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen
- Durchführung der Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen.

Mönck, W.

Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten im Holzbau

Leipzig 1975, 79 S.
Bezug: IAW, Sektor Druck
Best.-Nr. 3123, Preis 3,50 M

Bei der Erarbeitung dieses Lehrmaterials für Facharbeiter und Meister geht der Autor von der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung aus, die der Erhaltung der Bausubstanz zukommt.

Im Rahmen unseres Wohnungsbauprogramms ist es auch wichtig, die vorhandene Bausubstanz zu erhalten, instand zu setzen und durch Umbau zu modernisieren.

Folgende Themen werden behandelt:

Bauwerksschäden (Holzschäden) und ihre Beseitigung
Sanierungsmaßnahmen für Bauwerke (Holzschutz)
Sanierung von Holzbalkendecken
Holzbeläge (Holzfußböden)
Instandsetzung von Treppen
Decken und Wandverkleidungen
Erhaltung und Modernisierung von Dachüberständen und Gesimsen
Dachausbauten
Arbeitsschutzanordnungen (ASAO)
Arbeits- und Brandschutzanordnungen (ABAO)

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Eckmann

Grundbau

Lehrbuch, 5. durchgesehene Auflage (etwa 112 Seiten, 81 Abb., 9 Tafeln, Broschur)
etwa 3,50 M
Best.-Nr. 561 475 1

Fischer/Scheer

Gas- und Wasserinstallation

Lehrbuch, 2., durchgesehene Auflage (456 Seiten, 397 Abb., 73 Tab., Pappband)
etwa 14,85 M
Best.-Nr. 561 616 7

Henze

Fachzeichnen der Technischen Gebäudeausrüstung

Teil 1: Allgemeine Grundlagen
Lehrbuch, 2. Auflage (56 Seiten, 126 Abb., Broschur) 3,50 M
Best.-Nr. 561 609 5

Pfestorf

Örtliche Raumheizung

Band 1: Konstruktionen und Bau ortsfester Kachelöfen
2. Auflage (etwa 288 Seiten, 164 Abb., 46 Tab., Pappband) etwa 9,50 M
Best.-Nr. 561 545 5

Pollmer/Hennecke

Grundlagen der Vermessung im Bauwesen

Lehrbuch, 5. durchgesehene Auflage (144 Seiten, 125 Abb., 16 Tab., Broschur)
etwa 4,50 M
Best.-Nr. 561 735 4

Randolf

Wohin mit dem Abwasser

3., bearbeitete Auflage (etwa 208 Seiten, 142 Abb., Broschur) etwa 7,30 M
Best.-Nr. 561 749 3

Wotschke/Hunger/Nadvornik

Grundlagen der Technologie im Bauwesen

Lehrbuch (Berufsschullehrbuch), 5. Auflage (etwa 176 Seiten, 81 Abb., 80 Tab., Pappband) etwa 6,10 M
Best.-Nr. 561 618 3

Wolf/Greulich

TGL-Handbuch, Themenkomplex 1
Umweltschutz – Schutz der Gewässer

1. Auflage (264 Seiten, 36 Abb., 43 Tafeln, Pappband) etwa 13,90 M
Best.-Nr. 561 715 1

Kurzfassung

DK 727.1: 72.092

Schlesier, K.; Steger, W.

Wettbewerb für eine neue Schulbaureihe 70

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 70–77, 4 Ansichten, 4 Perspektiven, 7 Grundrisse, 10 Schemata

Ziel des Wettbewerbes war es, Lösungen zu finden, die im Sinne einer Einheit von funktionellen, architektonischen, ökonomischen und technologischen Aspekten als Grundlage dienen für die endgültige Aufgabenstellung einer neuen Schulbauserie in der DDR unter den Bedingungen des industriellen Bauens. 10 Institutionen waren zu diesem Wettbewerb aufgefordert. Die ersten drei Preise sowie zwei Anerkennungen werden vorgestellt.

DK 725.742

Swora, K.-E.; Derdau, G.

Volksschwimmhallen Variante „C" in Berlin 78

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 78–81, 7 Abb., 2 Lagepläne, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Ansicht

Zur weiteren Verbesserung der Möglichkeiten für die sportliche Betätigung der Berliner Werktätigen entstehen bis 1980 zehn neue Volksschwimmhallen vorwiegend in neuen Wohngebieten (z. B. Am Tierpark, Greifswalder Straße und Fischerinsel). Der aus Keller- und Erdgeschoß bestehende Flachbau bietet sich auf Grund seiner funktionellen Gliederung und der Baukörpergestaltung als Wiederverwendungsprojekt an. Im Kellergeschoß befinden sich neben den Technikräumen auch die Saunaanlagen. Im Erdgeschoß sind der Eingangsbereich, das Schwimmer- und das Nichtschwimmerbecken sowie die erforderlichen Sanitär- und Nebenanlagen angeordnet.

DK 725.56

Weingart, H.

Feierabend- und Pflegeheim im Wohngebiet Riethstraße in Erfurt 82

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 82–87, 11 Abb., 2 Grundrisse

Das Feierabend- und Pflegeheim mit einem U-förmig und viergeschossig ausgebildeten Bettenhaus und einem nach Süden angebundenen flachen Sozialtrakt erweist sich in seinen Proportionen als eine wohlabgestimmte Lösung. Von den älteren Bürgern wird die angeordnete Wohngruppenbildung (für jeweils 15 bis 20 Personen) mit den zugehörigen Tages- und Fernsehräumen als besonders angenehm empfunden. Dieses modernste und größte Heim dieser Art erhielt im Architekturwettbewerb 1976 für die gute Gestaltung eine Anerkennung.

DK 725.71: 711.581

Heising, G.; Timme, G.

Gaststätte „Kosmos" im Wohnkomplex „Reform" in Magdeburg 88

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 88–91, 7 Abb., 1 Lageplan, 2 Grundrisse, 1 Schnitt

Die Gaststätte „Kosmos" wurde als individuelles Projekt für den Standort im Komplexzentrum des Wohnkomplexes „Reform" erarbeitet. Sie dient der gastronomischen Versorgung der Bevölkerung im Wohngebiet und stellt für die nahegelegene Schule die Schulspeisung her. Auf Grund der guten funktionellen und gestalterischen Lösung sowie der kompakten Grundrißform eignet sich dieses Projekt auch für andere Standorte. Die städtebauliche Einordnung der Gaststätte erfolgte auf der Grundlage des vorliegenden Bebauungsplans. Die Gaststätte wurde in kombinierter Bauweise projektiert.

DK 725.82.004.68

Schultz, U.; Prinzhausen, F.; Tennhardt, P.

Rekonstruktion des Deutschen Nationaltheaters in Weimar 92

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 92–98, 21 Abb., 3 Grundrisse, 1 Schnitt

Nach zweijähriger Rekonstruktion wurde das Deutsche Nationaltheater in Weimar im Oktober 1975 der Öffentlichkeit wieder übergeben. Mit der neuen bühnentechnischen Ausrüstung besitzt das Theater eine der modernsten Bühnen der DDR. Der Zuschauerraum wurde völlig neu gestaltet; eine flexibel nutzbare Vorbühnenzone erlaubt unterschiedlichste Veranstaltungsarten. Ein Chorprobesaal und eine Studiobühne wurden neu geschaffen, ebenso erfolgten komplette Erneuerungen der Sicherheitseinrichtungen, der Stellwarten und Regieanlagen.

DK 725.82.004.68

Corneli, H.; Ebert, J.

Rekonstruktion des Stadttheaters (Gewandhaus) in Zwickau 99

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 99–103, 12 Abb., 1 Grundriß, 1 Schnitt

Im Rahmen der Rekonstruktion des Zwickauer Stadttheaters mit seinem baugeschichtlich interessanten Renaissancegiebel wurden in weniger als zwei Jahren folgende Maßnahmen durchgeführt: funktionelle Umgestaltung des Zuschauer- und Personalbereiches sowie der Technikzentrale, Erneuerung der Innenausstattung, des Ausbaus und der Dachkonstruktion. Die Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen erfolgte in zwei Phasen. In der ersten Phase wurden im Erd- und ersten Obergeschoß Abriß- und Hochbauarbeiten durchgeführt; in der zweiten Phase erfolgten Rohbaumaßnahmen im zweiten und vierten Obergeschoß, Sanierung und Teilausbau der Dachgeschosse sowie der Ausbau des Publikumsbereiches. Die erreichte positive Lösung ist das Ergebnis der kollektiven Zusammenarbeit aller an der Projektierung und Ausführung Beteiligten.

DK 721.001.6: 725/727

Trauzettel, H.

Das Bausteinprinzip im Gesellschaftsbau 113

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, S. 113–117, 6 Abb., 1 Schaubild

Für die Entwicklung der gesellschaftlichen Bauten von Wohngebieten schlägt der Verfasser ein Bausteinprinzip vor, das es ermöglicht, auf rationelle Weise eine hohe städtebaulich-architektonische Variabilität mit den Prinzipien des industriellen Bauens zu verbinden. Dafür sollen Projektbausteine entwickelt und ihre Realisierung experimentell erprobt werden.

Содержание

УДК 727.1:72.092

Schlesier, K.; Steger, W.

Конкурс на новую серию школьного строительства

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 70—77, 4 вида, 4 перспективы, 7 гориз. проекций, 10 схем

Целью конкурса явилось нахождение решений, которые могли служить основой окончательного постановления задачи разработки новой серии школьного строительства в ГДР при условиях индустриального строительства. При этом потребовалось создать единсмво функциональных, архитектурных, экономических и технологических аспектов. Призыв на конкурс обратился к 10 учреждениям. Представлены работы награжденные первыми тремя призами и двумя признаниями.

УДК 725.742

Swora, K.-E.; Derdau, G.

Народные крытые бассейны для плавания варианта «С» в г. Берлине

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 78—81, 7 иллюстр., 2 плана расположения, 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 1 вид

Преимущественно в новых жилых районах (напр. у зоопарка, на улице Грейфсвальдер штрассе и в районе Фишеринзель) до 1980 г. будут построены 10 новых крытых бассейнов для плавания, намечается таким образом дальше улучшить возможности спортивной деятельности для трудящихся Берлина. Ввиду функционального членения и планировочного решения, состоящее из подвальном и первом этажах плоское здание может быть использовано как проект вторичного пользования. Кроме помещений техники, на подвальном этаже также находятся устройства сауны. На первом этаже размещены вход, бассейны для неумеющих плават и пловцов, а также необходимые санитарные и побочные устройства.

УДК 725.56

Weingart, H.

Общежитие для пенсионеров и лиц, нуждающихся в уходе, в жилом районе на улице Ритштрассе в г. Эрфурте

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 82—87, 11 иллюстр., 2 гориз. проекции

Что касается пропорциональности, это общежитие с U-образным, четырехэтажным спальным домом и связанным с ним к югу плоским социальным трактом представляет собой хорошо координированное решение. Старые граждане считают оформление жилых групп (для 15 го 20 лиц) особенно приятным. Каждая их этих групп имеет свое дневное и телевизионное помещение. Это самое современное и самое большое здание указанного рода было награждено признанием за хорошее оформление на конкурсе архитектуры в 1976 г.

УДК 725.71:711.581

Heising, G.; Timme, G.

Ресторан «Космос» в жилом комплексе «Реформ» в г. Магдебурге

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 88—91, 7 илл., 1 план расположения, 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе

Ресторан был разработан как индивидуальный проект для местонахождения в центре жилого комплекса «Реформ». Он служит гастрономическому обеспечению населения жилого комплекса, а кроме того приготовит школьное питание для расположенной в близости школы. На основе хорошего функционального и оформляющего решения как и компактной формы горизонтальной проекции этот проект хорошо годится для других местонахождений. Градостроительная расстановка ресторана основывается на имеющийся план застройки. Ресторан был проектирован для комбинированного режима строительства.

УДК

Schultz, U.; Prinzhausen, F.; Tennhardt, P.

Реконструкция немецкого национального театра в г. Веймаре

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 92—98, 21 илл., 3 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе

После двухлетней реконструкции немецкий национальный театр в г. Веймаре был вновь передан публичностью в октябре 1975 г. Смотря по техническому оборудованию, этот театр имеет одну из наиболее современных сцен в ГДР. Зал зрителей был оформлен по совсем новому принципу. Гибко используемая зона перед сцены позволит самые различные виды мероприятий. Внов созданы зал проб для хора и студио-сцена. Кроме того, устройства безопасности, контрольные места и рабочие средства режиссера были комплектно возобновлены.

УДК 725.82.004.68

Corneli, H.; Ebert, J.

Реконструкция городского театра (Гевнадхаус) в г. Цвиккау

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 99—103, 12 иллюстр., 1 гориз. проекция, 1 чертеж в разрезе

В рамках реконструкции городского театра в г. Цвиккау с интересным с точки зрения истории строительства фронтоном в стиле ренессанса в течение двух лет были проведены следующие мероприятия: Зоны зрителей и персонала были подвергнуты функциональному преобразованию и техническая централь была модернизована. Возобновлена внутреннее оборудование и конструкция крыши. Все эти работы над реконструкцией были проведены в двух этапах. В первой фазе выполнили работы сноса и надземного строительства на первом и втором этажах, во второй фазе провели строительные работы без отделки на третьем и пятом этажах, а также мероприятия оздоровления и частичной отделки чердака. Затем последовала отделка зоны публикума. Полученное положительное решение является результатом коллективного сотрудничества всех лиц и групп, участвовавших в проектировании и выполнении.

УДК 721.001.6:725/727

Trauzettel, H.

Применение блочного принципа в общественном строительстве

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 2, стр. 113—117, 6 иллюстр., 1 диаграмма

В целях дальнейшего развития общественных сооружений в жилых районах автор предлагает применять блочной принцип, позволяющий связывать рациональным образом высокую градостроительную и архитектурную вариабельность с принципами индустриального строительства. Намечается разработать и экспериментально испытать проектные блоки для этой цели.

Summary

DK 727.1 : 72.092

Schlesier, K.; Steger, W.
Contest for best Design of New Series of School Buildings
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 2, pp. 70–77,
4 views, 4 perspectives, 7 floor plans, 10 diagrams

This contest was organised, with the view to finding solutions which, as a unity of functional, architectonic, economic, and technological aspects, could serve as a basis from which to prepare the definite concept for a new series of system school buildings in the GDR to be completed by industrialised processes. Invitations for participation in the contest had been sent out to ten different institutions. The first three prizes and two specially recognised entries are described.

DK 725.742

Swora, K.-E.; Derdau, G.
Variant "C" of Heated Swimming Pools for Berlin
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 2, pp. 78–81,
7 illustrations, 2 layouts, 2 floor plans, 1 section, 1 view

Efforts are being continuously made for further improvement of facilities in Berlin for mass sports. In this context, ten additional heated swimming pools are going to be built for the general public by 1980. Most of them will be situated in new housing areas (e.g. Am Tierpark, Greifswalder Strasse, and Fischerinsel). The design is a single-storey building which consists of groundfloor and basement. It is functionally and structurally organised for possible re-uses. The basement will accommodate sauna spaces and technical installations for the swimming pool. Arranged at groundfloor level are an entrance lounge, basins for swimmers and non-swimmers, sanitary installations, and auxiliary services.

DK 725.56

Weingart, H.
Hostel for Aged People in Riethstrasse Housing Area, Erfurt
Architektur der DDR, Berlin 26 (1976) No. 2, pp. 82–87,
11 illustrations, 2 floor plans

This hostel for aged people, providing special attention to some of its inmates, consists of a four-storey dormitory wing and a southward-oriented single-storey wing with common rooms and services. It is a well proportioned solution. The residents have particularly appreciated the bedroom concept, with bedrooms being arranged in dwelling groups for 15 to 20 persons to which common rooms and TV-spaces are attached. This is the most modern and biggest hostel of its kind. A prize for its good design was awarded in an architecture competition, 1976.

DK 725.71 : 711.581

Heising, G.; Timme, G.
"Kosmos" Restaurant for "Reform" Housing Complex, Magdeburg
Architektur der DDR, Berlin 26 (1976) No. 2, pp. 88–91,
7 illustrations, 1 layout, 2 floor plans, 1 section

The "Kosmos" restaurant was designed as a character project to fit in the sub-centre of the "Reform" housing complex. In addition to its gastronomic function for the neighbourhood, it will provide school meals for a school nearby. The restaurant is a compact structure, attractive for its functionality and architecture, and, therefore, applicable as a favourable solution on other sites as well. Efforts were made for smooth integration with the existing town plan. A combination of methods has been used in completion.

DK 725.82.004.68

Schultz, U.; Prinzhausen, F.; Tennhardt, P.
Renewal of Deutsches Nationaltheater in Weimar
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 2, pp. 92–98,
21 illustrations, 3 floor plans, 1 section

Deutsches Nationaltheater at Weimar was returned to the general public in October 1975 after two years of renewal. All stage equipment was updated, and the theatre now is one of the most modern houses in the GDR. The auditorium, too, has been renovated throughout. A greater variety of events now is possible, after a flexible proscenium has been installed. A separate hall for choir rehearsals and an experimental stage have been added. Safety installations, control panels, and production equipment have been completely renewed.

DK 725.82.004.68

Corneli, H.; Ebert, J.
Renewal of Stadttheater Zwickau (Gewandhaus)
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 2, pp. 99–103,
12 illustrations, 1 floor plan, 1 section

Stadttheater Zwickau, known, among others, for its historic renaissance gable, has been renewed in less than two years, with the following measures having been taken: functional improvement and alteration of the auditorium and personnel spaces as well as of the control centre, replacement of the interior design and furniture, and renovation of the roof structure. The operations were carried out in two phases, demolition and construction at groundfloor and first floor levels and, in the second phase, carcass repair on the second and fourth floors, improvement of the attics, and work on the auditorium and lounges. A good design solution has been obtained thanks to close teamwork of all parties involved.

DK 721.001.6 : 725/727

Trauzettel, H.
Modular Principles for Public Buildings
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 2, pp. 113–117,
6 illustrations, 1 view

A modular unit principle by which to combine in high-economy manner variability in terms of city design and architecture with the advantages of industrialised construction has been suggested for public buildings in housing areas. It is proposed to develop the modules herefor required and test them on experimental projects.

Résumé

DK 727.1 : 72.092

Schlesier, K.; Steger, W.
70 **Concours pur d'écoles typifiées**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 70–77, 4 uaes, 4 vues persp., 7 plans horiz., 10 schémas

Ce concours a pour but le développement de solutions qui, dans le sense d'une unité entre les aspects fonctionnels, architecturaux, économiques et technologiques, pourront servir pour base de l'élaboration définitive d'une série nouvelle d'écoles typifiées adaptée à la construction industrialisée, dans la RDA. Dix institutions ont été demandées à participer à ce concours. Les auteurs présentent les premiers trois prix ainsi que deux projets mentionnés par le jury.

DK 725.742

Swora, K.-E.; Derdau, G.
78 **Piscine public variante "C" à Berlin**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 78–81, 7 fig., 2 tracés, 2 plans horiz., 1 coupe, 1 vue

Parallèlement à l'amélioration des possibilités des citoyens de Berlin à faire du sport on a planifié la construction de dix piscines publics nouveaux jusqu'à 1980 qui seront prévus pour la majorité dans les zones de construction nouvelle (p. ex. dans les quartiers Am Tierpark, Greifswalder Straße et Fischerinsel). De par sa division fonctionnelle et le parti architectural du corps du bâtiment, ce bâtiment plat comprenat souterrain et rez-de-chaussée s'offre comme projet de répétition. Dans le souterrain se trouvent les locaux techniques et les bains finnois, pendant que, au rez-de-chaussée, la zone d'entrée, le bassin nageur et le bassin non-nageur ainsi que les installations sanitaires et auxiliares sont prévues.

DK 725.56

Weingart, H.
82 **Maison de retraite et du soin dans la zone d'habitation Rieterstraße, Erfurt**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 82–87, 11 fig., 2 plans horiz.

La maison de retraite et du soin, comprenant un bâtiment en U avec les chambres à coucher et un bâtiment plat du soin social annexé au sud du bâtiment principal constitue de par ses proportions une solution très bien adaptée. Les personnes âgées préfèrent tout spécialement la disposition par groupes d'habitation (pour 15 ou 20 personnes chacun) avec les salles de séjour de télévision. Cette maison de retraite la plus moderne et grande de ce type fut particulièrement appréciée par le concours d'architecture en 1976 pour la disposition avantageuse.

DK 725.71 : 711.581

Heising, G.; Timme, G.
88 **Restaurant "Kosmos" dans l'unité de voisinage "Reform" à Magdebourg**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 88–91, 7 fig., 1 tracé, 2 plans horiz., 1 coupe

Le restaurant "Kosmos" en tant projet individuel fut élaboré pour le site au centre de l'unité de voisinage "Reform". On y offre les menus aux habitants de la zone d'habitation et prépare le déjeuner pour les élèves dans une école à proximité. Sur la base de la solution favorable fonctionelle et architecturale et de par la forme compacte du plan horizontal ce projet peut être utilisé aux sites différents également. L'intégration urbanistique du restaurant fut prévue d'après le plan existant de construction. Une méthode de construction combinée fut employée pour l'assemblage du projet du restaurant.

DK 725.82.004.68

Schultz, U.; Prinzhausen, P.; Tennhardt, P.
92 **Reconstruction du Théâtre National Allemand à Weimar**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 92–98, 21 fig., 3 plans horiz., 1 coupe

Après des travaux de reconstruction entrepris pendant deux ans, le Théâtre National Allemand à Weimar fut ouvert à nouveau en octobre 1975. Avec son équipement technique nouveau ce théâtre possède l'une des scènes les plus modernes dans la RDA. La salle des spectateurs fut complètement reconstruite et disposée à une façon nouvelle. Une zone flexible devant la scène permet des représentations théâtrales kes plus différentes. Une salle de répétition de choeur et une scène expérimentelle furent installées, les installations de sécurité, les postes de manoeuvre et de régie complètement renouvellées.

DK 725.82.004.68

Corneli, H.; Ebert, J.
99 **Reconstruction du théâtre de la ville de Zwickau (Gewandhaus)**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 99–103, 12 fig., 1 plan horiz., 1 coupe

Dans le cadre de la reconstruction du théâtre de la ville de Zwickau avec son pignon historique de renaissance, les opérations suivantes furent entreprises dans le courant de moins de deux ans: reconstruction fonctionelle de la zone des spectateurs et du personnel ainsi de la centrale technique, renouvelation de l'équipement intérieur, de l'achèvement et de la construction de la toiture. Les mesures de reconstruction furent réalisées en deux phases. Comme première phase, les travaux de la démolition et de superstructure du rez-de-chaussée et premier étage furent exécutés, et comme deuxième phase les opérations par rapport au gros-oeuvre, au deuxième et quatrième étage, à la réparation et à l'achèvement partiel du faux-comble ainsi que à l'achèvement intérieur de la zone des spectateurs furent entreprises. La solution positive est un résultat de la collaboration collective entre tous ceux qui ont participé à l'étude et exécution de projet.

DK 721.001.6 : 725/727

Trauzettel, H.
113 **Application du principe module à la construction de bâtiments publics**
Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 2, p. 113–117, 6 fig., 1 tabl.

L'auteur propose un principe module pour le développement des bâtiments publics dans les zones d'habitation. Ce principe module permet une relation rationnelle entre une variabilité élevée urbanistique et architecturale et les principes de la construction industrialisée. Pour ce projet des éléments modulaires seront développés et mis à l'épreuve pratique.

Index 31 409